

TAGESSCHAU

POLITIK

Nein aus Peking: Als unannehmbar hat China das Verlangen der USA abgelehnt, Garantien für die Nichtweitergabe von Nuklearmaterial zu geben. Ein geplantes Kernenergie-Abkommen wird in Washington verzögert, weil China Pakistan angeblich bei der Herstellung von Atomwaffen helfen will.

Racheakt? Bei dem Anschlag vor der türkischen Botschaft in Wien handelt es sich möglicherweise um einen privaten Racheakt. Durch die Detonation einer Autobombe war der Handelsattaché getötet worden.

Bald freie Fahrt: Seit gestern beraten in Paris deutsche und französische Experten über die von Frankreich für den 1. Juli angekündigte Abschaffung der Grenzkontrollen. Ziel ist es, die auf beiden Seiten erforderlichen Maßnahmen abzustimmen.

Chemie-Industrie: In dem mit 180 000 Beschäftigten größten Tarifbezirk Nordrhein einigten sich die Tarifparteien auf eine Lohn-erhöhung von vier Prozent.

Rüstung: Der Warschauer Pakt hat 1983 in einigen Bereichen eine bislang nicht vorhandene Überlegenheit über die NATO erreicht, geht aus dem Abrüstungsbericht der Bundesregierung hervor. Die Fähigkeit zu offensiven Operationen sei sowohl im konventionellen als auch im atomaren Bereich gesteigert worden.

Werner: Nach den Europawahlen sieht sich der nordrhein-westfälische Oppositionsführer in der Ansicht bestärkt, daß die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem Zweipartei-System ist. Es zeichnen sich zwei Lager ab - ein konservatives und ein rot-grünes, sagte der CDU-Politiker bei einem Besuch der WELT. (S. 4)

Urlaubsgeld: Ein Arbeitnehmer hat keinen Anspruch auf Urlaubsgeld mehr, wenn der Urlaubsanspruch entfallen ist, entschied das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein. (AZ: 4 Sa 144/83)

Heute: Kanzler Kohl beginnt dreitägigen Ungarn-Besuch - Strauß in Belgrad - Frankreichs Präsident Mitterrand in Moskau.

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des verschärften Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT leider auch heute nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Teil, wie zum Beispiel die Berichterstattung über die Fußball-Europameisterschaft und den sonst ausführlichen Börsenteil, ebenso wie die Anzeigen. Es mußten auch Umstellungen vorgenommen werden. Wir bitten dafür um Verständnis.
Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Streikfolgen: Die deutsche Autoindustrie hat bislang eine komplette Monatsproduktion verloren, meldet der Verband der Automobilindustrie. Der Umsatzsollfall beläuft sich auf 16,5 Milliarden DM. (S. 3)

Steueraufkommen: Der Bund kann nach der jüngsten Steuer-schätzung 1984 mit 202,2 Milliarden DM rechnen. Bei der letzten Schätzung (März) waren noch 100 Millionen DM mehr zugrunde gelegt worden. (S. 8)

Sowjetwirtschaft: Die Wach-

stumschwäche von Ende der 70er Jahre ist nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung offenbar überwunden. 1983 sei die gesamtwirtschaftliche Leistung ebenso wie im Vorjahr um 3,5 bis vier Prozent gestiegen. (S. 9)

Börse: Die meisten Notierungen an den Aktienbörsen waren gut. Auch der Rentenmarkt zeigte sich widerstandsfähig. WELT-Aktienindex: 145,5 (145,1). Dollarmittelkurs: 2,7573 (2,7604). Mark: Goldpreis pro Feinunze 371,85 (370,60) Dollar.

KULTUR

Malerei: Hohes Lob erntet in Berlin die Ausstellung „Von Frans Hals bis Vermeer“. Aus 31 Museen sowie Privatsammlungen werden mehr als 100 Meisterwerke holländischer Genremalerei gezeigt. (S. 15)

Skythen-Schatz: Die UdSSR hat

im Rahmen der kulturellen Zusammenarbeit Köln-Moskau drei weitere Ausstellungen zugesagt. Im Frühjahr 1985 wird in Köln der Skythen-Schatz gezeigt, im Jahr darauf eine Ausstellung von Ikonen des 14. und 15. Jahrhunderts sowie von Funden zum mittelalterlichen Alltagsleben.

ZITAT DES TAGES



„Wir laufen Gefahr, das Mittelmaß zu potenzieren und die Forschung so provinziell zu machen, daß auch Welt-offenheit nicht mehr hilft, ja eher schadet, weil dann das Ausland noch schneller merken würde, daß und wo es Partner verloren hat.“

Professor Eugen Selbold, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in seinem Jahresbericht. (S. 8) FOTO: DW

SPORT

Leichtathletik: Der dreimalige Weltmeister Carl Lewis lief bei den Olympia-Ausscheidungen der USA in Los Angeles die 200 m in 19,84 Sekunden. (S. 14)

Fußball: Bei der EM in Frankreich starb der jugoslawische Mannschaftsarzt Borsidan Milenovic (53) an den Folgen eines Herzinfarkts. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Mechanische Killer: Die ersten Killer-Roboter, die ohne menschliche Steuerung Gegner bekämpfen können, werden zur Zeit in den USA entwickelt. (S. 16)

Maya-Städte: Im Urwald von Me-

xiko sind zwei versunkene Maya-Städte entdeckt worden. Auf ihre Spur führten Daten, die durch Satelliten gewonnen worden waren.

Wetter: Heiter, später Bewölkung, gewittig. 24 bis 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Bonns Namibia-Politik - starsinnig und töricht. Von Manfred Neuber S. 2

Forschungsgemeinschaft: Warnung vor Resignation. Kommt nur Mittelmaß? S. 8

Ursula Engelke-Keller: Eine Frau bringt der Nürnberger Bundesanstalt den Beamten auf Zeit S. 3

Verschuldungskrise: Kritik am IWF - Leitartikel von Günter Friedländer S. 9

Niederdeutsch: Doch Filter für Kraftwerk Buschhaus, Bonn sagt Unterstützung zu S. 4

Leichtathletik: Gaby Bussmann - die Leiden einer Favoritin für die Olympischen Spiele S. 14

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT: Wort des Tages S. 7

Fernsehen: Joachim Bublath, ein engagierter Einzelkämpfer - Im bunten Federkleid S. 14

Sudan: Ideologie und Zielsetzung der Moslembrüder - Islam ist nicht antiwestlich S. 7

Roman Vishniac: Elend und Unterdrückung - die verschwundene Welt der Ostjuden S. 16

Weinberger gegen Drohung mit Rückzug von US-Truppen

Betroffenheit in Washington und Bonn über Vorstoß des Senators Nunn

mc/Kie, Bonn/Washington
Mit Betroffenheit haben die Regierungen in Washington und Bonn auf die Initiative des US-Senators von Georgia, Sam Nunn (Demokratische Partei), für eine phasenweise Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa reagiert. Der Senator hat eine solche Forderung für den Fall erhoben, daß die europäischen Verbündeten der USA nicht mehr für die konventionelle Verteidigung leisten.

US-Verteidigungsminister Casper Weinberger sagte der WELT: „Wir halten nichts von der Drohung mit dem Truppenrückzug. Solch ein Vorhaben erreicht in der Regel nur das Gegenteil von dem, was angestrebt wird.“ Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner erklärte der WELT: „Nunns Initiative ist kein tugendliches Instrument im Sinne der Verbesserung der europäischen Leistungen. Im Gegenteil erscheint der von ihm gewöhnliche Automatismus als außerordentlich gefährlich.“ Dies sei ein falsches Signal an die Sowjetunion. Im übrigen seien amerikanische Drohungen und Druck in harter Form eher geeignet, in Europa das Gegen-

teil zu bewirken. Das schüre nur latenten Antiamerikanismus.

Mit allen Kräften versucht die amerikanische Regierung die vom demokratischen Senator Nunn eingebrachte Gesetzesvorlage abzuwenden. Im einzelnen sieht der Nunn-Plan vor:

Die Europäer sollen von den USA „auf die Probe gestellt“ werden, ob sie es mit ihrer Absicht, die Nuklearschwelle für den Fall eines Kriegsausbruchs in Europa anzuhängen, wirklich ernst meinen. Nunn argumentiert, ein klares Indiz dafür wäre, wenn NATO-Europa das schon vor sechs Jahren verabschiedete langfristige Verteidigungsprogramm generell verwirklichen würde. Sollte es das nicht tun, sagt Nunn, müßten die USA daraus den unweigerlichen Schluß ziehen, daß den Europäern nicht an einer Verbesserung der konventionellen Kampfkraft gelegen sei, sondern daß sie weiterhin an der US-Präsenz in Europa als einem Mittel des bloßen „Stolperdrahtes“ festhielten, über den die Allianz dann schnell in den Einsatz von Atomwaffen geführt werde. Unter solchen Bedingungen, so der Kern der Ansichten

von Nunn, sei eine US-Truppenstärke in Europa von derzeit etwa 326 414 Mann nicht mehr erforderlich. Sie könne dann stufenweise über drei Jahre hinweg mit 1987 beginnend um insgesamt 90 000 Soldaten gesenkt werden.

Nach den Vorstellungen des Senators haben die Europäer zwei Optionen, um diese Entwicklung abzuwenden: Entweder verbessern sie den „input“ in die Verteidigung und verwirklichen den jährlich vereinbarten Drei-Prozent-Aufwuchs in ihren Verteidigungshaushalten, oder sie heben den „output“ an - das heißt die Leistungen auf einigen besonderen Feldern der konventionellen Verteidigung. Dazu zählt Nunn:

- Auffüllung der Munitionsvorräte bis auf 30 Kampftage,
- Ausbau der Infrastruktur und der Kapazitäten der Flugplätze für die Aufnahme der vorgesehenen sieben fliegenden US-Geschwader,
- Einen „signifikanten Fortschritt“ bei den Bemühungen, den Ersteinsatz von Atomwaffen nach einem konventionellen Angriff des Warschauer

● Fortsetzung Seite 8

CDU würde Bangemann akzeptieren

Als Wirtschaftsminister genannt / Kohl empfangt FDP-Politiker / Wird Möllemann abgelöst?

STEFAN HEYDECK, Bonn
In Bonn verdichten sich die Anzeichen, daß der FDP-Politiker Martin Bangemann im Falle eines Rücktritts von Otto Graf Lambsdorff neuer Bundeswirtschaftsminister wird. Noch in der Wahlnacht am Sonntag hatte der FDP-Politiker nach WELT-Informationen gegen 23 Uhr im Konrad-Adenauer-Haus mit Bundeskanzler Helmut Kohl ein rund 90minütiges Gespräch geführt. Wie die WELT weiter erfährt, ist der FDP bereits aus der CDU signalisiert worden, daß keine Einwände gegen eine Berufung von Bangemann zum Lambsdorff-Nachfolger erhoben wurden.

Dagegen forderte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler erneut ein Mitspracherecht, wenn es zu einer Kabinettumstellung in Bonn kommen sollte. Im CSU-Organ „Bayernkurier“ schreibt Tandler, seine Partei könne „noch so ernste Informationen nicht ernst nehmen“, nach denen die Vorsitzenden von CDU und FDP, Kohl und Hans-Dietrich Genscher, bereits fest vereinbart hätten, Lambsdorff „durch den vom Wähler verhinderten Europaabgeordneten“ Bangemann

und Bundesjustizminister Hans Engelhard durch den früheren Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum zu ersetzen.

Zu der Tandler-Kritik meinte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann, die Liberalen bräuchten „keine Nachhilfe“. Gegenüber der WELT erklärte Haussmann zur Frage einer Kabinettumstellung weiter: „Es gibt überhaupt keinen Anlaß, von dem Verfahren abzurücken, das Bundeskanzler und Vizekanzler vereinbart haben.“ Er bekräftigte, daß die Regierungsparteien über die Besetzung der ihnen bei den Koalitionsverhandlungen nach den Neuwahlen vom 6. März 1983 zugefallenen Ministerien selbst bestimmen: „Erst wenn eine Entscheidung notwendig ist, werden die jeweiligen Partner für ihre Bereiche eine Entscheidung treffen, sie dann dem Partner sagen und vertrauensvoll diskutieren.“

Unter dem Eindruck der jüngsten Wahlschlappe, der internen Kritik an Genscher und der an der Basis wieder voll entbrannten Personaldiskussion kommen heute die FDP-Landesvor-

sitzenden mit Genscher und Haussmann zu einer Klausur in Bonn zusammen. Allerdings sind gerade in den letzten Tagen in etlichen FDP-Gliederungen Forderungen nach Änderungen in der Führung laut geworden. Dabei wurde neben einem baldigen Rücktritt von Genscher als FDP-Chef teilweise sogar der Austausch aller von den Liberalen gestellten Minister und Staatssekretäre verlangt. Es gibt außerdem Bestrebungen, den Staatsminister und FDP-Landeschef Jürgen Möllemann, der bisher für die NRW-Landtagswahlen Spitzenkandidat ist, abzulösen.

Wenn in der nächsten Woche gegen Lambsdorff wegen der Flick-Affäre das Hauptverfahren eröffnet werden sollte und der Minister daraufhin zurücktreten würde, müßte Kohl praktisch umgehend Bundespräsident Karl Carstens einen Nachfolger zur Ernennung vorschlagen. Dieser müßte spätestens am 1. Juli seinen Amteinfall dem Bundestag ablegen. Anderenfalls müßte das Parlament zu einer Sondersitzung aus der Sommerpause gerufen werden.

In Berlin auch Chancen für Mittelstand

Kohl sieht die Stadt auf dem besten Weg zu einem „Zentrum für Zukunftsindustrien“

DW, Berlin
Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Wirtschaft zu einem noch kräftigeren Engagement in Berlin ermuntert. Die Stadt sei trotz einer überdurchschnittlich guten Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren „noch nicht über den Berg“, sagte der Kanzler bei der Eröffnung der Berliner Wirtschaftskonferenz gestern im Reichstag. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie habe trotz des stärkeren Berlin-Engagements vieler Unternehmen nicht ausgediegt werden können. „Modernisierung und Stärkung der Wirtschaft“ stünden daher weiter auf der Tagesordnung.

Zu der zweiten Berliner Wirtschaftskonferenz - das erste Treffen hatte im Dezember 1982 stattgefunden - waren auch Vertreter von Dienstleistungsunternehmen und der mittelständischen Industrie eingeladen worden. Kohl sicherte zu, daß die auf „dauerhafte und berechenbare Wachstumsbedingungen“ gerichtete Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auch für Berlin gelte.

Kohl gab ferner eine „deutsch-

amerikanische Initiative“ bekannt, die sich dem Austausch von Fachpersonal aus Risiko-Kapital-Unternehmen zum Ziel gesetzt habe. Es gebe bereits konkrete Zusagen einer Reihe von Unternehmen, berichtete der Kanzler. Da Berlin bereits mit Risiko-Kapital und der Gründung von Technologie-Unternehmen Erfahrungen sammelte, schlage er vor, den Erfahrungsaustausch in der Stadt zu koordinieren. Der Regierungschef zeigte sich davon überzeugt, daß Berlin auf dem besten Weg ist, zu einem „Zentrum für Zukunftsindustrien“ zu werden.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff begrüßte die Erfolge bei der Neuausrichtung von Betrieben in Berlin, bedauerte aber zugleich, daß dieser positiven Entwicklung eine „durchaus besorgniserregende Zahl von rund 4500 Arbeitsplätzen“ gegenüberstehe, „die allein durch zwei große Unternehmen in der Elektroindustrie in letzter Zeit abgebaut worden sind“. Lambsdorff befürchtet, daß der Abbau von Arbeitsplätzen noch nicht zu Ende ist.

Der Regierende Bürgermeister

Eberhard Diepgen (CDU) sagte, die erste Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1982 habe den Trend „weg von Berlin“ gestoppt und bewirkt, „daß wir alle zusammen - allmählich im Begriff sind, ihn umzudrehen“. Diepgen zeigte sich erfreut, daß die Gewerkschaften den Kurs der Modernisierung und des Strukturwandels in Berlin unterstützen.

An der Konferenz in der alten Reichshauptstadt nahmen mehr als 200 Spitzenmanager, Unternehmer, Politiker und Gewerkschafter sowie die Bundesminister für Wirtschaft, Verkehr und Forschung teil. Ziel der Beratungen ist, „konkrete Aktionsfelder“ festzulegen, mit denen die Entwicklung der Berliner Wirtschaft gezielt unterstützt werden kann. Bei der Tagung der Berlin-Beauftragten der Unternehmen Anfang Mai hatte sich herausgestellt, daß gerade mittelständische Betriebe Chancen in Berlin haben. Minister Lambsdorff bat die Beauftragten der Großunternehmen, darüber nachzudenken, ob auch in ihrem Bereich kleine und mittlere Betriebsabteilungen in Berlin errichtet werden können.

Zwangsumtausch hält Reisende ab

Allensbach-Umfrage: 61 Prozent würden sonst „öfter nach drüben“ fahren

BERND HUMMEL, Eschwege
Der von der „DDR“ 1980 erhöhte Zwangsumtausch hat die Bereitschaft zu Tagesaufenthalten so nachhaltig gedämpft, daß derzeit nicht einmal die Einreisezahlen der zweiten Hälfte der 70er Jahre erreicht werden. Das geht aus einer Repräsentativ-Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hervor, die vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen veranlaßt wurde.

Wie Staatssekretär Otfried Henning dazu vor dem Ausschuß für Innerdeutsche Beziehungen erläuterte, sei zwar seit 1981 ein leichter Anstieg bei Tagesreisen festzustellen. Mit 310 000 Reisenden 1983 läge aber die Zahl um mehr als 25 Prozent unter der des Jahres 1978. Zudem habe nur ein Fünftel der Tagesaufenthalte berechtigten Bevölkerung des Zo-

nenrandgebietes von der Möglichkeit der Tagesfahrten Gebrauch gemacht.

Die Allensbach-Untersuchung dokumentiert, daß mehr als 75 Prozent aller Tagesreisenden Verwandte oder Bekannte in der „DDR“ besuchen. Touristische Gründe gaben mit 34 Prozent vor allem die Gruppe der 16- bis 29-jährigen an. 62 Prozent der Reisenden nannten als Besuchsgrund, daß „die Leute in der DDR doch auf unseren Besuch warten“. 57 Prozent gaben an, sie seien in die „DDR“ gereist, „weil Besuche das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken“. Über 60 Prozent der Besucher stellten nach ihrer Rückkehr fest, „daß man wieder weiß, wie gut es einem geht, wenn man drüben war“.

Neben dem erhöhten Zwangsumtausch beeinträchtigt die Situation an den „DDR“-Grenzkontrollpunkten

das Verhalten der Reisenden. 48 Prozent bezeichneten die Grenzkontrolle als „unbehaglich“. 38 Prozent gaben an, sich „unsicher“ und „aufgeregt“ (33 Prozent) gefühlt zu haben. Beim Innerdeutschen Ministerium räumt man jedoch ein, daß im Vergleich zum Vorjahr das Verhalten der „DDR“-Kontrollreue entgegenkommender geworden sei. So empfanden nur noch 25 Prozent der Befragten die Behandlung an der Grenze im Vergleich zu ihrer Vorjahresreise als „streng“. 1982 waren es noch 49 Prozent gewesen. Fast die Hälfte der Reisenden berichtete nun dagegen von „freundlicher Abfertigung“.

Insgesamt bleibt der hohe Tagesumtausch bei denjenigen, die bereits in der „DDR“ waren, mit 61 Prozent die Hauptursache dafür, „nicht öfter nach drüben“ zu fahren.

DER KOMMENTAR

Erfreulich konkret

PETER GILLIES

Gipfelkonferenzen gelten heute schon als Erfolg, wenn sie nicht scheitern. Nicht nur vor diesem Hintergrund darf die zweite Berliner Wirtschaftskonferenz fruchtbar genannt werden. Vom Schema erstarbter Gipfeldiplomatie wich sie in zwei wichtigen Punkten ab: Erstens werden konkrete Projekte angepackt, zweitens unterwirft sich die hochkarätige Runde einer Selbstkontrolle. Derartige Maßstäbe legt man an sonstige Gipfelkonferenzen nicht an.

In Berlin ist die nationale Herausforderung eng mit der wirtschaftlichen verzahnt. Hier geht es nicht nur um Werte, sondern auch um Wertschöpfung. Sie ist nicht mit noch mehr Subventionen zu erzielen, sondern nur mit Ideen, Innovationen und Investitionen. Da ist Berlin auf einem guten Weg.

Vor allem - und dies wurde auf der Konferenz gelobt: Die Stadt reklamiert nicht mehr weinerlich Notopfer, sondern beginnt sich auf die eigene Kraft ihres Standortvorteils zu besinnen. Der Computer-Star Nixdorf, der bedeutendste industrielle Zugewinn der Stadt nach dem Kriege, setzt

auf Berlin. Große und kleine Engagements folgen, wie gestern im Reichstag dokumentiert. Dabei bilden intelligente Produkte vom Roboter bis zum Laser den Schwerpunkt. Besonders hier zeigt sich der Standort mit Gewinn und der Chance auf Arbeitsplätze von morgen: Forschung und Hochtechnologie statt schiefer Massenproduktion.

Nun wäre es naiv und syndikalistisch gedacht, zweihundert Bosse könnten unter Vorsitz des Bundeskanzlers den sachlichen Beschluß fassen, 100 000 Arbeitsplätze, die verlorengehen, neu einzurichten. Der stets schmerzhaft Strukturwandel entzieht sich dieser Mechanik. Er bedarf eines ungewöhnlich langen Atems, eines Klimas von Vertrauen und neuem Grundaufbau, er bedarf einfallsreicher Ingenieure, schließlich risikobereiter Unternehmer.

Diese Anstöße wurden in Berlin ausgelöst, der gestrige Gipfel verfestigte sie. Damit ist der Arbeitsmarkt freilich noch lange nicht im Lot. Die Unternehmer in Berlin wurden erfreulich konkret. Ihre Diagnose eines veränderten Klimas war eindeutig. Aufhellung schafft Weitsicht - vor allem von Gipfeln.

83,4 Prozent für ÖTV-Chefin Wulf-Mathies

gfa, München

Mit einem überraschend guten Ergebnis ist die seit September 1982 amtierende ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies gestern vom Gewerkschaftstag in München wiedergewählt worden. Sie erhielt 568 der 681 gültigen Stimmen gegen 95 Nichtstimmen und 18 Enthaltungen. Das 83,4-Prozent-Ergebnis war nicht erwartet worden, weil die Delegierten in der Aussprache über den Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden teilweise heftige Kritik an ihrer bisherigen Tarifpolitik geübt hatten.

Im September 1982, als sie zur Nachfolgerin des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Heinz Klunker gewählt wurde, hatte Frau Wulf-Mathies 326 Stimmen erhalten; ihr Gegenkandidat, der damalige stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Siegfried Merten, hatte 304 Stimmen bekommen. Gestern hatte die 42-jährige Vorsitzende keinen Gegenkandidaten. Als stellvertretenden Vorsitzenden bestätigte der Gewerkschaftstag Karl Heinz Hoffmann. Er ist das einzige CDU-Mitglied im geschäftsführenden ÖTV-Hauptvorstand. Für ihn hatte sich vor der Wahl noch ein Vertreter der Arbeiterschaft in der ÖTV energisch eingesetzt. Hoffmann erhielt 366 Ja-Stimmen. Weiterer Stellvertreter wurde Franz Holländer (391 Stimmen). Nach ihrer Wahl sprach Monika Wulf-Mathies von einem „wunderbaren Ergebnis“. Es zeige, daß in der ÖTV „auch wieder geschlossen gehandelt wird“.

Seite 2: Das Scargill-Syndrom
Seite 4: Noch kein Durchbruch

Boehringer geht in Hamburg vor Gericht

gs, Hamburg

Die Boehringer-Niederlassung in Hamburg-Moorfleet wird auf Dauer geschlossen. Vom kommenden Montag an verhandeln Firmenleitung und Betriebsrat über einen Sozialplan für die noch 223 Mitarbeiter. Möglichkeit für eine andere Nutzung der Produktionsanlage sieht das Werk nicht. Es soll versucht werden, die seit vielen Jahren in dem Werk Beschäftigten zunächst für die Entsorgung der Anlage weiterarbeiten zu lassen.

Anlaß für die Schließung sind nach Angabe der Konzernleitung Boehringer-Geheimnisse der strengen Auflagen der Hamburger Umweltbehörde, die eine weitere Herstellung von HCH (das Pflanzenschutzmittel Lindan) ausschließen. Dabei wurden als Ursache die extrem niedrigen Grenzwerte für das Auftreten des giftigen Abfallproduktes 2,3,7,8-TCDD in der Abluft, im Abwasser und im Chemiemüll der HCH-Herstellung allgemein genannt. Hinzu kommt als jüngste Entwicklung die Entscheidung des Landes Hessen, seine Genehmigung für die Lagerung der alten Boehringer-Abfälle in Herla-Neurode wieder zurückziehen.

Dennoch wird das Unternehmen mit rechtlichen Schritten gegen die Behörden-Maßnahmen vorgehen. Ein Prozeß vor dem Verwaltungsgericht Hamburg soll klären, ob die Maßnahmen der Umweltbehörde, die den Betrieb in Moorfleet zwar nicht verboten, wohl aber lahmlegen, juristisch bestehen können. Für ein solches Verfahren, das mehrere Instanzen durchlaufen könnte, rechnet das Unternehmen mit vier bis fünf Jahren. Seite 8: Drama mit Vorgeschichte

NEU!
Jetzt endlich auch in Deutschland

Zurück aus Spanien?

Haben Sie Ihren Urlaub in Spanien verbracht? Dann können Sie ELSAFE, den elektronischen Safe.

6 gute Gründe sprechen für das komfortable, sichere und wirtschaftliche ELSAFE-System.

- 1.000.000 Kombinationen durch 8-stelligen Code
- perfekte Mikroprozessortechnik
- ohne Schlüssel
- jederzeit neuer Code programmierbar
- 70 l Rauminhalt
- 8 mm starke Stahltür

Neu: Jetzt auch als kleiner Wandsafe mit 30 l Rauminhalt.

INFORMATION

Wir interessieren uns für die perfekte, komfortable ELSAFE-Sicherheit.

Name _____

Firma _____

Anschrift _____

ELSAFE **DEUTSCHLAND** **TELEFON** 0 21 03 / 67 79

ELSAFE SAFE-SERVICE GMBH · FUCHSBERGSTR. 41 · 4010 HILDEN

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ratenweise

Von Peter Dittmar

Es ist fast zwanzig Jahre her, da entschlief die „Allgemeine Zeitung“ in Stuttgart. Im selben Jahr stellten auch die „Südwestrundschau“ in Freiburg und die „Südpost“ in München ihr Erscheinen ein. Ein Jahr später wurden das „Hamburger Abendecho“ und die „Freiheit“ aus Mainz zugemacht.

So ging es Jahr um Jahr. Eine Tageszeitung nach der anderen aus dem einst recht beachtlichen Pressebesitz der SPD hörte zu existieren auf, nachdem sie den Geist bereits sehr viel früher aufgegeben hatte.

Weder die „VZ Kieler Morgenpost“ noch der „Lübecker Morgen“ überlebten. Die „Freie Presse“, Bielefeld, und die „Frankische Presse“ fusionierten mit anderen – parteifernen – Blättern. Die „Hannoversche Rundschau“ tat sich 1971 mit der ebenfalls parteieigenen „Hannoverschen Presse“ zusammen, aber auch das war nur eine Beerdigung auf Raten.

Nicht anders erging es der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund, der „NRZ“, Essen, und – als letzter – der „Hamburger Morgenpost“. Sie wurden verkauft.

Insgesamt 23 Tageszeitungen kommen so zusammen, die seit 1965 eingestellt oder verkauft wurden. Der Fachdienst „medien-telegramm“ hat sie jetzt einmal kommentarlos aufgelistet.

Wohl um die Kompetenz jener Männer gebührend zu unterstreichen, die so schöne Worte über die „innere“ und „äußere Pluralität“ der publizistischen Medien zu formulieren wissen, weil sie damit zu beweisen trachten, daß sie allein wüßten, wie eine freie Presse zu gestalten sei.

Es war der Pole Stanislaw Jerzy Lec, der – obwohl er weder das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem noch die SPD-Medienpolitik kannte – einmal schrieb: „Immer wird es Eskimos geben, die den Eingeborenen von Belgisch-Kongo Verhaltensmaßregeln für die Zeit der großen Hitze geben.“

Letzter Versuch

Von Heinz Heck

Beim Dauerthema Steuerreform stand die Bonner Koalitionsspitze gestern Abend unter Einigungszwang. Die vierte Runde mußte das Ergebnis bringen, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, daß ein respektables Vorhaben vollends zerredet und damit politisch entwertet wird. Wenn Entscheidungs-schwäche erst Überdruß in der Bevölkerung erzeugt hat, bestimmt nämlich nur noch der politische Gegner die Diskussion über das letztlich erzielte Ergebnis.

Dabei hat diese Regierung nicht die geringste Veranlassung, sich mit der geplanten Entlastung der Steuerzahler zu verstecken. Läßt man die vier Operationen seit 1970 mit Nettoentlastungen zwischen vier und acht Milliarden Mark Revue passieren, so kann man sich mit über zehn Milliarden Mark durchaus sehen lassen, und das Kanzlerwort von der „größten Reform“ in der Geschichte der Bundesrepublik hat seine Berechtigung.

Nimmt man die Haushaltspolitik hinzu, so wird Stoltenbergs – erfolgreiches – Bemühen um die schrittweise Wiederherstellung des Vertrauens in die Solidität der Staatsfinanzen deutlich. Der am 3. Juli zu verabschiedende Etatentwurf für 1985 liegt mit der bescheidenen Steigerungsrate der öffentlichen Ausgaben von nur 1,5 Prozent ganz auf der Linie, den Staatsanteil von seiner unerträglichen Höhe in der Größenordnung um 50 Prozent allmählich zurückzunehmen. Professor Olaf Sievert, Vorsitzender des Rats der Fünf Weisen, hat den bisherigen Konsolidierungserfolg daher zu Recht als „schlechtthin spektakulär“ bezeichnet.

Doch, so hat er hinzugefügt, „Solidität ist nicht alles“. Der Steuerzahler bekommt den unerträglichen Zugriff des Staates am deutlichsten in der Lohnsteuer zu spüren, also bei der Lohn- und Einkommensteuer. Gerade die Grenzsteuerbelastung, also die Besteuerung jeder Einkommenssteigerung, hemmt die Leistungsbereitschaft, da der Löwenanteil des Mehrverdienstes in den Fängen des Finanzamts und der Sozialversicherung hängen bleibt, wie eindrucksvolle Beispiele belegen.

An die jetzige Reform müssen auch schon deshalb höhere Anforderungen gestellt werden, weil der zeitliche Abstand zur letzten Korrektur weit größer ist (fünf Jahre) als zuvor (jeweils zwei Jahre) und weil die heute Regierenden aus der Opposition heraus diese Maßstäbe selbst gesetzt haben.

Gedankenverbrechen

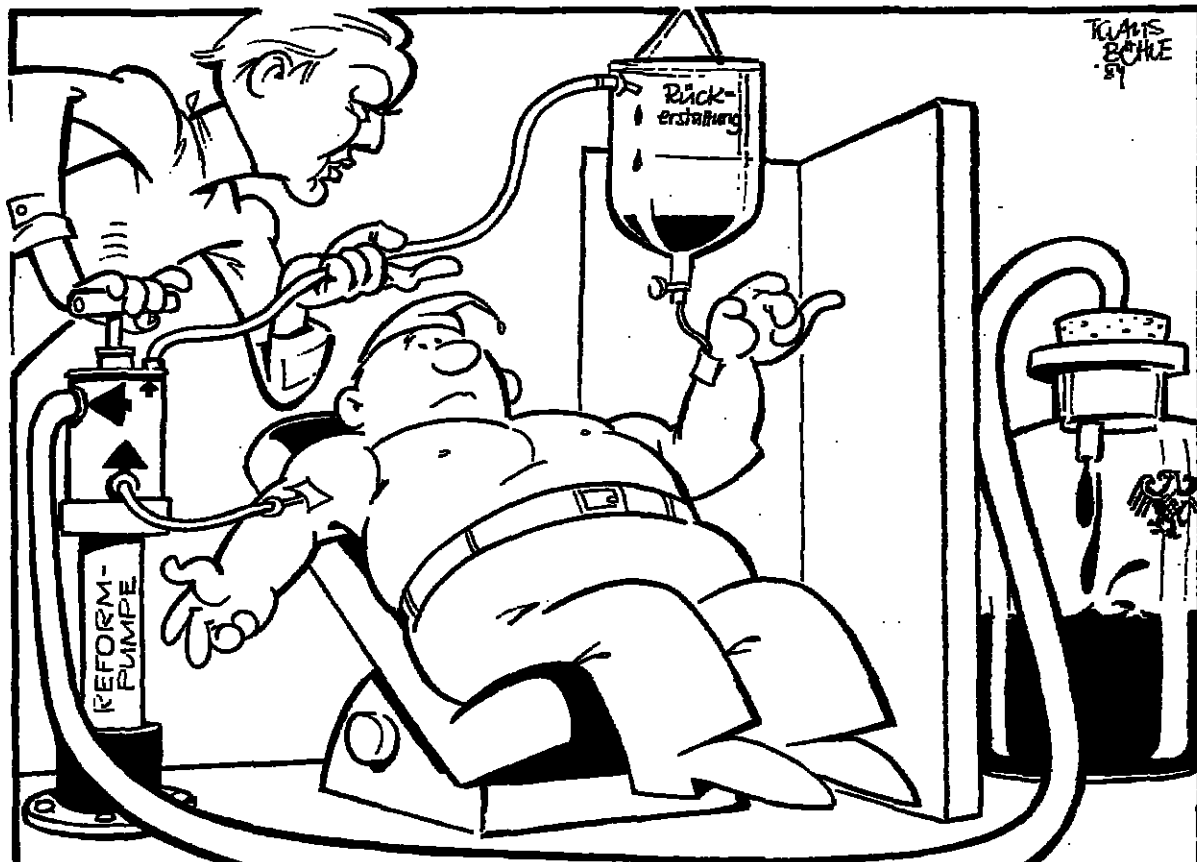
Von Carl Gustaf Ströhm

In Jugoslawien sind vier politische Häftlinge in den Hungerstreik getreten. Es handelt sich um den Universitätsdozenten Seselj, den Rundfunkreporter Nikolic, den Universitätsassistenten Mijanovic und den Übersetzer Imsirovic. Alle vier Männer wurden verhaftet, nachdem sie an einem Diskussionsabend in einer Privatwohnung mit dem Regimekritiker Milovan Djilas teilgenommen hatten.

Nun haben nicht nur 230 führende jugoslawische Intellektuelle, Schriftsteller, Regisseure, Schauspieler und Professoren deren Freilassung gefordert und betont, die Verdächtigen hätten keinerlei Gewalt und Umsturz geplant, sondern friedlich und akademisch diskutiert. Zugleich haben 94 weitere Belgrader Intellektuelle die jugoslawische Regierung aufgefordert, sie gleichfalls zu verhaften – denn die hätten sich des gleichen „Verbrechens“ schuldig gemacht: auch sie hätten an den Diskussionsabenden der „fliegenden Universität“ teilgenommen.

Die jugoslawischen Polizei- und Justizbehörden werden sich schwer tun, eine hieb- und stichfeste Anklage gegen die Teilnehmer dieser Diskussionen zustande zu bringen, es sei denn, man spezialisiert sich auf das Konstruieren eines „Gedankenverbrechens“ à la George Orwell. Die Erklärung, der Dozent Seselj sei ein Staatsverbrecher, weil er einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung ausgearbeitet habe, klingt wenig überzeugend. Die jugoslawische Verfassung ist seit 1945 immer wieder geändert worden – und wenn alle jene, die Änderungsvorschläge gemacht haben, eingesperrt werden sollten, müßten sich die Gefängnisse nicht zuletzt mit führenden Kommunisten füllen. Im übrigen garantiert die jugoslawische Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Gemäßigte Kräfte in der jugoslawischen Führung haben längst eingesehen, daß die Aktion gegen die Intellektuellen ein schwerer Fehler war. Indem man wild um sich schlägt und Sündenböcke innerhalb und außerhalb des Landes sucht, indem man nach „Provokateuren“ und „Feinden“ fahndet, löst man kein einziges der schweren Probleme, vor denen Jugoslawien heute steht. Den Machthabern in Belgrad möchte man das altbekannte und stets gültige Schiller-Wort zurufen: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“



Der eine von der Tankstelle

ZEICHNUNG: KLAUS BOHLE

Das Scargill-Syndrom

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Was will sie nun sein: die Jeanne d'Arc der gewerkschaftlichen Solidarität oder eine Guerrilla-Chefin des Streik-Dschungelkrieges? Die Rede ist von Monika Wulf-Mathies, Nachfolgerin von Heinz Kluncker im Vorsitz der DGB-Gewerkschaft ÖTV. Wahrscheinlich will sie eine Mischung aus beidem sein. Auf dem ÖTV-Kongreß in München lieferte sie einen Diskussionsbeitrag, der enthüllende Einblicke in das gab, was zur Zeit in den Hinterkämpfen von Gewerkschaftsführern vor sich geht.

Die Generalaussage dieser Rede war das Jeanne d'Arc-Motiv: Mobilisieren, mobilisieren, mobilisieren, um die Wende zu erzwingen im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die den Kampf entscheidende Waffe soll der Streik nach Guerrilla-Manier sein – Zitat: „Kurz auflackern, wieder weg, kurz auflackern, wieder weg“. Frau Wulf-Mathies als gelehrige Elefantin des Guevara-aus-dem-Busch-Strategen Detlev Henschke von der IG Druck und Papier.

Und das alles unbekümmert der Erfahrungen, die gerade die IG Druck und Papier wie auch die IG Metall einsammeln. Im Streik der Drucker hat die Gewerkschaft – so auch die Arbeitgeber – den Friedensstifter Biedenkopf gebeten, einen vermittelnden Lösungsvorschlag auf den Tisch zu legen. Und im Streik der Metallarbeiter hat sich die Gewerkschaft mit Georg Leber einen Schlichter ausgesucht, hinter dessen Statur sie Schutz zu finden hofft, wenn es darum gehen wird, den aufgetauchten Streikern klar zu machen, daß am Ende dieses Arbeitskampfes nichts unter dem Strich stehen kann, was den Aufwand an Muskelprotezen und Opfern im Nachhinein rechtfertigen könnte. Quintessenz dieses höchst überflüssigen Lehrstücks: Beide Gewerkschaften haben das Gesetz des Handelns an einen Nothelfer abgegeben, sie stehen mit dem Rücken an der Wand.

Was also ist die Strategie des DGB? Soll, weil die IG Druck und Papier sowie die IG Metall ihre Wunden lecken müssen, im Herbst die ÖTV auf dem Schlachtfeld erscheinen – „kurz auflackern, wieder weg“, kurz auflackern, wieder weg? Will der DGB seine kampfproben Armeen eine nach der

anderen in einen Zermürbungskrieg gegen die Arbeitgeber schicken? Das wäre ein ganz und gar nicht mehr zu verstehender Aufwand, ginge es nur um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Oder ist der DGB nur zu feige, um klipp und klar auszusprechen, was in England der Bergarbeiterführer Arthur Scargill mit großer Selbstverständlichkeit bekennt: daß er die Regierung in die Knie zwingen will?

Der Eifer, mit dem Frau Wulf-Mathies zum Streik mobilisiert, verrät, daß die Regierung Kohl das wirkliche Angriffsziel ist. Wie in der IG Druck und Papier und wie auch in der IG Metall kommt der geballte Kampfeswille nicht von unten, sondern wird der Basis von der Führung eingebläut. Es habe keinen Sinn, so zu tun, als wenn alle nur darauf warteten, loszuschlagen, gestand der ÖTV-Chefin auf ihrem Gewerkschaftstag: „Da haben wir zunächst zur Überzeugung der Mitglieder, dann zur Mobilisierung und schließlich zur Durchsetzung noch Erhebliches zu tun“. Im Klartext: Die Gewerkschaftsmitglieder wollen gar nicht, aber die Frau Wulf-Mathies will! Warum? Die Antwort ist schon gegeben.

Kanzler Kohl sieht das gelassen, er hat recht. Denn keine Gewerkschaft ist weniger geeignet, für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu streiken, als die ÖTV. Als erstes: Wie will die

ÖTV den Bürgern klar machen, daß der Müll sich vor der Haustür stapelt, der Linienbus nicht fährt, das Wasser nicht aus dem Hahn läuft, weil die Angestellten des öffentlichen Dienstes und möglichst auch die Beamten bei vollen Bezügen fünf Stunden weniger in der Woche arbeiten sollen, damit die so ungeliebt bleibende Arbeit auf neue Planstellen verteilt werden kann, die sie, die vom Streik geschädigten Bürger, als Steuerzahler oder Gebührenzahler finanzieren müssen? Als zweites: Wo ist denn hier die Unternehmerrwürdigkeit, wenn die Gemeinden, die Länder und der Bund die Tarifpartner sind, deren Repräsentanten ja von den Bürgern gewählt sind?

Langsam müssen die „Falken“ in einigen DGB-Gewerkschaften sich die Frage beantworten, wo das hinführen soll. Die Arbeiterschicht von Ögevine in Großbritannien muß die Besonnenen auf den Plan rufen. Soll es auch bei uns dahin kommen, daß Arbeitnehmer gegen Arbeitnehmer aufstehen? In England streiten Bergarbeiter gegen Arbeiter, und Stahlarbeiter, deren Arbeitsplätze der Streik der Kumpel gefährdet, schwingen wütend die Fäuste gegen die Bergarbeiter. So geht die Solidarität zu schanden. Schuld sind Gewerkschaftsführer. Auch bei uns bildet sich das Syndrom heraus; denn die wirklich Leidtragenden des Arbeitskampfes sind ja nicht jene, die Unterstützung aus der Streikkasse beziehen, sondern diejenigen Kollegen, die keinen Pfennig bekommen, weil ihre Betriebe als Folge des Streiks schließen mußten.

Oberflächlich betrachtet sieht es so aus, als ginge es unserem Land wirtschaftlich so gut, daß wir uns die Teilhabe dieser Streiks noch ein Weilchen leisten könnten. Wer genauer hinsieht, entdeckt dieses: Im Raum Stuttgart sind die Reisebuchungen um bis zu 50 Prozent zurückgegangen. Urlaub auf dem Balkan? In Baden-Württemberg klagt der Handel über einen Rückgang des Umsatzes um 5 bis 15 Prozent. Ist Schmalhans Küchenmeister? Bundesbank-Präsident Föll, ein objektiver Zeuge, warnt, der andauernde Tarifkonflikt bremse die Wachstumschancen in der Wirtschaft. Wie lange können wir uns das noch leisten?



Wulf-Mathies macht mobil

FOTO: DPA

Bonnas Namibia-Politik: starrsinnig und töricht

Im südlichen Afrika sind die Fronten in Bewegung geraten / Von Manfred Neuber

Die Friedensabkommen Südafrikas mit einigen schwarzen „Frontstaaten“ haben die machtpolitische Konstellation im südlichen Afrika so sehr verändert, daß die Prämissen der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias überholt erscheinen. Wird Bonn zu dieser Einsicht gelangen und aus seiner besonderen Verantwortung heraus für die deutschsprachige Bevölkerung in Südwest neue Initiativen ergreifen? Mit der wiederholten Deklamation, die Resolution 435 des Sicherheitsrates bleibe ausschließliche Grundlage einer Namibia-Lösung, kann nichts bewegt werden. Was das Junktum zwischen dem Abzug der Kubaner aus Angola vor der Unabhängigkeit Namibias angeht, das Pretoria und Washington herstellten, so agieren die Südafrikaner in jüngster Zeit weitaus flexibler als die Amerikaner. Ihnen genügt bereits ein fester Zeitplan für den Abzug, während die USA bis spätestens zum Wahltag im No-

vember auf dem außenpolitischen Erfolg eines Vollzugs bestehen. Die größte Fehlleistung der Weltorganisation, die Anerkennung der „Befreiungsorganisation“ Swapo als „einzige und authentische Vertretung des namibischen Volkes“, wurde auf eklatante Weise offenkundig, als kürzlich in Lusaka die Abgesandten aller politischen Kräfte aus Südwestafrika zusammenkamen. Swapo-Chef Sam Nujoma saß dort mit eben jenen Volksvertretern aus Windhuk an einem Tisch, die es nach UNO-Urteil nicht gibt.

An ungeschickter Verhandlungsführung des Gastgeber Kenneth Kaunda und am Einspruch des Sowjet-Botschafters in letzter Minute soll es gelegen haben, daß sich die Swapo mit den demokratischen Politikern noch nicht über Fortschritte zur Unabhängigkeit verständigen konnte. Keine Frage: Nujoma hat an Status verloren. Südafrikas Abmachungen mit Angola haben die Swapo militärisch gelähmt, und immer mehr gemäßigte Kräfte unter Swapo-Führung setzen ihn unter Druck, bei Verhandlungen einzulenken.

Im selben Maße, wie der Alleinvertretungsanspruch Sam Nujomas schwindet, gewinnt die namibische Viel-Parteien-Konferenz an internationalem Gewicht. Ihre Vertreter wurden in mehreren westafrikanischen Staaten empfangen und vom US-Außenminister George Shultz gehört – sogar UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar konnte nicht umhin, zu versichern, daß sich niemand den Gesprächen unter den Konflikt-Parteien in den Weg stellen wollte.

Bisherige Versuche Südafrikas, in Namibia eine interne Lösung unter Ausschluss der Swapo zustande zu bringen, dürften als aussichtslos ad acta gelegt sein. Sie hätte im Lande selbst keine tragfähige Basis gefunden und sie wäre draußen nie anerkannt worden. Worum es Pretoria aber geht, das sind haltbare Vorkehrungen für den Schutz der Minderheiten nach einer Unab-

IM GESPRÄCH Hans Neusel

Aber der Hans, der kann's

Von Manfred Schell

Mit Bundespräsident Karl Carstens wird Ende dieses Monats auch dessen Staatssekretär Hans Neusel die Villa Hammerschmidt verlassen. Neusel geht auf die „Reservebank“, wie er freimütig sagte. Die Frage, für wie lange, bleibt vorerst unbeantwortet. Neusel selbst schweigt beharrlich. Aber in Bonn ist es kein Geheimnis mehr, daß Neusel alsbald wieder als Staatssekretär in einer anderen wichtigen Funktion „auftauchen“ wird. Es ist die Rede vom Bundesinnenministerium. Friedrich Zimmermann schätzt Neusel seit langem als einen hochqualifizierten und überaus loyalen Mann. Nach WELT-Informationen hat der Bundesinnenminister schon während der jetzt auslaufenden Amtszeit des Staatsoberhauptes Neusel entsprechende Angebote unterbreitet, aber dieser wollte bei Carstens bleiben. Neusel könnte im nächsten Jahr im Bundesinnenministerium Nachfolger für Siegfried Fröhlich werden, der aus Altersgründen ausscheidet. Fröhlich hat seit Höcherls Zeiten den Bundesregierungen gedient.

So mancher hat sich in den letzten Wochen darüber gewundert, daß der kommende Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit Klaus Blech, dem Botschafter in Tokio, einen neuen Staatssekretär berufen will. Neusel hätte dem Staatsoberhaupt zumindest in der Übergangszeit wertvolle Hilfe sein können. Er kennt und beherrscht den Apparat, er weiß um das Geflecht der Informationsstränge ins Lager der Bundesregierung und der Opposition hinein. Davon abgesehen ist er mit 56 Jahren noch so jung und vitaler Mann wie Neusel zu schade für ein Verweilen in der Warteposition. Immerhin kostet die Versetzung des CDU-Mannes in den „einstweiligen Ruhestand“ den Steuerzahler auch Geld. Männer vom Zuschnitt Neusels hat



Loyal und diskret: Staatssekretär Hans Neusel. FOTO: RUPP DÄRCHINGER

diese Bundesregierung nicht allzu viele. Schon als enger Mitarbeiter des früheren Kanzlers Kurt Georg Kiesinger hat sich Neusel als loyal und geräuschlos schaltender Helfer im Hintergrund einen Namen gemacht. Später wurde er Bürochef des Oppositionsführers Karl Carstens, und er folgte ihm, als dieser nach der Wahl 1976 Bundestagspräsident wurde. Es ist nicht übertrieben zu sagen, Neusel hat wesentlich dazu beigetragen, daß Carstens 1979 mit Erfolg für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte. Heute spricht niemand mehr darüber, aber das Carstens die damaligen Auseinandersetzungen in Ruhe und Noblesse durchstand, wird Neusels Engagement und Rat zugeschrieben. Später, als Chef des Bundespräsidialamtes, saß der CDU-Mann am Kabinettstisch von Helmut Schmidt. Auch der SPD-Kanzler hat nie Klage über Neusel geführt. Die Bundesregierung kann es sich nicht leisten, einen exzellenten Mann einfach gehen zu lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

TRIBUNE de LAUSANNE

Bundeskanzler Kohl steht, so das Blatt, den aktuellen Problemen recht einsam gegenüber.

Sechs Wochen dauert der Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik schon an. Er verläuft in immer gefährlicherer Weise, und Helmut Kohl sieht sich gezwungen, eher gegen eine Ausweitung des Konfliktes anzukämpfen, als auf seine Beilegung zu hoffen. Konsequenz mit sich selbst unterstützt der Kanzler die Unternehmer, denn er ist davon überzeugt, daß der Impuls zum Wiederaufschwung und damit zum Rückgang der Arbeitslosigkeit nur von ihnen ausgehen kann. Eines Tages wird er jedoch den Stier bei den Hörnern packen müssen: Auf lange Sicht kommt die Aussparung einer Vogel-Strauß-Politik gleich. Die Geschichte zeigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland dem Konsens der Vorzug gegenüber der Konfrontation gegeben wird. Nach dem Motto, daß ein Unglück selten allein kommt, ist die Regierungskoalition ebenfalls stark angeschlagen. Bei den Europawahlen hat die FDP ins Gras gebissen. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat in der Vergangenheit sein Mäntelchen zu oft nach dem Wind gehängt, um letztlich nicht eine Ohrfeige versetzt zu bekommen. Sein Kollege Lambsdorff hat durch die Annahme von Spenden des Flick-Konzerns das Ansehen der Regierung geschmälert. In dieser Umgebung von dröhnenden politischen Intriganten muß Kohl sich recht einsam fühlen.

THE NEW YORK TIMES

Das Blatt befaßt sich mit dem geringen Interesse an der Europapolitik.

Europa leidet unter einer wirtschaftlichen Rezession, und die Wähler mögen das nicht so sehr ... und

Europa als eine politische Idee liegt in den letzten Zügen. Die Wähler können nicht über ein „Parlament“ in Erregung versetzt werden, dessen Mitglieder nur am Rande über Butterzucrusse und andere Zollstreitigkeiten entscheiden ... Das Europäische Parlament ist ein Rudiment des Traums von einer politischen Union. Es hat einige Funktionen zur Überprüfung des Haushalts und gibt einige Erklärungen zur Außenpolitik ab. Aber anstatt sich zu einer supranationalen Körperschaft hin zu entwickeln, ist es dem Wesen nach ein Spiegel engherziger Politik von zehn Nationen.

LE SOIR

Zu den von der „Bild“-Zeitung veröffentlichten Fotos des Ehepaares Sacharow und des Moskauer-Botschafts-Mitternachtsbesuchs die belgische Zeitung:

Der Zweck dieser Fotos liegt auf der Hand: Der Krenel hat beschlossen, die schwere und erniedrigende Hypothek, die auf der Reise des französischen Präsidenten lastet, zu erleichtern, ohne deshalb jedoch irgendwelche Zugeständnisse bezüglich der grundlegenden Aspekte der tragischen Situation des Friedensnobelpreisträgers und seiner Frau zu machen. Man kann Mitternacht glauben, wenn er versichert, daß er in Moskau ebenso nachdrücklich wie woanders zur Frage der Menschenrechte und zum Fall Sacharow Stellung nehmen wird. Doch alles hängt von der Wahl des Termins einer solchen Reise ab. Kann Mitternacht nach Moskau fahren, während man nichts über das Schicksal Sacharows weiß? Verschafft er Tschernomol das eine unverdiente Genugtuung? Genügt zwei Fotos in einer Zeitung, um sicherzustellen, daß der Krenel nicht als einziger Nutzen aus dieser Reise in das Land des Gulag zieht?

Bilanz des Streiks: 200 000 Autos wurden nicht gebaut

Die deutsche Automobilindustrie hat durch den Streik der Metallarbeiter eine komplette Monatsproduktion verloren. Das bedeutet einen Umsatzausfall von 16,5 Milliarden Mark. Dazu kommt, daß eine Reihe von neuen Modellen nicht wie geplant auf den Markt kommen kann.

Von HEINZ HORMANN

Die zuversichtlich beschwingte Stimmung ist erst einmal hin. Zukunftsängste haben in der deutschen Automobilindustrie den Stolz über den erfolgreichen Aufschwung verdrängt.

Dienstag vormittag in der BMW-Zentrale: Die Herren im Managergrau und Dunkelblau sehen durchs Fenster in den 22. Stock auf den leeren Werkhof. Auf die gespenstisch ruhigen Hallen, die förmlich nach Arbeit schreien, in denen aber die Bänder stehen.

Dabei ist es gerade fünf Wochen her, daß der Unternehmenslenker Eberhard von Kuenheim (der vor wenigen Tagen zum Präsidenten des Internationalen Konstruktivisten-Komitee gekürt wurde) ein neues Rekordergebnis der weiß-blauen Nobelmarke verkündet hatte: 420 984 Fahrzeuge waren im letzten Jahr verkauft worden. 1984 sollte diese Höchstmarke noch einmal übertroffen werden. Doch dann wurde der Höhenflug hier wie überall in der deutschen Automobilindustrie abrupt gestoppt. Positive Prognosen und Hoffnungen zerfielen bei der Hitzigkeit und Härte der tariflichen Auseinandersetzungen wie Butter in der Sonne.

Indirekt vom Metallstreik betroffen, kalkuliert BMW 1,4 Milliarden Verlust. Bis Ende nächster Woche werden 50 000 fest geplante Autos ungebaut bleiben.

Bis heute beklagen die inländischen Fahrzeughersteller, von denen direkt oder indirekt jeder siebte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik abhängt, ein Produktionsminus von rund 200 000 Einheiten.

Die Bilder gleichen sich in allen Unternehmen. Wie die Vorstandsdirektoren in München registriert auch VW-Chef Carl H. Hahn von seiner Einsatzzentrale im 13. Stock, hoch über den Hallen, Grabesstille, selbst mittags um zwei, wenn normalerweise zum zweiten Schichtwechsel Zigtausende über die Werkshöfe strömen.

Täglich 130 Millionen Mark Umsatzausfall schlagen hier in Wolfsburg zu Buche. Nach zwei schlechten Jahren sind wir erstmals wieder in der Gewinnzone, sagt Unternehmenssprecher Anton Konrad, und dann wird der Aufschwung so gestoppt. Es ist schmerzhaft zu sehen,

wie das Geld förmlich wegläuft. Kaum einer in der Firma hat Verständnis dafür, weil das ursprüngliche Ziel, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, sowieso nicht erreicht werden wird.

Vom 4. bis zum 15. Juni wurden in den sechs VW-Werken in Deutschland und in der Produktionsstätte Brüssel 28 000 Golf/Jetta, 4500 Polo/Derby, 6500 Passat/Santana, 6000 LNF und 1000 Audi 80 nicht gebaut. Hier wie anderswo fehlen vor allem elektronische Teile, Kolben, Lenksysteme, Lichtmaschinen und Kühler. Ersatzlieferungen aus dem Ausland sind so kurzfristig kaum möglich. Und wenn, dann in unbedeutend geringem Umfang.

Ebenso schwarz ist die Bilanz bei Opel: 22 900 Kadett, 20 250 Ascona, 1930 Manta, 10 600 Rekord und 1920 Senator/Monza rollten nicht aus der Endmontage. Hinzu kam hier noch der Ausfall von rund 23 000 Fahrzeugen, die in Form von Bausatz-Einzelteilen an ausländische Montagestätten geliefert worden wären. Pro Streiktag kommen weitere 4000 Ausfall-Einheiten hinzu.

Bei Opel fehlen im wesentlichen Teile aus dem seit vier Wochen gestreikten Werk Rüsselsheim. Hier werden für die Bochumer Werke Motoren, Seitenwände, Dächer und Achsen produziert. Weil die Werkzeugherstellung zu aufwendig und zeitraubend ist, können diese Teile nicht von ausländischen Zulieferern beschafft werden.

Vorstandsmitglied Hans-Wilhelm Gäß ist bestürzt: „Ausgerechnet jetzt, wo sich Opel am Beginn des größten Investitionsprogramms seiner Geschichte (bis 1988 7,4 Milliarden Mark) befindet, passiert das. Auswirkungen auf dieses Programm sind nicht auszuschließen.“

Daimler Benz, auf den Exportmärkten die Verkörperung des Markenzeichens „Made in Germany“, stoppte als erster Hersteller am 17. Mai die Montagebänder. Durch die inländischen Produktionsstätten, die sich gegenseitig mit Aggregaten und Teilen beliefern, unterbrochen. Auf die Folgen für die Zukunft angesprochen, sagt Firmensprecher Bernd Gottschalk: „Wir haben alles getan, um Schäden im zukünftigen Produktionsablauf zu vermeiden. Dies ist ja auch der Sinn des Notdienstes, der sehr umsichtig vorbereitet wurde. Wir hoffen immer noch, zeitliche Verzögerungen bei geplanten Neuanläufen“

Bei Daimler Benz ist die Frage der fehlenden Zulieferer überholt, da einige Werke durch den Arbeitskampf unmittelbar (Abwehr und Aussparung) betroffen sind. Dadurch ist die Arbeitsstellung zwischen den elf inländischen Produktionsstätten, die sich gegenseitig mit Aggregaten und Teilen beliefern, unterbrochen. Auf die Folgen für die Zukunft angesprochen, sagt Firmensprecher Bernd Gottschalk: „Wir haben alles getan, um Schäden im zukünftigen Produktionsablauf zu vermeiden. Dies ist ja auch der Sinn des Notdienstes, der sehr umsichtig vorbereitet wurde. Wir hoffen immer noch, zeitliche Verzögerungen bei geplanten Neuanläufen“

Hamburgische Geschäftsleute, deren Blick immer über See nach England schweifte, brachten die Segelregatta ins neue preußisch-deutsche Reich mit der neuen Kaiserlichen Marine. Gleich 1882 nahmen an der ersten Kieler Regatta „Allerhöchste“ Gäste auf einem Begleiddampfer teil:



Kampf für die 35-Stunden-Woche: Wie bei VW stehen in allen deutschen Autofirmen halbfertige Autos auf dem Fließband

fen vermeiden zu können, allerdings wächst das Risiko solcher Verzögerungen mit jedem Streiktag.“

Bei Porsche, der Sportwagen-Edelschmiede, stehen die Bänder seit dem 22. Mai still. Täglich können 130 Vierzylinder (924, 944), 58 911er und 23 928S nicht ausgeliefert werden. Unabhängig von Streik und Aussparmaßnahmen fehlen auch bei Porsche u. a. elektronische Teile und Kolben. Für diese spezialisierte Sportwagenfirma ist es überhaupt nicht möglich, Ersatzlieferungen für fehlende Teile aus dem Ausland zu beziehen.

Unternehmenssprecher Uwe Brobeck denkt mit Sorgen an die Zeit nach dem Streikende. „Sicherlich sind Schäden im zukünftigen Produktionsablauf zu erwarten. Da bei Porsche auch vor Streikbeginn die Fließbänder auf Hochtour liefen, kann nach Ende des Streiks kaum ein Auto wieder aufgeholt werden. Die Präsentation des neuen Porsche 944 Turbo im Juli muß wegen des Streiks auf unbestimmte Zeit verschoben werden, das Modelljahr 1985 kann erst mit erheblicher Verspätung von Band laufen.“

Die Verschiebung von Modellpräsentationen und Verkaufstarts neuer Autos gehört zu den schmerzhaftesten Randerscheinungen des Arbeitskampfes, über die aber in der Öffentlichkeit am wenigsten geredet wird.

Sieben Jahre braucht in der Regel ein neu konzipiertes Modell, um seriell zu werden. Eine lange Durststrecke, die Millionen Entwicklungskosten verschlingt. Wenn der Neuling dann am Tag X nicht auf den Markt kommt und der eingerechnete Verkaufsschub ausbleibt, sind finanzielle Engpässe leicht möglich. Bei VW ist die Vorstellung des Allrad-Passats im Herbst gefährdet. Opel sieht den Termin für den neuen Kadett, das wichtigste Auto der Palette, platzen. Bei BMW sollte eine stärkere Variante

der Ser-Serie vorgestellt werden. Auch das wird zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht möglich sein.

Bisher am glimpflichsten davon gekommen ist Ford in Köln. Wo die Produktion gestoppt werden mußte, hat man sich kurzfristig mit bezahltem Betriebsurlaub, einer vorgezogenen Sondervereinbarung über die Runden gerettet. Der Fiesta konnte bisher nach Plan gebaut werden, und nur Granada und Taunus laufen zur Zeit nicht vom Band. Modelle, die sich sowieso schlechter verkaufen.

Bei Ford in Köln ist die Stimmung auch darum positiv, weil der Betriebsrat die Sorge um das Wohl der Werksmitarbeiter in der Priorität höher setzt als solidarisches Gehorsam gegenüber der Gewerkschaft. In der gemeinsamen Abstimmung zwischen dem Arbeitnehmervertreter und dem Ford-Vorstand wurde beispielsweise erreicht, daß die Mitarbeiter, die durch Arbeitspausen betroffen sind und einen Lohnausfall zu beklagen haben, diese Abzüge erst nach ihrem Urlaub verrechnet bekommen. Sie können also wie geplant in die Werkferien gehen.

Zu allen Verlusten und Ärger kommt die für alle Hersteller abträgliche Kaufzurückhaltung auf dem Inlandsmarkt. Mit jedem Streiktag wird die Verunsicherung größer. Hier wird im Privatbereich spürbar, wie der Aufschwung abgewürgt wird.

Anton Konrad von VW sieht die Gefahr, daß Kunden, die ihren Gebrauchswagen bereits verkauft haben und nun auf das neue Auto angewiesen sind oder aber vor einer festgelegten Urlaubsreise stehen, zu mühseligen Mißweibern ohne Lieferfrist überschwenken. So reagieren Händler ausländischer Konkurrenzfabrikate forsch.

In der „Süddeutschen Zeitung“ stand die Anzeige: „35 rote Streikbrecher“ Ein Händler bot 35 Alfa Romeo

33 in der feuerroten Rennlackierung an und köderte mit dem Zusatz: „Damit Sie das Thema Lieferfrist kurzfristig vergessen.“ Mit 16 990 Mark liegt dieser Typ im Bereich der deutschen Marken beherrschten Kompakt- und Mittelklasse. Ein Toyota-Bändler wirt in Köln mit der Anzeige: „Ganz egal, ob Kleinwagen oder reinnassiges Sportauto, es gibt keine Fahrzeugklasse, in der wir nicht ein ideales Modell anbieten können. Warten Sie nicht, steigen Sie um!“

Ganz unberührt bleiben freilich auch die ausländischen Hersteller vom deutschen Metallstreik nicht. So gerieten bereits die schwedischen Unternehmen Saab, Volvo und Scania, die englischen Firmen Leyland und Vauxhall und der italienische Fiat-Konzern in Nachschub-Nöte. Einspritzpumpen von Bosch, Kolben von Mahle und Lenksysteme von ZF bleiben aus.

Eine Möglichkeit, den Weg aus der Misere zu finden, wurde in England vorerzogen: engagiertere Arbeit statt mehr Freizeit. Bei Jaguar stimmte lange Zeit die Qualität nicht. Von Streiks immer wieder gebeutelt und von internen Querelen gestört, entwickelte sich die reinste Pannenproduktion. Kunden beklagten Fehler über Fehler.

Da entschloß sich Firmenchef John Leopold Egan zum totalen Schnitt. Die Zahl der Planstellen wurde von 10 500 auf 7200 heruntergefahren und die verbleibenden Mitarbeiter auf die Traditionsfirma eingeschworen. Weil alle mitzogen, konnte die Produktion um 60 Prozent gesteigert werden. Es war ein Erfolg für alle: Höhere Stückzahlen verbesserten die Bilanz, mit sauberer Qualität wurden verlorene Kunden zurückgewonnen und zufriedengestellt. Und für die Mitarbeiter zahlte sich der besondere Einsatz finanziell aus.

Eine Frau bringt Nürnberg den Beamten auf Zeit

Mit der Gewerkschaftsfunktionärin Ursula Engelen-Kefer wird nicht nur zum ersten Mal eine Frau Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit. Die Stelle wird auch erstmals mit einer Beamtin „auf Zeit“ besetzt. Wird der nächste Präsident ein „politischer“ Beamter sein statt auf Lebenszeit bestellt?

Von GISELA REINERS

Die Schlacht ist geschlagen – die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hat wieder eine komplette Führungsspitze. Die Gewerkschaftsfunktionärin Ursula Engelen-Kefer hat alle Hürden genommen und kann ihr neues Amt als Vizepräsidentin am 15. August antreten.

Ganz fahrplanmäßig hatte am 2. April dieses Jahres der Staatssekretär im Bundesministerium Heinrich Franke (CDU) seinen Posten als Präsident übernommen. Er folgte auf Josef Stügel (CSU), der nach Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren entsprechend den beamtenrechtlichen Vorschriften in den Ruhestand getreten war.

Franke sah sich eine Weile allein auf der Führungsetage im Hochhaus an Nürnbergs Regensburger Straße, denn sein Vizepräsident, der Gewerkschafter Helmut Mintz, war zwei Monate zuvor im Alter von 60 Jahren verstorben. Zwar war die Nachfolgefrage für den Vizeposten in Bonn schon zu Mintzs Lebzeiten entschieden worden, doch sollte es hinter den Kulissen von Politik und Wirtschaft noch eine Menge Fingerhaken geben, bis das Namensschild für das Vize-Büro in Auftrag gegeben werden konnte.

Der 30köpfige Verwaltungsrat, Selbstverwaltungsorgan der Bundesanstalt, zu gleichen Teilen besetzt von Vertretern der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und einer Gemeinschaft von Beamten aus Bund, Ländern und Gemeinden, konnte nämlich nicht zu einem einheitlichen Votum für die von den Gewerkschaften favorisierte Ursula Engelen-Kefer finden. Sie stieß, je weiter sich das Verhältnis zwischen Bundesregierung und Arbeitnehmervertretung im Zuge des Streits um die 35-Stunden-Woche verschlechterte, auf sich verhärtenden Widerstand der Arbeitgeberseite.

Diese hatte sachlich keine Argumente gegen die 40jährige Diplom-Volkswirtin, die beim DGB-Bundesvorstand die Abteilung Arbeitsmarkt leitete, vorzubringen. Ihre Qualifikation in Abrede zu stellen, wurde nicht versucht, denn sie war als Gewerkschaftsvertreterin auf der sogenannten Arbeitnehmerbank in Nürnberg allen ein Begriff. Niemand sprach ihr

je Kompetenz und Fleiß ab – im Gegenteil, vielleicht hatte sie zuviel davon gezeigt.

Nach Beginn und längerer Dauer der Tarifauseinandersetzungen in Metall- und Druckindustrie um die Wochenarbeitszeitverkürzung nahm die Einrede gegen Frau Engelen zu. Die Arbeitgeber wünschten sich einen Beamten aus der Arbeitsverwaltung zum Vize. Das würde die Mitarbeiter der Bundesanstalt mehr motivieren, als jemanden von „draußen“ vor die Nase gesetzt zu bekommen. hieß es. Der DGB hielt umso fester an seiner Kandidatin fest. Da machte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) ein schlaues Geschäft.

Um von den Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu retten was zu retten war, handelte er den Arbeitgebern die Zustimmung zu Frau Engelen-Kefer ab mit der Zusage, die Arbeitgeber-Forderung nach einer Besetzung des Vize-Postens „auf Zeit“ zu erfüllen.

So hat nun die Bundesanstalt, nachdem die drei Bänke der Selbstverwaltung die Gewerkschafterin mit Mehrheit akzeptiert haben, einen Präsidenten auf Lebenszeit und eine Vizepräsidentin, die Angestellte im öffentlichen Dienst ist. Sie wird, wenn das für die Bundesanstalt gültige Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) geändert und das Beamtenrecht möglicherweise entsprechend modifiziert ist, „Beamtin auf Zeit“ mit einer Amtszeit von acht, zehn oder zwölf Jahren – je nachdem, worauf man sich einigt, wenn man sich einigt.

Zwar soll künftig auch der Präsident nur noch eine begrenzte Dauer auf dem Posten verweilen dürfen, der mit Bezügen zwischen einem Bonner Ministerialdirektor und einem Staatssekretär dotiert ist. Doch bis dahin sind noch zehn Jahre Zeit, denn der Beamte auf Lebenszeit Heinrich Franke ist jetzt 55. Frau Engelen-Kefer wird jedoch in Kürze erst 41. Mit ihrem Engagement und ihrer Courage hätte die Arbeitgeberseite also noch 24 Jahre leben müssen. Bei ihrer Bestallung war also Eile für eine Änderung geboten.

Fast wäre es Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) in der Kabinetsitzung der letzten Woche gelungen, ihre Nominierung zu verhindern, mit der Bemerkung, sie vertrete extreme Gewerkschaftspositionen. Doch CDU-Generalsekretär und Familienminister Geißler („Soll sie etwa Arbeitgeber-Standpunkte vertreten?“) rettete die Situation durch den Hinweis darauf, was passieren werde, wenn man in dieser angespannten Streiklage die Entscheidung des Arbeitsministers kippe. So konnte die Prozedur ordnungsgemäß ablaufen: Der Arbeitsminister schlug vor, der Bundespräsident ernannte und der Nürnberger Verwaltungsrat stimmte zu – allerdings konnte er sich immer noch nicht zu einem einstimmigen Votum durchringen.

Dabei hat der DGB nichts gegen die Umwandlung der Präsidentenposten in „Beamte auf Zeit“ einzuwenden. Es gibt sogar Stimmen, die „politischen Beamten“ dafür fordern, also solche, die wie andere ihrer Besoldungsgruppe in Bonn bei Regierungswechseln in den „einstweiligen Ruhestand“ geschickt werden können.

Das käme sicher manchen recht, denn in aller Erinnerung sind die Probleme, die die sozialliberale Regierung hin und wieder mit dem CSU-Mann Stügel hatte, der nach ihrer Ansicht die Arbeitsmarktprobleme zu schwarz malte. Dies wäre jedoch eher ein Argument gegen den politischen Beamten, denn wenn der Präsident sich auch laut Gesetz im Rahmen der sozialen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bewegen muß, so braucht er doch eine gewisse Unabhängigkeit für seine Beurteilung der Arbeitsmarktverhältnisse. Der „Beamte auf Zeit“ scheint also ein vernünftiger Mittelweg zu sein.



Vizepräsidentin in Nürnberg: Ursula Engelen-Kefer

FOTO: DIE WELT

Als das Regattasegeln nach Kiel kam

Von WALTER GÖRLITZ

Bis zum Wochenende ist Kiel, wie schon seit über 100 Jahren, wieder Mekka des Segelsports. Begonnen hatte alles am 22. Juli 1882. An diesem Tag (Kiel war Reichskriegshafen geworden) wurde die bis dahin verschlafene Universitätsstadt Schauplatz eines historischen Ereignisses in der Geschichte des Wassersports. Die erste Segelregatta an der deutschen Ostseeküste begann. Die „Kieler Woche“ war geboren.

Zwanzig „Yachten“ (vom modernen Duden war noch keine Rede) starteten. Siegerin wurde die Yacht „Lolly“ des kaiserlichen Unterleutnants zur See Läder-Arenhold. Dieser gehörte zu einer Gruppe junger Seeoffiziere der Ostsee-Marine-Station

unter Leitung des Schiffbauingenieurs Saefkow, die sich das Segeln als Freizeitbeschäftigung ausgesucht hatten.

Sie verfügten nur über kleine Boote, die sogenannten „Lustkutter“. Das geschah just zu einer Zeit, in der Großsegler als Transporter oder Kriegsschiffe ausgespielt hatten. Kein Staat wollte jedoch bis heute bei seiner Marine auf die seemannische Ausbildung auf einem Segelschiff verzichten.

Hamburgische Geschäftsleute, deren Blick immer über See nach England schweifte, brachten die Segelregatta ins neue preußisch-deutsche Reich mit der neuen Kaiserlichen Marine. Gleich 1882 nahmen an der ersten Kieler Regatta „Allerhöchste“ Gäste auf einem Begleiddampfer teil:

der Erbprinz Wilhelm von Preußen, sein Bruder Prinz Heinrich, später Großadmiral, und deren Schwester,

WIE WAR DAS?

die Erbprinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen, seefahrtbegeisterte „Landratten“.

Im Reichskriegshafen Kiel entstand 1887 der „Marine-Regatta-Club“. Auf Wunsch des jungen Kaisers Wilhelm II., der sich immer stärker für Seefahrt und Flottenfragen

begeisterte, nannte er sich seit 1890 „Kaiserlicher Yacht Club“.

Kaiser Wilhelm II. und sein Bruder Prinz Heinrich von Preußen prägten über Jahrzehnte hinweg das Bild der „Kieler Woche“. Sie vereinten sportlichen Wettbewerb, die große Schau der eigenen und fremder Kriegsschiffe und ein Stück Selbstdarstellung der vornehmen Welt des damaligen Europa. Sie lebte noch in den gleichen Erbkategorien, Wert- und Rangvorstellungen. Von Europa war nicht die Rede, „man“ verkörperte eben eine europäische Gemeinschaft. Anno 1911 konnte man sogar ein Linien Schiffsgeschwader aus den USA begrüßen. Die Neue Welt meldete sich zu Gast.

Der Erste Weltkrieg 1914/18 beendete die kaiserliche Ära. Erst 1920 gab es wieder Kieler Wochen, Segelsportereignisse ohne kriegerischen Klang. Der ehemals Kaiserliche „Yacht Club“ mußte sich „Yacht-Club von Deutschland“ nennen. An die Hohenzollern erinnerte sich der Österreichische Hitler nicht gern.

Der Zweite Weltkrieg 1939/45 brachte dann eine viel tiefere Zäsur als der Erste sowie eine völlige Veränderung des Gesamtcharakters. Seit 1950 gibt es wieder „Kieler Wochen“, später ließ auch die Bundesmarine Hilfestellung. Aber sie wurden über den Segelsport, der im neuen Wohlstand ungeheure Breitenwirkung erlangte, auch Kulturschau – und last not least Volksfest, Massenbelustigung im Stil der Zeit, in der wir leben.

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 19 der „Orientierungen“ enthält Beiträge

aus der Arbeitswelt, über den technischen Wandel und die Sozialpartnerschaft, erörtert die Frage, wie Arbeitslosigkeit entsteht und wie sie wieder beseitigt werden kann und untersucht die Rolle des Staates bei der Förderung der Wirtschaft und bei zukünftigen Vermögensbildungskonzepten. Unter den Berichten über Wirtschaftsordnungen des Auslandes ist ein Artikel, der die Perspektiven eines heraufkommenden „pazifischen Zeitalters“ darlegt.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.



Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

Reaktivierung der WEU „auf gutem Wege“

DW./rnc, Paris
Die Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) ist auf gutem Wege. Dies bestätigte gestern Bundesaußenminister Genscher vor der in Paris tagenden WEU-Verammlung. Bis Ende Oktober, wenn in Rom die Verteidigungs- und Außenminister der WEU-Länder zusammentreten, soll der Ständige Rat der fast 30 Jahre alten Verteidigungsorganisation entscheidungsreife Vorschläge erarbeiten.

Genscher sprach sich für eine „stärkere Nutzung der WEU“ aus. Damit ist gemeint, daß sie intensiver als bisher als Konsultations- und Abstimmungsinstrument in sicherheitspolitischen Fragen genutzt werden soll. Dazu gehört auch, daß die letzten für die Bundesrepublik Deutschland noch bestehenden Herstellungsverbote und Mengenkontrollen für konventionelle Waffen bis Oktober aufgehoben werden sollen.

Genscher betonte jedoch, daß die Reaktivierung der WEU nicht als Aufbruch einer Gegenposition zur NATO mißverstanden werden dürfe. Sie sei kein Ansatzpunkt, Europa und Amerika voneinander zu trennen, weil ihre Beziehung der Festigung des Atlantischen Bündnisses dienen werde. Nach Genscher Urteil können im Rahmen der WEU die europäischen Ressourcen für die konventionelle Verteidigung aufeinander abgestimmt und wirksamer genutzt werden. Dies könne auch der europäisch-amerikanischen Zweibahnstraße in Rüstungskonventionen und Technologietransfer zugute kommen.

OVG: Straßensperre ist Nötigung

dpa, Lüneburg / Lüneburg
In der Sperrung von Zufahrtsstraßen zum Kreis Lüneburg-Dannenberg durch Anti-Atomkraft-Demonstranten sieht das OVG eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Mit diesem Beschluß bestätigte das Gericht gestern das Verbot der Wendland-Blockade vom 30. April durch den Landkreis Lüneburg-Dannenberg. Es wertete die Straßensperrungen als strafbare Nötigung. Das Grundgesetz lasse zur friedlichen Demonstrationen zu. (AZ: 12 OVG B 49/84).

Bonn: Doch Filter für Kraftwerk Buschhaus

Zimmermann sagt Niedersachsen Unterstützung zu

EBERHARD NITSCHKE, Bonn
Das neue Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt, das als „Dreckschleuder der Nation“ bezeichnet wurde, weil es ohne ausreichende Filterung besonders schwefelreiche Braunkohle verbrennen soll, wird nun doch mit dreistufigem Filteraufwand Filtereinrichtungen erhalten. Das hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Fernsehansprache „Kontraste“ angekündigt. Der Minister sagte, angesichts der in diesem Fall besonders hohen Kosten für Umweltschutz habe der Bund eine Beteiligung an den Kosten in Aussicht gestellt.

Während zur Einhaltung der Umweltschutz-Gesetze bei einem normalen Kohlekraftwerk etwa hundert Millionen Mark für Filteranlagen auszugeben werden müssen, kann Buschhaus die Schwefelbelastung möglicherweise den zwei- bis dreifachen Aufwand erfordern. Bonn, so sagte Zimmermann, sehe Buschhaus nicht als allein niedersächsisches Problem, sondern sei das Ziel der derzeitigen Regierungspolitik, die gesamten Schwefeldioxid-Schadstoffe im Bundesgebiet zu verringern. Im Innenministerium in Bonn verlautete dazu, man dürfe nunmehr auch von der „DDR“ und ihrer nahe der innerdeutschen Grenze Braunkohle verfeuern. Die Industrie ähnliche Leistungen erwarten.

„Waldschäden 1984“

In der letzten Sitzung des Bundeskabinetts hat Zimmermann den „Aktuellen Bericht Waldschäden 1984“ vorgelegt. Darin heißt es, ohne ausdrückliche Erwähnung von Buschhaus: „Im innerdeutschen Verhältnis spielen grenzüberschreitende Luftverunreinigungen eine große Rolle. Seit Juni 1983 haben sich beide Seiten in Expertengesprächen über den jeweiligen Stand von Kenntnissen und Entwicklung bei der Rauchgasentschwebelung unterrichtet. Die Gespräche werden in nächster Zeit mit dem Ziel fortgesetzt, gemeinsame praktische Möglichkeiten zur Verminderung der Kraftwerksemissionen zu erarbeiten.“

Der Bericht stellt die Entwicklung der Waldschäden, ihre Ursachen und Wirkungen sowie die notwendigen umweltpolitischen Folgerungen dar, wo-

bei das am 6. September 1983 beschlossene Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ aktualisiert und den neuesten Erkenntnissen angepaßt wurde. Nach der letzten Waldschadenserhebung sind 2,5 Millionen Hektar Wald in der Bundesrepublik, das heißt 34 Prozent der deutschen Waldfläche, mehr oder weniger geschädigt, in Bayern und Baden-Württemberg sogar 50 Prozent. Die Verluste für die Forstwirtschaft werden mit jährlich rund einer Milliarde Mark angegeben.

Entscheidung im Juli

Nach neuesten Berechnungen des Umwelt-Bundesamtes, so heißt es in dem der Bundesregierung vorgelegten Bericht, werden durch die im Vorjahr in Kraft getretene Großfeuerungsanlagen-Verordnung die jährlichen Schwefeldioxidmengen von 3,2 auf 1,6 Millionen Tonnen pro Jahr halbiert. Entgegen mancher Skepsis habe sich die Industrie voll auf die Verordnung eingestellt.

Zur Herabsetzung der Grenzwerte für Kraftfahrzeug-Abgase wird in dem Bericht festgestellt: „Die Bundesregierung prüft zur Zeit geeignete Steuermodelle, mit denen wirkungsvolle Anreize zur beschleunigten Kraftfahrzeug-Neuzulassung werden sollen. Eine Entscheidung ist für Anfang Juli 1984 zu erwarten.“

Zu der Entscheidung der Europäischen Kommission vom 16. Mai 1984, nach der es den Mitgliedstaaten ab 1985 gestattet sein soll, auf freiwilliger Basis und unter Einhaltung der Regeln des gemeinsamen Marktes bleibendes Benzin und das „umweltfreundliche Fahrzeug“ einzuführen, ab 1989 bleibendes Benzin und ab 1990 die US-Abgasregelungen zwangsläufig, wird in dem Bericht der Protest der Bundesregierung festgehalten. Die Frist bis 1985 sei „völlig unzureichend“, das umweltfreundliche Auto müsse „jetzt und nicht erst in 10 Jahren“ eingeführt werden, durch Rat-Verhandlungen müsse ein neuer vorgezogen Termin erreicht werden.

Die neue Waldschadenserhebung, die der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zusammen mit den Landesforstverwaltungen durchgeführt, wird mit ihren ersten Erhebungen erst im Oktober bis November dieses Jahres vorliegen.

Noch kein Durchbruch für die ÖTV-Chefin

Das Thema eines „heißen Herbstes“ bleibt umstritten: 35-Stunden-Woche oder der Kampf gegen die Nullrunde

GÜNTHER BADING, München
Der heiße Herbst im öffentlichen Dienst soll nach dem Willen der im Amt bestätigten ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies noch im Sommer beginnen. Schon im Vorfeld der für den 6. September angesetzten Entscheidung der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr über die Forderung für die Tarifrunde 1984 soll Überzeugungsarbeit an der Basis geleistet werden, die sich zu 90 Prozent auf das Thema Arbeitskampfbereitschaft und Arbeitskampfbereitschaft konzentrieren soll. So jedenfalls sieht es die trotz teilweise heftiger Kritik an ihrer bisherigen Tarifpolitik mit 83,4 Prozent gestern wiedergewählte Vorsitzende.

Daß die Tarifauseinandersetzung mit den öffentlichen Arbeitgebern in Bund, Ländern und Gemeinden im Herbst hart werden wird, darüber waren sich alle auf dem Gewerkschaftstag in München versammelten haupt- und ehrenamtliche Funktionäre einig.

Auch hielten in der zweitägigen Diskussion um den Rechenschaftsbericht von Frau Wulf-Mathies, in der es fast ausschließlich um die Tarifpolitik ging, die meisten der Redner einen Arbeitskampf nicht für ausgeschlossen – wenngleich besonnene Gewerkschafter davor warnten, den Streik nicht als letztes Mittel zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen vorzuhalten, sondern

zielstrebig auf ihn zuzusteuern. Am eindrucksvollsten war da wohl die Warnung des erfahrenen ehrenamtlichen Hauptvorstandmitglieds Harro Sachse aus Berlin. Er mahnte nach dem von Frau Wulf-Mathies entzünden rhetorischem Feuerwerk für die 35-Stunden-Woche vor allzu starren Festlegungen.

Die Mahnung zur Flexibilität war notwendig. Nach den Redebeiträgen der Vorsitzenden war vielfach der Eindruck entstanden, es werde im Herbst vorrangig um die 35-Stunden-Woche und alles andere, darunter auch der Kampf gegen die gefürchtete „Null-Runde“ in der Besoldung, müsse zurückstehen.

Enttäuschte Arbeiter

Die eigentliche Sorge der Arbeiter – rund die Hälfte der Mitgliedschaft der ÖTV rekrutiert sich aus diesem Bereich – ist aber der Lohn und nicht die Arbeitszeit. Sie sind enttäuscht worden, weil die Verhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung – im Gewerkschaftsjargon kurz „A und E“ genannt – abgebrochen und bis nach Ende der diesjährigen Tarifrunde vertagt worden sind. Die Verhandlungen hätten nur den Arbeitern gedient; die Angestellten haben nur selten Sorgen, daß sie durch Umsetzungen in ihrem Betrieb weniger verdienen oder in ihrem Status absinken könnten.

Anders beim Arbeiter. Die Befürworter der A und E-Forderung führen

gern das Beispiel eines Busfahrers an, der mit 56 Jahren „vom Bock muß“, also aus Altersgründen nicht mehr fahren darf. Da im Arbeiterbereich ein großer Teil des Einkommens aus funktionsgebundenen Zulagen besteht, muß er dann mit beträchtlich weniger Monatslohn rechnen. Hinzu kommt, daß er zwar ein hervorragender Fahrer gewesen sein mag, in seiner neuen Stelle irgendwo im Wartungsbereich eines Fuhrparks oder in der Stadtverwaltung aber tatsächlich kaum mehr als Hilfsbediensteter tun kann. Hier wurde in der Tarifdebatte Enttäuschung spürbar, vermengt mit der Angst, die ÖTV würde sich in einen selbstmörderischen Kampf um die 35-Stunden-Woche stürzen, statt die auch für den Tarifbereich geplante „Null-Runde“ zu befechten.

Er sei beauftragt worden, die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen vor der Auseinandersetzung im Herbst zu artikulieren, sagte der Delegierte Klaus Hecht aus Mainz. „Gerade in den traditionellen kampfbereiten und kampffähigen Bereichen wie Müllabfuhr und Verkehrsbetrieben“ wolle man an die Arbeitszeitforderung „noch nicht so recht heran“. Hecht gab auch die Antwort auf seine selbstgestellte rhetorische Frage „warum?“. Die „unteren Bereiche“, vor allem die Arbeiter, brauchen eine Lohnrunde, die mehr Geld in den Geldbeutel bringt. Auch ich weiß“, sagte der Delegierte, „daß Arbeits-

zeitverkürzung in aller Form unverzichtbar ist. Aber ich hätte Sorge, im Herbst vor den Kolleginnen und Kollegen in diesen Bereichen zu treten und ihnen Einkommenseinbußen erklären zu müssen.“

Die ÖTV drängt zwar auf rasche Entscheidungen nach der Aufstellung ihrer Forderung Anfang September, muß allerdings damit rechnen, daß sich die öffentlichen Arbeitgeber nicht in eine hektische Tarifauseinandersetzung treiben lassen.

Erst im Oktober

Die eigentlichen Verhandlungen dürften deshalb erst im Oktober beginnen. In der Vergangenheit bestand auf Arbeitgeberseite immer die Neigung der Gemeinden, den ÖTV-Forderungen leichter nachzugeben, als Ländern und Bund dies zu tun bereit waren. Sollte sich der Arbeitgeberbereich in der Großen Tarifkommission durchsetzen und die Einkommensforderung zum Schwerpunkt des Tarifstreits werden, so bestünde wohl auch diesmal die Möglichkeit wieder. Nicht aber, wenn es um die 35-Stunden-Woche gehen sollte, die zudem nach dem Willen der ÖTV-Vorsitzenden mit der Forderung nach Neueinstellung von Mitarbeitern zum Ausgleich der verkürzten Arbeitszeit gekoppelt werden soll. Erweiterung von Stellenplänen sind politisch nicht durchsetzbar – und das sind sich Bund, Länder und Gemeinden einig.

Worms prophezeit Zweiparteienstaat

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer zu Gast bei der WELT

WILHELM HERLYN, Bonn
Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms sieht sich in seiner Ansicht bestätigt, daß die Bundesrepublik auf dem Weg zu einem Zweiparteienstaat ist. Bei einem Gespräch in der Bonner Zentralkredaktion der WELT sagte der CDU-Politiker, es zeichneten sich zwei Lager ab: hier das konservative und dort das rot-grüne Bündnis. Worms wertete diese Erkenntnis nach der Europawahl „auch als Chance für die CDU/CSU zu einer absoluten Mehrheit“. Als Beleg dafür zitierte er dabei eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die aussagt, daß zwar 25 Prozent der Oberprimar pro Grün stimmten, 75 Prozent sich aber zu den Ordnungsfaktoren der sozialen Marktwirtschaft bekennen.

Übertragen auf das bevölkerungsreichste Bundesland, das am 30. September vor Kommunalwahlen und am 12. Mai 1985 vor Landtagswahlen steht, bedeutet das aber, daß „ich noch mehr arbeiten muß als zuvor, denn wir können die Wahl nur mit der moralischen Position der Bundestagswahl vom 6. März 1983 gewinnen“. Darunter verstehe er „die Deckungsgleichheit von Wort und Tat“. Diese Synchronisation werde die

Wähler motivieren, sich wieder den etablierten Parteien zuzuwenden.

Worms rechnet damit, daß sich 80 Prozent der Wähler in NRW in ihrer Votierung nach Bonn orientieren – und damit „ist der Erfolg der CDU entscheidend auch abhängig von der Politik des Bundeskanzlers und dem Einsatz von Helmut Kohl bei uns“. Schon in den vergangenen Monaten habe sich Kohl im vorpolitischen Raum engagiert wie kein Bundeskanzler je zuvor.

Worms erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß bei der vergangenen Landtagswahl 1980, die mit einem absoluten Sieg der SPD endete, weil die FDP an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, sich nach Analysen 435 000 CDU-Wähler verweigert hatten. Dazu sei die ungeheure Mobilisierungskampagne der Sozialdemokraten gegen den damaligen Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß gekommen sowie die Krieg- und Friedenpolemik der SPD. Eine derartige Emotionalisierung werde selbst dem SPD-Landesvorsitzenden Johannes Rau nicht einmal gelingen, „denn die Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen eine reale Perspektive zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze, die wir in Mark und Pfenning

beweisen und nicht mit einem abstrakten Darstellungsvermögen und Dialogen eines Johannes Rau“. Niemand glaube mehr, daß statische Programme die Wirtschaft gesunden lassen, sondern nur die gezielte, geförderte Eigeninitiative.

Auch Worms rechnet damit, daß die Grünen bei den Wahlen zum Landtag in das Parlament einziehen werden. Bei der FDP müsse man aber Fragezeichen setzen, „auch wenn die Liberalen ein Wahlerpotential haben, aus dem sie schöpfen können“. Wenn die FDP allerdings bei den Kommunalwahlen schon schlecht abschnide, könne man ihr noch nicht einmal diese Chance einräumen. Vor allem würde dann eine tödliche Personaldiskussion um den derzeitigen Vorsitzenden Jürgen W. Möllemann einsetzen.

Kurz nach den Kommunalwahlen werde er ein Team von sechs Beratern in der Öffentlichkeit vorstellen – darunter drei Frauen. Dies wird als offener Seitenhieb auf Johannes Rau gewertet, der als Vorsitzenden der Gleichstellungskommission im SPD-Bundesvorstand es noch nicht einmal geschafft hat, eine Frau in sein Kabinett zu holen.

„Das Volk El Salvadors schöpft neue Hoffnung“

WELT-Gespräch mit Erzbischof Arturo Rivera Damas

JÜRGEN LIMINSKI, Köln
„Die Bevölkerung in El Salvador schöpft wieder Hoffnung. Die Wahl und ersten politischen Handlungen des Christdemokraten Duarte haben den Menschen einen spürbaren Auftrieb gegeben“. Diese Feststellung über die aktuelle Lage in dem mittelamerikanischen Land macht der Erzbischof von San Salvador, Arturo Rivera Damas. Auch die Wähler der rechten Arena-Partei wendeten sich heute „hoffnungsvoll Duarte zu“.

In einem Gespräch mit der WELT am Rand einer Studienkonferenz der Thomas-Morus-Akademie und der Deutschen Kommission Justicia et Pax zum „Krisenherd Mittelamerika“ im Kölner Maternus-Haus sagt der Erzbischof: „Die Präsenz der Amerikaner im Land ist erwünscht, weil sie notwendig ist. Wir leben in einer Region von geopolitischer Bedeutung. Die Amerikaner könnten sich nur zurückziehen, wenn die Kubaner aus Nicaragua abziehen und die Guerilla in El Salvador nicht mehr aus dem Ausland unterstützt würde.“ Nicaragua aber binde sich „immer enger an Kuba und an die Sowjetunion“. Nicaragua habe sich ähnlich wie Honduras in ein Waffenlager verwandelt. Es bestehe deshalb die Gefahr, daß die Armee in El Salvador ebenfalls übermächtig aufrüste und somit den Weg für politische Lösungen erschwere.

Für diese politische Lösung aber gebe es seit der Wahl Duartes „realistische Ansätze, weil die Mehrheit der Bevölkerung jetzt hinter diese Regierung steht“. Die Wahl habe, so führte der Erzbischof gestern auch in einem anschließenden Vortrag aus, die extreme Rechte des Landes zur „Aufgabe ihrer Anonymität gezwungen“. Zu diesen Kräften zählt Rivera vor allem die reichen Großgrundbesitzer des Landes. Diese hätten sich „nie wirklich an der Politik als Handelnde beteiligt, sondern die Politiker immer nur manipuliert. Mit ihrem Geld kauften sie Stimmen und zwangen uns eine lange Reihe von Präsidenten auf.“ Der Arena-Partei komme das Verdienst zu, als Sammelbecken für diese Kräfte ihnen ein

politisches Gesicht gegeben zu haben.

Dagegen agiere die Linke weiterhin im Untergrund, versteckt in den Bergen. „Sie haben sich für die Waffengewalt entschieden und halten unverschränkt daran fest, daß die politische Macht vom Volk mit Waffengewalt errungen“ werden müsse. Ihre Ideologie des Marxismus-Leninismus verhindere, daß es zum Dialog komme. Denn „die Bereitschaft zum Dialog ist heute kein Zeichen der Subversion mehr und auch kein Anlaß mehr zur Verfolgung und Bedrohung“. Der Marxismus verstehe den Dialog „als Instrument, um anzuklagen, aufzuwiegen und zu verwirren, kurz um Spannungen zu erzeugen, statt sie abzubauen“. Die Ideologie der extremen Rechte, die ebenfalls einen umfassenden Dialog ablehne, sei der Egoismus.

Der Erzbischof, der auch beim Katholikentag in München teilnehmen will, sieht in der ideologischen Verhärtung eine Gefahr. Man wolle eine Art „Homo militaris“ schaffen, einen Menschen und Bürger, der bedingungslos gehorcht, ohne viel zu fragen, und der weder ein Bewußtsein für Verantwortung noch für Gewissenhaftigkeit entwickle. In diesem Sinne, so Rivera, spiele die Kirche eine Schlüsselrolle. Denn „Regierung und Aufständische blicken auf die Kirche, weil sie sie für die Institution halten, die die nötige moralische Autorität besitzt, um bei der Lösung des Konfliktes helfen zu können“. Er verstehe die momentane Aufgabe der Kirche als Beistand der Leidenden und als Garant für die Erlangung sozialer Gerechtigkeit. So verstanden, sei sein ermordeter Vorgänger, Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, eine prophetische Gestalt gewesen, dessen geistigem Erbe er sich verpflichtet fühle. „Kirche hat mit Politik nichts zu tun“, sagt Rivera selbstbewußt. „Sie kann aber nicht gleichgültig bleiben, wenn die Würde des Menschen in Frage gestellt ist.“ Gewalt erzeugt nur Gewalt, habe Romero immer warnend gepredigt. „Das ist auch meine Position.“

Post soll sich am Bedarf orientieren

GISELA REINERS, Bonn

Die Deutsche Postgewerkschaft hat sich nach Prüfung des Verkabelungs-Berichts des Bundesrechnungshofes dafür ausgesprochen, daß die Bundespost künftig nur noch Gebiete verkabeln solle, die schlechten Fernsehempfang durch Abschattung haben oder sonst noch nicht versorgt sind. Sie müsse sich streng am Bedarf orientieren und das Kundeninteresse ebenso berücksichtigen wie technische Neuerungen. Die Post dürfe das aber nicht dazu benutzen, um medienpolitische Zwänge und Fakten zu schaffen. Der Rechnungshof hatte ein hohes unternehmerisches Risiko bei der Verkabelung festgestellt.

Der Fernmeldetechnik-Experte Franz Arnold, früher Ministerialdirektor im Postministerium unter SPD-Ministern, sollte dem Bundesrechnungshof „Respekt“, der nur mit Material habe arbeiten können, das ihm das Ministerium überlassen habe. Er äußerte Zweifel, ob die Grenze zur Rentabilität in etwa 16 Jahren erreicht werden könne, wie der Postminister hoffe. Heute schlage sich der technische Fortschritt etwa alle fünf Jahre um. Nach dem Jahr 2000 werde sich eine dann gut 30 Jahre alte Technik kaum noch verkaufen lassen.

Er gab zu bedenken, daß in schon wegen ungünstiger Empfangslagen verkabelten Gebieten nur ein Drittel der potentiellen Kunden an Kabel angeschlossen sei. Er glaube eher, daß die TV-Kunden auf das billigere Kabelfernsehsystem in Satelliten-Technik warten würden. Die technisch beste Lösung sei sowieso eine Kombination aus Kabel, einem durch Digitalisierung leistungsfähigerem Telefonnetz, Glasfaser und Satellit. Er empfahl der Post eine Delegation der Verkabelungsaufgaben an private Firmen, weil nur sie in der Lage seien, Marktinteressen richtig aufzufassen.

Der Auftraggeber des Gutachtens, Bernhard Friedmann (CDU), Vorsitzender des Rechnungsausschusses, sieht seine Bedenken gegen die Milliarden-Investition ins Kabel voll bestätigt.

Unser Dankeschön für Sie

wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen



Die Prämie des Monats Juni '84
Gilt nur bis 30.6.1984

Fernseh-Portable „ministar“

ideal für die Olympiade, Ihren Urlaub, Ihr Wochenende...
16 cm-Schwarzweiß-Bildröhre

Gute Empfangsleistung, brillante Bildwiedergabe, 95-cm-Teleskopantenne sowie Anschluß für externe Antenne. 220 Volt oder 12 Volt Auto-/Netzanschluß. Maße ca.: Breite 17,5 cm, Höhe 16 cm, Tiefe 21 cm. Gehäusefarbe: rot.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertriebs, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür erhalte ich den Fernseh-Portable „ministar“

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift des Vermittlers: _____
Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch. Meine Dankeschön-Prämie erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 24 Monate ins Haus. Der „einstufige“ Abonnementspreis beträgt monatlich DM 25,60.
Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____
VERLAGS-GARANTIE
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Bischöfe über Karlsruhe enttäuscht

DW, Bonn

Die deutschen Bischöfe dringen auf eine politische Entscheidung im Bundestag über die umstrittene Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen. „Jetzt ist die Politik, jetzt ist der Gesetzgeber am Zuge“, beschrieb das Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn die Haltung des Episkopats nach der Zurückweisung eines Aussetzungsbeschlusses des Sozialgerichts Dortmund durch die Karlsruher Verfassungsrichter (WELT vom 20. 6.). Im Mittelpunkt des Verfahrens stand die Frage, ob die Krankenkassen auch für Abtreibungen aus anderen als medizinischen Gründen finanzielle Leistungen erbringen dürfen. Das Bundesverfassungsgericht erklärte am vergangenen Dienstag, eine abstrakte Normenkontrollklage könne nur von der Bundesregierung, einer Landesregierung oder einem Drittel der Bundestagsmitglieder beantragt werden.

Das Kommissariat respektiert, wie es in seiner Stellungnahme hieß, die Entscheidung des Obersten Gerichts, bedauert jedoch sehr, „daß unser höchstes Gericht eine Frage nicht hat zur Klärung bringen können, die viele Staatsbürger in ihrem Gewissen bedrängt und die von lebenswichtigen Charakter ist“. Immer wieder sei gesagt worden, man wolle mit einer politischen Entscheidung im Bundestag warten, bis Karlsruhe gesprochen habe. In dieser Frage, bei der es um das Leben von hunderten Tausenden von ungeborenen Kindern gehe, werde keine Ruhe einkommen, wie Erfahrungen im europäischen Ausland zeigten. Nach den Informationen des Kommissariats sind die Zahlen der legalen und von den Versicherungen bezahlten Schwangerschaftsabbrüchen wesentlich höher als angenommen. Man sei von knapp hunderttausend bezahlten Abtreibungen ausgegangen, müsse aber mit wesentlich mehr als zweihunderttausend rechnen.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Beim Weltpost-Kongreß ist nicht alles Harmonie

Hamburger Tagung kostet zwölf Millionen Mark

PETER ZERBE, Hamburg

Unter großen Sicherheitsvorkehrungen tagt zur Zeit bis zum 27. Juli im Hamburger Congress Centrum der 19. Weltpostkongreß. Für den sechswöchigen Kongreß rechnet die Bundespost mit Kosten von rund zwölf Millionen Mark. Allein die Miete des Congress Centrums beträgt 2,5 Millionen Mark. Einige hundert Mitarbeiter wurden aus allen Teilen der Bundesrepublik für diesen „Post-Welt-Gipfel“ in Hamburg zusammengezogen. Modernste Telefonanlagen, die später in einen Postneubau verlegt werden sollen, wurden eigens installiert. Um Arbeitsmöglichkeiten für die einzelnen Delegationen zu schaffen, mußten insgesamt 2,5 Kilometer Bürowände gebaut werden.

Bundespräsident Carl Carstens hatte sich bei der Eröffnung vor drei Tagen zuversichtlich gezeigt, daß die rund 800 Delegierten des Weltpostvereins ihre bevorstehenden sechswöchigen Beratungen zu einem guten Abschluß bringen würden. Nicht nur zu Zeiten der vollen Harmonie zwischen ihren Mitglieds-ländern solle diese Organisation funktionieren, sagte der Bundespräsident.

In seiner Ansprache übergab Carstens allerdings eine Passage aus dem vorbereiteten schriftlichen Text. „Politische Kontroversen oder Konflikte zwischen einzelnen Staaten sollen sich nicht auf den internationalen Postverkehr und die Arbeit des Weltpostvereins auswirken“, hatte es dort geheißen. Mit der Streichung sollte wohl jeder Verdacht auf eine Einmischung in die politischen Schwierigkeiten vermieden werden.

Schon im Vorfeld des Kongresses zeichnete sich jedoch ab, daß es an politischer Branz in Hamburg nicht mangeln wird. So möchten arabische Staaten erreichen, daß Israel aus dem Weltpostverein ausgeschlossen wird. Dieser Antrag hat bereits zu einer heftigen Reaktion der Vereinigten Staaten geführt, noch bevor der Kongreß seine Arbeit aufnahm. Washington hatte angekündigt, daß es seine Delegation sofort zurückziehen und aus der Unterorganisation der Vereinten Nationen austreten würde, wenn dieser Antrag angenommen werden sollte.

Weiter wollen Länder der Dritten

Welt erneut versuchen, Südafrika aus der Organisation zu drängen. Nach Ansicht von Juristen ist allerdings ein Ausschluss von Mitgliedern nicht möglich. Außerdem könnte ein Ausschluss die gesamte Organisation in Frage stellen.

Unzufrieden sind auch viele westliche Postverwaltungen mit der Sowjetunion und der „DDR“. Beiden Ländern wird vorgeworfen, den Postverkehr mit dem westlichen Ausland nicht ordnungsgemäß abzuwickeln. Dieses Thema wird ebenfalls offiziell nicht auf dem Weltpostkongreß zur Sprache kommen.

Der sowjetische Bürgerrechtler Jury Below (44), der 1980 aus der Sowjetunion ausgewiesen wurde, hat jetzt eine Dokumentation über „Verletzungen der Postvorschriften in der UdSSR“ vorgelegt. Während der Eröffnungsveranstaltung verteilte Below an zahlreiche Delegierte im Foyer des Congress Centrums seine Dokumentation. In einem Gespräch mit der WELT wies Below, der 16 Jahre in sowjetischen Lagern verbrachte, darauf hin, daß der Geheimdienst KGB in Zusammenarbeit mit der Post es normalen Sowjetbürgern unmöglich mache, Post aus dem westlichen Ausland zu empfangen. Auch Pakete würden nicht zugestellt, sondern zurückgeschickt oder beschlagnahmt. Es würden ständig neue Vorschriften erlassen, um Kontakte sowjetischer Bürger mit dem nichtsozialistischen Ausland zu unterbinden.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt, der Below angehört, hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und den Präsidenten des Weltpostkongresses, den Staatssekretär im Bundespostministerium Winfried Florian, vor dem Kongreß auf die Verstöße der Sowjets gegen das Weltpostabkommen hingewiesen und gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Sowjetunion ihr Verhalten ändert.

Ein Hamburger Vertreter der IGFM berichtete von seinen Erfahrungen mit der „DDR“. Von 250 Einsendebriefen mit Rückschein seien 137 nicht angekommen. In einem Fall habe der Staatssicherheitsdienst die Empfängerin, eine über 70 Jahre alte Frau, gezwungen, den Rückschein zu unterschreiben und die Briefe ungeöffnet der Polizei zu übergeben.

Als MacArthur Corregidor befreite

Von C. GRAF BROCKDORFF

Im Yachthafen in Manila ist man mit dem Tragflächenboot in ein- und aus der Felseninsel Corregidor. Sie versperrt die Einfahrt zur Bucht von Manila, getrennt durch fünf Kilometer Wasser von der Halbinsel Bataan, in deren grünem Dschungel Tausende amerikanischer und philippinischer Soldaten von Malaria oder japanischem Feuer hingerafft wurden.

Das war vor etwas mehr als 40 Jahren und knapp 40 Jahre ist es her, daß die Insel Corregidor und die ganze Philippinen nach mehr als dreijähriger japanischer Besatzungszeit wieder befreit wurden. Die Kämpfe waren blutig und von grausamer Härte. Generalleutnant Masaharu Homma, der Oberbefehlshaber, dessen Truppen die Insel Corregidor besetzt hatten, gab den Befehl aus, die Bevölkerung habe die japanischen Truppen enthusiastisch zu begrüßen. Wer sich weigere, komme ins Konzentrationslager oder werde geköpft. Die, die sich weigerten, gingen als Hukbalahaps – als Guerrillas – in die Berge. Es gibt wenige Flecke auf dieser Erde, auf die so viele Bomben gefallen sind, wie auf diese Insel.

Hauptquartier und Lazarett im Tunnel

In den zwanziger Jahren wurde sie befestigt. Washington baute kilometerlange Kasernen aus Stahlbeton für eine Garnison, die mit 30,5-Zentimeter-Geschützen die Bucht vor der Hauptstadt des philippinischen Commonwealth schützen sollten. Der 200 Meter hohe Hauptberg auf der Insel wird vom 250 Meter langen „Malinta“-Tunnel durchstoßen, der mit 24 langen Seitenkammern, Belüftungsanlagen und einer Kleinbahn im Belagerungsfall als Hauptquartier und Lazarett dienen sollte.

Die Belagerung kam. Nach dem Angriff auf Pearl Harbor fielen in rascher Folge die Philippinen, Hongkong, Singapur, Sumatra, Borneo, Celebes, Timor, die Solomonen, die Gilbert-Inseln, Wake, Neu-Guinea und Guam. Die amerikanischen Truppen auf Luzon zogen sich auf Bataan und Corregidor zurück, wo sie bis zum Mai 1942 aushielten, ein Feind des Widerstandswillens inmitten der Hiobsbotschaften von vielen Ka-

pitulationen. Corregidor und Bataan stimulierten die Phantasie, ihre psychologische Auswirkung auf das Selbstbewußtsein Amerikas waren außerordentlich, selbst wenn viele Amerikaner erst auf der Landkarte suchen mußten, wo das war.

Mit auf die Insel ging Douglas MacArthur, der 1935 von Roosevelt als Stabschef der amerikanischen Armee abgelöst worden war und von Präsident Quezon das Angebot erhalten hatte, die Verteidigung der Philippinen zu organisieren. Daraus wurde wenig. Das wehrunwillige Washington verweigerte MacArthur die Mittel, wie sie ihm verweigert worden war, als er noch Stabschef war. Immerhin, er wurde zum philippinischen Feldmarschall ernannt und kurz vor Ausbruch des Krieges als Generalmajor der US-Armee in den aktiven Dienst zurückberufen. Er sollte ihn als Sieger und Fünfstern-General der Vereinigten Staaten beenden.

Douglas MacArthur war 61, als Japan den Krieg begann. Immer wieder hatte er gewarnt, die Verteidigung der Philippinen sei sträflich vernachlässigt. In der Hoffnung, Japan werde das Commonwealth nicht angreifen, verbot er den US-Flugzeugen auf den Philippinen nach dem Angriff auf Pearl Harbor die Bombardierung Formosas, um Japan nicht unnötig zu provozieren. Die Quittung kam auf der Stelle: Seine Luftwaffe wurde von japanischen Bombern am Boden zerstört.

MacArthur, Produkt der Militärakademie von West Point, Klassenbesten, war der ungewöhnlichste Soldat, den Amerika je hervorgebracht hat, zweifellos der begabteste, ein brillanter strategischer Kopf. Möglicherweise war er der begabteste Feldherr des Jahrhunderts überhaupt.

Mit Frau und dreijährigem Sohn ging er Weihnachten 1941 auf Corregidor, um von dort den Krieg zu leiten. Beendet wurde dieser mörderische Kampf erst, als ein japanischer Artillerievolltreffer am 2. Mai 1942 eine US-Batterie mit ihrem Munitionsbunker in einer gigantischen Detonation in die Luft sprengte. 10 000 amerikanische und philippinische Soldaten, die unter General Jonathan Wainwright kapituliert hatten („Den Kopf gesenkt, aber nicht in Scham“), so Wainwright in einem Funkpruch an Präsident Roosevelt) gingen in den Tod. Die Japaner trieben ihre Gefangenen quer durch Lu-

zon, ohne Essen und Trinken in tropischer Hitze. Wer nicht mehr konnte, wurde erschossen.

Die Kapitulation erlebte MacArthur nicht mehr auf der Insel, sondern in Australien. Dort gelobte MacArthur: „I shall return“, ein Wort, das um die Welt ging, und das er wahr machte. Die Befreiung der Philippinen, die er als zweite Heimat ansah, wurde für ihn zu einer Art Besessenheit. Solche Bewunderung empfand er vielleicht nur noch für Deutschland, wo er nach dem Waffenstillstand 1918 vier Monate lang in Sinzig am Rhein residierte, als 38-jähriger Brigadegeneral mit zwölf Tapferkeitsauszeichnungen und zwei Verwundungen.

2000 Japaner sprengten sich in die Luft

MacArthurs Rückkehr auf die Philippinen verlief so blutig wie der Anfang. Diesmal hatten sich die Japaner auf Corregidor verschanzt. Die Insel wurde von 5200 Soldaten verteidigt. Die Amerikaner landeten im Frühjahr 1945 von Manila aus mit Infanterie am Fuß der Insel. Auf das Inselplateau 200 Meter über dem Meer setzten sie ein Fallschirmregiment ab. Es war ein gefährliches Unternehmen, denn die Landefläche war winzig, 280 Soldaten blieben an ihren Schirmen in den Felsen und Steilhängen hängen. Nach tagelangen Kämpfen sprengten sich im „Malinta“-Tunnel 2000 Japaner selbst in die Luft. Sie wollten nicht gefangen werden.

Was vorher noch nicht zerstört war, wurde nun von amerikanischen Flugzeugen in Stücke gerissen. Auf Corregidor stand nicht ein Baum und nicht ein Strauch, der nicht durch Splitter zerfetzt worden wäre. Von der japanischen Garnison gingen 20 Verwundete in Gefangenschaft, der Rest war tot.

Heute findet man auf der Insel ein würdiges Ehrenmal, in dessen Wände die Namen der Schlachten im Pazifik-Krieg gemeißelt sind.

Die Philippinen wurden nach dem Krieg in die Unabhängigkeit entlassen. Noch im Krieg erkor sich Amerika das Recht aus, für 99 Jahre Militärbasen auf den Philippinen zu behalten (SAD).

Blockade vor fünf Stahlwerken in Großbritannien

rt, London

Streikende britische Bergarbeiter haben gestern mit der Blockade der größten Stahlwerke des Landes begonnen. Sie wollen die Schwerindustrie in Schottland, Wales und Nordengland von der Versorgung mit Kohle und Koks abschneiden. Die Aktion begann in den frühen Morgenstunden vor fünf ausgewählten Schlüsselbetrieben der Stahlindustrie.

Damit ist der seit drei Monaten andauernde Streik in eine neue Phase getreten, nachdem es bereits am vergangenen Montag in Yorkshire zu blutigen Ausschreitungen gekommen war. Die britische Polizei hat ihre Einheiten vor den Stahlwerken verstärkt. Sie befürchtet eine Konfrontation zwischen den Bergarbeitern und den Stahlarbeitern, die um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Peking will „offene Türen“ kontrollieren

AFP, Peking

Verschärfte Kontrollen im Austausch mit dem Ausland, vor allem im Fremdenverkehr und Kulturaustausch, hat die chinesische Parteiführung angekündigt, um der „Korruption durch kapitalistische Ideen“ zu entgegen. Wie das ideologische Organ der Kommunistischen Partei Chinas, „Rote Fahne“, in seiner jüngsten Ausgabe berichtet, seien solche Kontrollmaßnahmen in einem Text vorgesehen, der Durchführungsbestimmungen für die Beschlüsse des zweiten Plenums des 12. Parteitag enthält.

Nachdem der im Herbst vergangenen Jahres eingeleitete Feldzug gegen die „geistige Verschmutzung“ auf erheblichen Widerstand gestoßen war, scheint nach Ansicht von Beobachtern die chinesische Führung einen erneuten Versuch zu unternehmen, über Verordnungen negativen Begleiterscheinungen der weitgehenden wirtschaftlichen Öffnung Chinas entgegenzusteuern.

Wörtlich heißt es in dem Artikel, der die Maßnahmen im einzelnen nicht wiedergibt, der Austausch mit dem Ausland – Besuche, Informationsreisen, Verhandlungen, Verkaufsausstellungen und künstlerischer Austausch inbegriffen – soll einer verschärften Disziplin unterworfen werden. Ferner droht die Zeitschrift „Wirtschaftsverbrechen“ mit „Sanktionen“.

Die Welt steckt voller Degussa:

Ohne Eiweiß kein Leben, denn Eiweiß ist unentbehrlicher Baustein jeder lebenden Zelle. Und ohne Aminosäuren kein Eiweiß, denn Aminosäuren bauen die Eiweißmoleküle auf.

Eine der lebenswichtigen Aminosäuren ist Methionin. Degussa, einer der größten Methionin-Hersteller, produziert sie in der Bundesrepublik Deutschland, in Belgien und den USA.

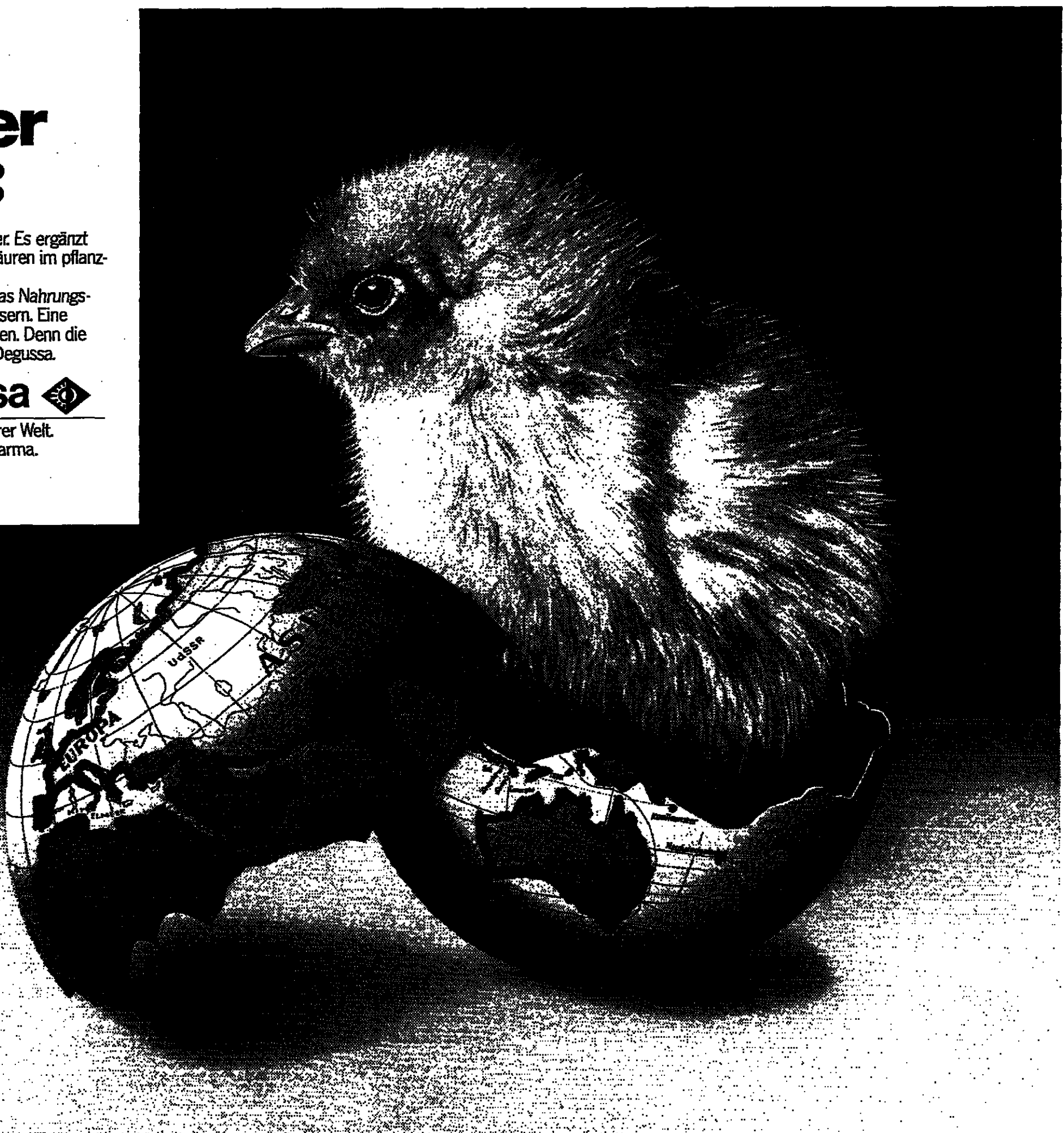
Methionin dient heute überall auf der Welt zur Verbesserung von

Geflügel-Mischfutter. Es ergänzt natürliche Aminosäuren im pflanzlichen Eiweiß.

Degussa hilft, das Nahrungsangebot zu verbessern. Eine Leistung unter vielen. Denn die Welt steckt voller Degussa.

Degussa

Degussa, Teil unserer Welt. Metall. Chemie. Pharma.



Hans Söhlke

24. 3. 1901 7. 6. 1984

Wir trauern um ihn

Katrin Söhlke geb. Bock
Christiane Janssen geb. Söhlke
Katrin und Stefan
Axel Söhlke
Beate Söhlke geb. Schmitz
Marc und Vanessa

Harvestehuder Weg 38
Hamburg 13

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Wir trauern um den Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, Herrn

Hans Söhlke

der am 7. Juni 1984 plötzlich und unerwartet im Alter von 83 Jahren verstarb.
Wir verlieren in ihm eine Unternehmerpersönlichkeit, die die Entwicklung unserer Gesellschaft entscheidend geprägt hat.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Bock + Danckwerts, Carl Brunswick (GmbH + Co)
BDB Büro KG

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Günther von Basse

☆ 09. 06. 1898
† 14. 06. 1984

Henriette von Basse
und Kinder

Hans Söhlke

24. 3. 1901 7. 6. 1984

Sein ganzes Interesse galt der Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir haben unseren besten Ratgeber verloren.

A. Söhlke
Handelsgesellschaft m. b. H.

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Hans Söhlke

dem Inhaber der Berliner Metallhandelsgesellschaft mbH, der am 7. 6. 1984 nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von 83 Jahren von uns gegangen ist.

Er gründete unser Unternehmen vor fast 30 Jahren als Zeichen seiner Verbundenheit mit seiner Heimatstadt Berlin und hat in dieser Zeit durch sein unternehmerisches Wirken die Firma zu ihrer heutigen Bedeutung geführt.

Wir werden seiner stets gedenken.

Berliner Metallhandelsgesellschaft mbH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Sprungbrett für Sie?

Welcher junge Wirtschaftswissenschaftler oder Jurist sucht das Sprungbrett, um in wenigen Jahren für eine verantwortliche Position in der Hauptverwaltung oder in einem Unternehmen der Gruppe fit zu sein? Die Unternehmensgruppe expandiert im Handel mit Einrichtungsbedarf, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Ihr Sprungbrett: Ihre Mitarbeit als Persönlicher Referent des Unternehmers. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 23. Juni, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Hans Söhlke

der am 7. Juni 1984 nach einem erfüllten Leben im Alter von 83 Jahren von uns gegangen ist.

Wir verlieren mit ihm ein großes Vorbild und werden bemüht sein, die Firma in seinem Sinne weiterzuführen.

Rahmenfabrik Berlin KG
„Rafa“ Verwaltungs-GmbH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in Wenningstedt/Sylt stattgefunden.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Angst vor der Zukunft ist kein guter Ratgeber, um die Zukunft zu bewältigen.

Angst vernebelt den Blick. Ob es die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst vor Aggression und Gewalt ist oder die Angst vor Atomkraft, vor der Technisierung und Reglementierung unseres Daseins. Die Zukunft ist voller Gefahren und voller Chancen. Wir müssen sie mit Mut und Hoffnung ins Auge fassen.

Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.



Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2 und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen.“ senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

Der Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Professor Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h. c.

Siegfried Balke

Träger des Großkreuzes des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Bayerischen Verdienstordens und anderer Auszeichnungen

ist am 11. Juni 1984 im Alter von 82 Jahren gestorben.

Wir trauern um einen von der Idee der unternehmerischen Gestaltungsfreiheit durchdrungenen Sozialpolitiker, der die wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortentwicklung unseres Landes maßgeblich mitgeprägt hat. Der Verstorbene war von 1964 bis 1969 Präsident der Bundesvereinigung, deren ordnungspolitisches Selbstverständnis er gerade in den Jahren der damals aufkeimenden Systemkritik überzeugend zum Ausdruck brachte. Er hat sein Amt mit hoher sachlicher Kompetenz, mit Umsicht und politischer Glaubwürdigkeit ausgeübt. Dafür schulden wir ihm Dank.

Wir werden Professor Dr.-Ing., Dr. rer. nat. h. c. Siegfried Balke ein ehrendes Andenken bewahren.

BUNDESVEREINIGUNG
DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE

Otto Esser
Präsident

Dr. Ernst-Gerhard Erdmann
Hauptgeschäftsführer

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Landmannschaften heute

Die Landmannschaft Schlesien wurde im Bericht „Die Vertriebenen bauen stark auf junge Generation“ (DIE WELT vom 9. Juni) vergessen, obwohl sie zusammen mit der Sudetendeutschen Landmannschaft die größte Landmannschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dies mag seinen Grund darin haben, dass in diesem Jahr entsprechend einem Zweijahresrhythmus kein Deutschlandtreffen der Schlesier stattfindet; das nächste Deutschlandtreffen der Schlesier ist für den 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover, dem Regierungssitz des Patenlandes Niedersachsen, geplant.

Es muß auch nachgetragen werden, daß in dem Jahr zwischen dem Deutschlandtreffen alle schlesischen Heimatkreise ihre Treffen abhalten, die entsprechend der föderativen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland, so jüngst am 27. Mai die Treffen der Schlesier in Bayern und der Schlesier in Baden-Württemberg, stattfinden. An jedem Wochenende sind in den Monaten Mai/Juni und September/Oktober etwa 10 000 Schlesier unterwegs für Schlesien.

Da sich die Landmannschaft Schlesien als Landmannschaft für Nieder- und Oberschlesien versteht, ist gerade auch hier die Teilnahme der Aussiedler aus Oberschlesien sehr groß, beim jüngsten Heimattreffen

der Ratiborer in Leverkusen am 2./3. Juni konnte man etwa 25 bis 30 Prozent Aussiedler zählen.

Zuzustimmen ist der Bemerkung, daß der Anteil der jungen Menschen nicht etwa abnimmt, sondern in erfreulicher Weise zunimmt. Die schlesische Jugend ist soeben erst mit einer Sammlung von 20 000 Unterschriften für die Menschenrechte der Landsleute daheim mit breitem Echo in die Öffentlichkeit getreten. Die Landmannschaft Schlesien (und Gleiches gilt im übertragenen Sinne auch für die anderen Landmannschaften) versteht sich heute als Zusammenschluß von bereits drei Generationen: 1. die Geburtschlesier, die den größten Teil ihrer Jahre noch in Schlesien gelebt haben; ihre Zahl nimmt schon aus biologischen Gründen mehr und mehr ab; 2. die Abstammungsschlesier, aus schlesischer Wurzel stammend, die Mehrzahl der Jahre, wenn überhaupt noch in Schlesien geboren, wurden schon hier verbracht; 3. die Bekenntnisschlesier: Mitbürger vor allem der jungen Generation, die sich als Angehörige unseres deutschen Volkes zu Schlesien bekennen und als Demokraten gegen die Realitäten des Unrechts, wie sie von Diktaturen geschaffen worden sind, aufbegehren.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU Bonn

Das britische Vorbild

Ein Profil aus Bochum; DIE WELT vom 21. Juni

Für Berni Conrad ist Jürgen Rüttgen ein „Diplomat, der politisch eher der Union nahestehet, es aber nie an staatspolitischer Loyalität fehlen ließ.“ Läßt diese Charakterisierung nicht den Schluß zu, daß der CDU nahestehende Diplomat es in der Regel an dieser Loyalität fehlen ließen und Jürgen Rüttgen eben die leuchtende Ausnahme darstellt?

In Großbritannien, wo die Demokratie schon eine längere Laufzeit hat als bei uns, ist Parteizugehörigkeit oder nicht Privatsache des Beamten. Von ihm wird Loyalität als etwas Selbstverständliches erwartet. In London würde man es nicht wie bei uns als normal ansehen, daß ein Minister in seiner engeren Umgebung (Ministerbüro, Leitungsstab u. ä.) Leute seines Vertrauens haben muß, weil dort die parteipolitische Färbung als Kriterium für den Posten nur für vier Staatsminister und einen parlamentarischen Staatssekretär gilt, die mit dem Außenminister zusammen die politische Spitze des Ministeriums bis zum nächsten Regierungswechsel bilden. Die britischen Diplomaten unter dem Ständigen Unterstaatssekretär machen ihre Karrieren ohne Parteibuch.

Bei uns hat die parteipolitische Ausrichtung besonders in den höheren Beamtenrängen in den letzten Jahren stark zugenommen. Man verweist in diesem Zusammenhang gern

darauf, daß es so bereits zu Adenauers Zeiten (Käselers Klüngel) gewesen sei und daher mit zu unserer Tradition gehöre. Das stimmt in dieser Ausschließlichkeit allerdings nicht. Im Bundeskanzleramt gab es 1959/60 sage und schreibe acht höhere Beamte, die Mitglieder der CDU waren. Adenauer interessierte sich für die Parteizugehörigkeit seiner Beamten überhaupt nicht. Sein oft verfeindeter Staatssekretär Globke folgte der Devise: „Hauptsache, sie sind loyal!“

Dr. J. Deutz, Detroit

Wort des Tages

„Es gibt nichts Besseres als die Güte. Der menschliche Geist kennt durchaus andere hervorragende Gaben, aber keine von ihnen ist vergleichbar der Güte. Sind wir von ihr durchdrungen, so werden wir im Leben mit größerer Sicherheit dahinschreiten und Not und Elend unseres Erdenlebens besser überwinden.“

Johannes XXIII.

Geschichte heute

Leserbrief: Geschichte im Schulunterricht; DIE WELT vom 12. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, von Ihnen am 12. Juni veröffentlichte Leserbrief von Herrn Prof. Dr. Kurt Franke, Berlin, lag auch dem Vorstand des Bundeselterntages vor. Unter Zuspänderung der Resolution – Tagungsergebnis einer gemeinsamen Veranstaltung von Bundeselterntag mit dem Gesamtdeutschen Institut zum Thema „Die Deutsche Frage im Geschichts- und Erdkundeunterricht“ vom 3. – 5. Februar 1984 in Duderstadt – auf die sich der auslösende Artikel Enno von Loewenstern vom 14. April bezog, habe ichs zu der Zeit Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselterntages, am 18. Mai Herrn Prof. Dr. Franke geschrieben:

„Nun zur Sache selbst: Die Ausführlichkeit Ihrer Darlegungen läßt spürbar werden, wie sehr es Ihr Anliegen ist, Verständnis zu wecken für das schwierige Geschäft, Geschichte zu lehren, besonders die Darstellung der jüngsten Geschichte. Genau dies war auch Anliegen der gemeinsamen Veranstaltung von Bundeselterntag mit dem Gesamtdeutschen Institut zum Thema „Die Deutsche Frage im Geschichts- und Erdkundeunterricht“ vom 3. – 5. Februar in Duderstadt. Auf einer Fahrt entlang der Zonengrenze und im Gespräch mit dem Bürgermeister von Duderstadt gewannen die Delegierten nachhaltige, betroffenen machende Eindrücke.“

Der Bundeselterntag tritt für eine verstärkte Behandlung der Nachkriegsgeschichte im Schulunterricht ein, da nur die Schüler das Heute verstehen und für morgen Ziele entwickeln können, die das Gesteir befruchten haben.

Die Teilnehmer stellten allerdings fest, daß zwischen Schullaft und Lehrplänen – hier auch Lehrbücher eingeschlossen – eine Lücke klafft. In einigen Bundesländern wird die Geschichte der Nachkriegsjahre kaum behandelt.

Die Feststellungen von Eltern und Elternvertretern hinsichtlich des Nichtvertrauens junger Menschen mit den geschichtlichen Gegebenheiten trafen sich – soweit Generalisierungen überhaupt möglich sind – mit denen der Fachreferenten dieser Tagung: „... Unter Kennern der Materie ist unstrittig, daß trotz vorhandener Lehrpläne und Lehrbücher die Schüler zu wenig oder gar nichts über die deutsche und europäische Nachkriegsgeschichte erfahren (vgl. Anhörung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, 1981; Debatte in der Hamburger Bürgerschaft, 3.11.1983) ...“

Sehr verehrter Herr Professor Franke, ich hoffe sehr, meine Ausführungen haben Sie von der Ernsthaftigkeit überzeugt, mit der auch wir Eltern und Elternvertreter uns um die Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht sorgen.“

S. Tausent, Hamburg 52

Lissabon und Bissau streben Militärpakt an

Gegen Moskaus Expansion / Macao bleibt portugiesisch

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Macao bleibt portugiesisch, auch wenn die Nachbarcolonie Hongkong chinesisch wird.“ Diese Versicherung gab der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares dieser Tage in Macao, dem letzten Überseebereich, das Portugal blieb, eine 16 Quadratkilometer kleine Enklave der Volksrepublik China. Die 300 000 Bewohner dieses „chinesischen Territoriums unter portugiesischer Verwaltung“ haben die Revolution der Roten Nelken im portugiesischen Mutterland 1974 in ihrem Stadtstaat nicht mitgemacht und blieben mit ihrem Gouverneur, einem Admiral, unter portugiesischer Souveränität. Zwischen Peking, das dieses unauffällige Fenster zum Westen offenbar nicht schließen möchte und Lissabon besteht kein terminiertes Abkommen wie zwischen Peking und London über Hongkong. Also besteht für Portugal keine Veranlassung, das Gebiet zu räumen, obwohl über 95 Prozent der Bevölkerung chinesisch sind, die aber an einer Veränderung des Status quo ebenfalls nicht interessiert sind.

Die portugiesische Außenpolitik bleibt – nunmehr im europäisch-atlantischen Rahmen – weiterhin überseesorientiert. Der junge Außenminister Jaime Gama, ein gebürtiger Azoraner, nutzt die Traditionen Portugals einer atlantischen Politik – ohne den Ballast der Vergangenheit. Ein Erfolg dieser Außenpolitik, so wie sie auch Staatspräsident General Eanes betreibt, dürfte das Militärabkommen mit Guinea-Bissau werden, dessen Einzelheiten in Kürze in Lissabon ausgehandelt werden sollen. Der guineische Staatspräsident Bernardo Nino Vieira, Chef des neunköpfigen Revolutionsrates seit dem Putsch von 1980, kündigte diesen Militärpakt bei seinem Staatsbesuch Anfang Juni in Lissabon an. Danach soll die portugiesische Armee zunächst die Ausbildung von Offizieren und Unteroffizieren der Streitkräfte des westafrikanischen Staates am Atlantik übernehmen.

Gewiß sehr zum Ärger der Sowjetunion, die Guinea-Bissau und seine Armee ganz nach der Moskauer Auslegung der portugiesischen Revolution der Roten Nelken ihrem Imperium glaubte eingliedern zu können. Die guineischen Soldaten tragen bereits russische Uniformen. Mit seinen vorgelagerten Inseln soll Guinea

Bissau ein willkommenes Glied in der Kette von Stützpunkten bilden, die die sowjetische Marine zur Kontrolle und nötigenfalls zur Unterbrechung des europäischen Seeverkehrs im Atlantik zu festigen gedenkt.

Es ist der modernen portugiesischen Außenpolitik zu danken, daß sie weiterhin atlantisch orientiert bleibt – und die Enttäuschung der ehemaligen Kolonien Portugals über die rücksichtslose Ausbeutung durch die Sowjetunion nutzt, ohne das an die große Glocke zu hängen. Da Portugal nie eine Rassenpolitik betrieb, die Portugiesen in ihren Kolonien immer eng mit der afrikanischen Bevölkerung zusammenlebten, konnte es nicht ausbleiben, daß die nunmehr selbstständigen Staaten Afrikas, wie Guinea-Bissau, Angola und Mozambique sich jetzt in ihrer Not zunächst wieder an Portugal wenden.

Die geringe Finanzkraft Portugals, die eigene wirtschaftliche Misere aber macht bestenfalls eine personelle Unterstützung möglich. Die Verbündeten Portugals, vor allem die USA, aber auch die Bundesrepublik Deutschland, müssen das finanzielle und wirtschaftliche Fundament zu dieser Annäherung liefern.

Der guineische Staatspräsident Vieira unterstützt ausdrücklich auch die Annäherung zwischen Mosambik und Südafrika ebenso wie die Beschlüsse von Lusaka, die zwischen Pretoria und Luanda (Angola) getroffen wurden. Was er nicht sagte, was aber durchaus in der Linie dieser afrikanischen „Los-von-Moskau-Bewegung“ liegt, ist die Zustimmung zur südafrikanischen Forderung nach einem Abzug der kubanischen Truppen, die in Angola die sowjetische Imperialmacht verkörpern. Wie es scheint, bemüht sich Lissabon in diesem Rahmen um eine Annäherung der De-facto-Mächte in Angola, der MPLA-Regierung in der Hauptstadt Luanda unter Dos Santos und des UNITA-„Staates“ im weiten Lande unter Jonas Savimbi.

Der atlantischen Außenpolitik Portugals kommt paradoxerweise das geringe Überseeverständnis der meisten europäischen Staaten entgegen. Auf diese Weise bleiben Jaime Gamas Bemühungen weitgehend geheimdienstplomatise, von der Atlantische Verteidigungsgemeinschaft und Europa mindestens ebenso sehr profitieren wie Portugal selber. (SAD)

Numeiris Berater: Islam ist nicht antiwestlich

Ideologie und Zielsetzung der Moslebrüder in Sudan

BERNTRÜTTEN, Khartum

Souverän und mühelos formulierend, in klassischem Arabisch ebenso wie in fast akzentfreiem Englisch, ist Hassan al-Turabi nicht nur ein angenehmer, sondern auch ein brillanter Gesprächspartner. Ausführlich, aber nicht weitschweifig gibt er Antwort auf alle Fragen und geht zur Gegenfrage über: „Ist die moderne westliche Gesellschaft nicht kriminell? Sie müssen Ihr Zimmer abschließen, sagen mir Freunde in New York, Philadelphia und Chicago, und gehen Sie abends nicht zu Fuß auf die Straße!“

Turabi, ein führender Vertreter der sudanesischen Moslebrüder, hat als Justizminister für die Einführung des islamischen Rechts in Sudan verantwortlich gezeichnet. Jetzt ist er außenpolitischer Berater von Präsident Numeiri. Sudan ist ein Modell geworden, führt er aus, „zum ersten Mal in der Geschichte baut eine Regierung den islamischen Staat nach den Vorstellungen der Moslebrüderschaft auf. Das ist keine Theokratie, aber ein Staat, der nicht moralisch indifferent ist.“ Die islamischen Strafen seien „nur ein Aspekt. Vor allem werden Politik und Wirtschaft nach den Grundsätzen des Islam ausgerichtet.“

In der Tat haben die Moslebrüder, die im Magreb und zahlreichen Staaten des Nahen Ostens eine zum Teil starke und mit Gewalt unterdrückte Opposition darstellen, in Sudan zum ersten Male nicht nur legalen Status, sondern sogar Regierungsverantwortung erhalten. Sie streben eine Reislamisierung der Gesellschaft an, die – so Turabi – den Gegebenheiten moderner Entwicklung Rechnung trägt.

Hervorzuheben ist, daß Privateigentum garantiert wird. Da aber letztlich alles Eigentum Gott gehört, gilt der Mensch als Treuhänder, dem die Nutznießerschaft des Eigentums solange gebührt, wie er sie im Einklang mit dem islamischen Gesetz – Sharia – ausübt. Der Wille des Volkes soll nicht nach Mehrheitsgesichtspunkten, sondern durch Konsultation – Shura – Berücksichtigung finden. Daher hat der islamische Staat nach Darstellung von Turabi sowohl sozialen als auch repräsentativen Charakter. Von westlichen Demokratien unterscheidet er sich vor allem dadurch, daß Politik und Recht nach moralischen Gesichtspunkten in Übereinstimmung mit der Sharia ausgerichtet seien.

„In 90 Prozent unserer Vorstellungen stimmen wir mit dem Christentum überein“, erklärt Turabi. „Aber der Westen ist seit langem unchristlich geworden. Wir sind dem Christentum sehr viel näher als die säkularisierte Gesellschaft des Westens, weil wir religiös sind.“ Turabi betont, daß dem Islam kein antiwestliches Element innewohne. Nur wenn der Westen die Reislamisierung der Gesellschaft zu unterdrücken versuche, werde die islamische Renaissance antiwestlichen Charakter erhalten. Als einen solchen Fall sieht Turabi den Iran des Ayatollah Khomeini, der nur deshalb antiamerikanisch geworden sei, weil die USA sich mit dem antislamischen Regime des Schah liierten. „Wenn der Westen uns seine westliche Gesellschaftsform aufzwingen will – was im übrigen äußerst undemokratisch ist –, so werden wir uns gegen ihn wenden.“

Erste Ansätze für Versuche des Westens mit dem Ziel, die Islamisierung in Sudan aufzuhalten, sieht Turabi im Abzug amerikanischer und deutscher Experten aus Südsudan. „Sicherheitsgesichtspunkte dienen hier nur als Vorwand. Die Gefangennahme von zwei deutschen Entwicklungsexperten in Südsudan war ein Akt des Terrorismus, wie er überall auf der Welt vorkommen kann. Der weit aus größte Teil des Südens ist sicher.“

Die rigorose Anwendung von Körperstrafen – bei Diebstahl Hand- und Fußamputation, bei Alkoholkonsum und unzüchtigen Verhalten öffentliche Auspeitschung – rechtfertigt Turabi mit dem erklärten Ziel der Regierung, das Verbrechen aus der Gesellschaft zu eliminieren und alle Kräfte für die Entwicklung zu mobilisieren. „In einem Land, das nicht einmal über ausreichend Trinkwasser verfügt, haben wir in der Vergangenheit kostbare Devisen für den Import von Alkohol ausgegeben.“

Nimmt man den kleinen Dieben die Hand ab und läßt die großen Betrüger mit Geld- und Gefängnisstrafen davonkommen? „Erst gestern wurde einem korrupten Beamten wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder die Hand amputiert“, erklärt Turabi mit einnehmendem Lächeln. Die Exekutoren werden in Eilkursen in Saudi-Arabien ausgebildet. Doch nach Augenzeugenberichten wird die Bestrafung in abgelegenen Dörfern noch mit dem Beil vorgenommen.

DATAPOST

Verbindung nach Maß

Für wichtige Dokumente, eilige Waren, Datenträger, Schriftstücke...

... im Inland

Wenn Sie regelmäßig Nachrichten oder termingebundene Waren versenden, bietet sich der spezielle Versand-Service im Bereich der

Deutschen Bundespost an. Datapost-Sendungen werden schneller befördert und zu feststehenden (mit Ihnen vereinbarten Zeiten) übermittelt.

... ins Ausland

Den internationalen Expres-Kurierdienst der Deutschen Bundespost können Sie nach Bedarf nutzen.

Ihre Sendung ist meist schon am nächsten Werktag da – zuverlässig zum vereinbarten Zeitpunkt.

Datapost-Sendungen werden grundsätzlich bevorzugt behandelt und auf dem schnellstmöglichen Transportweg befördert – auf Wunsch auch bei Ihnen abgeholt. Damit's noch schneller geht, kann auch der Empfänger telefonisch benachrichtigt werden. Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann – Ihrem Kundenberater von der Post. Die Rufnummer finden Sie im Telefonbuch unter „Post“.

Post

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Physikochemiker Professor Gustav Kortüm feierte in Tübingen seinen 80. Geburtstag. Er gilt als einer der Gelehrten, die die Anerkennung der Physikalischen Chemie in Deutschland gegen erhebliche Widerstände durchsetzten. Schwerpunkte seiner Forschung liegen in der Thermodynamik, der Elektrochemie und der Spektroskopie. Der in Mecklenburg geborene Wissenschaftler war nach dem Chemistudium in Karlsruhe über Berlin, Würzburg und Zürich 1936 nach Tübingen gekommen. Dort wurde er 1942 auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Physikalische Chemie berufen und zum Institutsdirektor ernannt. Kortüm ist Mitglied der Leopoldina Halle/Saale und mehrerer Kommissionen der Internationalen Union für reine und angewandte Chemie.

Der Präsident des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e. V. in Bonn, Werner Kiessling, feiert am Sonntag seinen 70. Geburtstag. Kiessling, Ende Dezember 1949 aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen, war von Januar 1950 an Mitglied des Heimkehrerverbandes. Er gründete als einer der Aufbauführer der „ersten Stunde“ spontan einen eigenen Ortsverband. Seit diesen Tagen sind für Werner Kiessling Idee, Inhalt und gestalterische Formen des Heimkehrerverbandes der Sinn und die Aufgabe seines Lebens geworden. Bereits im September 1951, anlässlich des ersten Verbandstages in Bonn, wurde der gelehrte Journalist zum Hauptgeschäftsführer und Bundespressereferent berufen und 1964 zum geschäftsführenden Präsidenten gewählt. Kiesslings Lebenswerk für die Heimkehrer ist, gemessen an der Fülle seiner Initiativen, seiner erfolgreich bewältigten Aufgaben, unübersehbar. Herausragend wären die beiden Komplexe: Integration des Millionenheers der vertriebenen und

enttäuschten Heimkehrern in das neue Staatsgefüge, diese beklaugenen Mitbürger zu neuer Verantwortung an der Gestaltung einer demokratischen Rechtsordnung heranzubilden; zum anderen ist Kiessling das Persönlichkeitsmerkmal eingewurzelt, nicht müde zu werden am Zusammenwirken der dauerhaften Aussöhnung mit den französischen Nachbarn – ein stetes Tun, das für ihn Synonym ist mit dem Einigungsweg eines ganzen Europas.

AUSZEICHNUNGEN

Es ist ungewöhnlich, daß ein Hamburger Orden annimmt, außer jenem berühmten Portugieser, mit dem die Hansestadt ihre verdienten Bürger auszeichnet. Der gebürtige Hamburger Kurt Schoop, der bis zum März dieses Jahres 17 Jahre lang die Geschichte der Düsseldorfer Messgesellschaft Nowea leitete und sie bis auf Platz eins in Deutschland führte, macht eine Ausnahme. Denn er nimmt die zahlreichen Auszeichnungen nicht nur für sich persönlich entgegen, sondern auch für seine Mannschaft, das Messteam. Italo Botschaffter Luigi Vittorio Ferraris überreichte dem jetzigen Nowea-Aufsichtsratsmitglied in Bonn die Ordensinsignien des Kompturkreuzes des Verdienstordens der italienischen Republik. Er würdigte damit den „dynamischen Einsatz“ Schoops, den internationalen Handel durch Ausstellungen, Messen und Kongresse zu fördern.

Bundespräsident Karl Carstens wird für seine besonderen Bemühungen um die Freundschaft zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland mit dem „Concorde-Preis“ der Krefelder Gesellschaft für deutsch-amerikanische Beziehungen ausgezeichnet. Carstens wird die mit 10 000 Mark dotierte Ehrung als erster Preisträger am 14. August in der „Seidenstadt“ in Empfang nehmen. Der Preis war

1983 aus Anlaß der 300. Wiederkehr des Jahres gestiftet worden, in dem 13 Krefelder Familien als erste Gruppe von Deutschen nach Amerika ausgewandert. Sie benutzten zur Überfahrt den Segler „Concorde“.

Für seine langjährigen aktiven Bemühungen um die Partnerschaft der Städte Mannheim und Toulon ist Monsieur Franz Völker mit der „Medaille d'Or“ der Stadt Toulon ausgezeichnet worden. Sie wurde dem früheren Stadtdirektor und amtierenden Pfarrer der Mannheimer Heilig-Geist-Gemeinde vom Oberbürgermeister Maurice Arreckx in Toulon überreicht.

Den mit 10 000 Mark dotierten Andreas-Gryphius-Preis hat in Düsseldorf der Schriftsteller Hans Sahl erhalten. Der in New York lebende Autor, der 1902 in Dresden geboren wurde und während der Zeit des Nationalsozialismus emigrierte, hat sich als Lyriker, Erzähler, Dramatiker und Essayist einen Namen gemacht. Bekannt wurde er auch als Übersetzer amerikanischer Literatur. Die diesjährigen Förderpreise von jeweils 4000 Mark gingen an Felicitas Frischmuth, Karin Vogt und Siegfried Heinrichs.

Der Tübinger evangelische Theologe Professor Ernst Steinbach ist verstorben. Der 1906 in Stuttgart geborene Religionsphilosoph und Sozialethiker wurde vor allem durch seine politische, kultur- und bildungspolitische Tätigkeit aber auch durch seine auf den modernen Menschen bezogenen modernen verständlichen theologischen Publikationen einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Er zählte zu den Männern der „ersten Stunde“ und gründete aus Sorge um die heimgeliebte Kriegsjugend 1948 mit Carlo Schmid das Internationale Jugendsozialwerk, dessen Kuratorium er bis in die jüngste Zeit leitete.

Boehringer: Ein Drama mit langer Vorgeschichte

Werk wehrt sich gegen Vorwurf „laxen“ Umgangs mit Umwelt

GISELA SCHÜTTE, Hamburg
Als ein „Drama mit langer Vorgeschichte“ bezeichnete gestern der Leiter des Hamburger Boehringer-Werkes, Werner Krum, das Ende der HCH (Lindan)-Produktion in Moorfleet. Zu unrecht habe man die Firma immer wieder mit Seveso und Vietnam in Verbindung gebracht, so wie der Atomindustrie die Waffen-Problematik anhängt. Die Gesprächsrunde im Werk bewies, daß sachliche Diskussionen über das giftige Abfallprodukt TCDD (Dioxin) äußerst schwierig, die Verständigung zwischen Chemikern und Umweltschützern kaum möglich ist.

Wohl deshalb waren auch nach Darstellung Krum Verhandlungen zwischen der Umweltbehörde und dem Werk gescheitert, die eine vorübergehende Weiterverwertung der HCH-Anlage zum Ziel hatten. Als Gegenleistung für behördliche Toleranz brachten die Ingelheimer ein potentes „Heilmittel“ gegen die inzwischen fast allgegenwärtige Dioxingefahr ins Spiel: In den Vereinigten Staaten wurde unterdessen eine Pilotanlage patentiert und bei der Umweltbehörde angemeldet, die angeblich giftige organische Verbindungen wie Dioxine mit einem Erfolg von mehr als 90 Prozent „knacken“ soll.

Boehringer-Mitarbeiter haben das Verfahren gesehen und den Einsatz in Hamburg erwogen. Als zusätzliche „Bonus“ für die Hansestadt winkte damit eine Lösung für das Dioxin-Problem in der Sondermüll-Kippe Georgswerder.

„Exempel statuiert“

Kritik übten Krum und seine Ingelheimer Kollegen am scharfen Vorgehen der Hamburger Umweltbehörde, deren Auflagen zum ersten Mal ein Exempel statuierten. Der nachfolgende Rechtsstreit wird auch für andere zum Musterfall werden. Dabei monierte das Unternehmen die überaus niedrigen Grenzwerte, deren Schädlichkeit nicht begründet werde. Und gleichzeitig, so hieß es, tolerierten diese Behörden etwa bei Müllverbrennungsanlagen weit höhere Dioxin-Konzentrationen. Bemängelt wird außerdem, daß für Abluft- und Abwasserproben aus Moorfleet noch kein Nachweis für das „Seveso-Gift“ vorliege. Schließlich bezweifeln die Werks-Wissenschaftler die Aussage-

fähigkeit der vorliegenden Dioxin-Werte in den sogenannten Zersetzungsrückständen bei der HCH-Produktion, die Grundlage der Behörden-Auflagen waren.

Das Unternehmen wehrt sich vehement gegen die inzwischen langjährige Kritik an angeblich „laxem“ Umgang mit Umwelt und Chemikalien. Erkrankungen von Werkmitarbeitern in Ingelheim und Hamburg in den Jahren 1953/54, die man zunächst Chlorakne nannte und seit Seveso (1976) als Folgen des TCDD kennt, haben nach Aussage von Boehringer-Vertretern zu umfassenden Sicherheits-Maßnahmen geführt.

Erst seit diesem Jahr

Analog zu der Möglichkeit, das Gift bei der Produktion und den Rückständen analytisch nachzuweisen, seien auch die Bestandteile des giftigen Abfalls reduziert worden. Und die derzeitigen Meßmethoden, mit denen man Dioxin bis in Konzentrationen von milliardstel Gramm nachweisen kann, seien erst seit Anfang dieses Jahres Stand der Technik.

Angesichts der Streitigkeiten über den geltenden „Stand der Technik“ und zukünftige Meßmethoden hatte bereits auf einem Wissenschaftler-Symposium über das Problem der Hamburger Deponie-Georgswerder der Professor Hans-Peter Lühr vom Bundesumweltamt empfohlen, geltendes Verfahren umzukehren: Nicht die Überwachungsbehörden sollten nachweisen, daß ihre Ansprüche an die Reinheit von Wasser, Luft, Boden und Abfällen nützlich und notwendig seien. Vielmehr solle man der Industrie die Beweislast zuschieben, daß die Dosis von Stoffen, die bei ihren Produktionen auftreten, für Mensch und Umwelt unschädlich sind.

Während in Hamburg-Moorfleet Entsorgung und Aufräumung des Boehringer-Werkes vorbereitet werden, steht auch die Sanierung des Geländes an, auf dem im Wasser und Boden Dioxinspuren gemessen wurden. Werksleiter Krum versicherte, daß der Konzern hier für mögliche Schäden eintreten werde. Das Problem Georgswerder aber, für das zahlreiche Firmen und die Nachlässigkeit von Genehmigungsbehörden gemeinsam verantwortlich seien, könne man nur in einer Art Solidargemeinschaft finanziell lösen.

Weinberger gegen Drohung mit Rückzug

● Fortsetzung von Seite 1

Paktes soweit wie möglich entsprechend den von NATO-Oberbefehlshaber Rogers ausgearbeiteten Plänen hinauszuziehen.

Für Nunn geht diese Rechnung von „input“ und „output“ schon dann positiv für Europa aus, wenn es sich auf die Realisierung der Drei-Prozent-Forderung in den Verteidigungshaushalten einläßt. Dann brauchen nach Nuns Meinung die Europäer in den drei anderen Bereichen von 1987 an nur jeweils 20 Prozent mehr in Richtung auf die vereinbarten Ziele hin zuzulegen.

Für die Bundesregierung in Bonn ist die Position Nuns vor allem aus psychologischen Gründen nicht akzeptabel. Bundesverteidigungsminister Wörner, der, wie zu hören war, sofort nach Bekanntwerden der Initiative mit dem Senator telefoniert hatte, zeigte sich offensichtlich enttäuscht über die durch Nunn ausgelöste Entwicklung im Senat. Auch für den Bonner Verteidigungsminister ist klar, daß Europa zum Ausbau der konventionellen Verteidigung mehr tun muß. Dies müsse aber in „diffizilen Prozessen“ am Verhandlungstisch in der NATO vereinbart werden und nicht mit dem „Holzhammer“. So urteilt Wörner über Nuns Vorgehen. Nach seiner Ansicht wären die USA gut beraten, sich mit den Europäern an einen Tisch zu setzen, um nötigenfalls auch in harten Verhandlungen das gewünschte Ergebnis zu erreichen. Auch US-Verteidigungsminister Weinberger hatte gegenüber der WELT darauf verwiesen, daß die USA, statt zu drohen und Druck auszuüben, „immer wieder versuchen müssen, zu überzeugen“. Weinberger hielt es im übrigen auch nicht für richtig, den Europäern ständig vorzuwerfen, sie blieben seit Jahren hinter der vereinbarten Steigerung der Verteidigungsleistungen um real drei Prozent jährlich zurück. „Wir in den USA sündigten auf diesem Gebiet in den siebziger Jahren.“

Wörner wies auch auf die großen Anstrengungen der Bundesrepublik zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung hin. Er erwähnte das WBNS-Programm zur Unterstützung der US-Streitkräfte und kündigte höhere Leistungen zur Verbesserung der NATO-Infrastruktur an.

Länder akzeptieren für 1986 einen starken Steuerausfall

Diskussion um Steuerreform: Familienlastenausgleich ist finanzierbar

HEINZ HECK, Bonn
Auch wenn die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Länder gestern Abend am Spitzengespräch von CDU, CSU und FDP über die Steuerreform nicht teilgenommen haben, so beeinflussten ihre Vorstellungen den noch maßgeblich den Verhandlungsverlauf. Denn jede Steuerreform braucht die Zustimmung der Ländermehrheit im Bundesrat, und der Widerstand der vier SPD-regierten Länder ist so gut wie sicher.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat der Koalitionsspitze gestern die Position der sechs CDU-regierten Länder vorgetragen. Danach akzeptieren sie für 1986 einen Steuerausfall für Bund, Länder und Gemeinden von rund zehn Milliarden Mark, also ohne Ausgleich durch Steuererhöhungen. Damit läßt sich die geplante Verbesserung des Familienlastenausgleichs durch Erhöhung der Kinderfreibeträge auf 2400 Mark je Kind und Jahr (Steuerausfall etwa 5,2 Milliarden Mark) und ein etwa gleich teuer Einstieg in die Korrektur des Lohn- und Einkommensteuertarifs finanzieren. Hinzu kommt eine Erhöhung des Kindergelds für Bezieher niedriger Einkommen um 44 Mark monatlich je Kind. Diese familienpolitische Flankierung kostet den Bundeshaushalt zusätzlich etwa 650 Millionen Mark.

Steuereinsparungen über „Luxussteuern“?

1988 entspricht die 86er Entlastung von rund zehn Milliarden Mark bereits elf bis zwölf Milliarden Mark, da die Einkommen- und die Steuern bis dahin weiter steigen. Für diese zweite Stufe sind die Länder zur Hinnahme weiterer Steuerausfälle von fünf bis sechs Milliarden Mark bereit. Weitere vier Milliarden sollen (siehe WELT vom 20. Juni) durch Erhöhung der Tabak-, der Versicherung-, Wechsel-, Renn-, Wett- und Lotteriesteuer hereingebracht werden, so daß das Finanzierungsvolumen auf 21 Milliarden Mark steigt. Ob darüber hinaus der Abbau von Steuererhöhungen im Umfang von etwa drei Milliarden Mark gelingt, war angesichts des gezielten Widerstands verschiedener Gruppierungen in der Koalition ge-

gen die von Stoltenberg bereits im März präsentierten Vorschläge noch offen. Dagegen scheint sicher, daß Stoltenberg und die Länder den Weg über eine entsprechend höhere Nettokreditaufnahme nicht gehen wollen, falls der Abbau der Steuererhöhungen aus politischen Gründen scheitert.

Mit diesem Finanzvolumen ist aber das von Finanzminister Stoltenberg im März vorgelegte Tarifmodell T 1, dem in der gestrigen Runde einhellig der Vorzug gegenüber anderen Entlastungsmodellen gegeben wurde, nicht ganz zu finanzieren. Wie berichtet, würde allein die Einführung des T 1 (also ohne die Verbesserung des Familienlastenausgleichs) 1986 rund 15,4 und 1988 etwa 20,2 Milliarden Mark kosten. Auch eine - technisch durchaus mögliche - Halbierung des T 1, also Inkraftsetzung zu gleichen Teilen 1986 und 1988, müßte scheitern, wenn sich die Ländermehrheit nicht doch noch „bewegt“ oder Stoltenberg ihnen mit Zugeständnissen zum Beispiel bei der Verteilung der Mehrwertsteuereinnahmen zwischen Bund und Ländern entgegenkommt.

Ungeachtet dessen wird die für 1986 geplante Steuerentlastung in jedem Falle, wie von Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigt, die „größte“ der Nachkriegszeit. Aus einer Umstellung des Finanzministeriums über die vier Tarifkorrekturen seit 1970 geht hervor, daß die größte Nettoentlastung knapp 8,2, die niedrigste 4,4 Milliarden Mark betrug. In allen vier Fällen wurde ein erheblicher Anteil der Bruttoausfälle (zwischen 27 und 68 Prozent) durch Abbau von Steuererhöhungen gegenfinanziert. Allein zweimal - 1977 und 1979 - kam es zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um jeweils einen Punkt. Allerdings traten die vier Entlastungen im Abstand von jeweils nur zwei Jahren von 1975 bis 1981 in Kraft. Dagegen werden bis zu nächsten Reform fünf Jahre vergehen. Außerdem ist das Entlastungsvolumen von 1975 mit 8,2 Milliarden Mark wegen der bis dahin erheblich gestiegenen Steuereinnahmen höher zu veranschlagen als Steuerausfälle von rund zehn Milliarden Mark 1986.

Die am Dienstag in Bonn bekanntgegebene Steuerschätzung hat erwartungsgemäß nicht zu nennenswerten

Abweichungen gegenüber der März-Schätzung geführt. Gerade mit Blick auf den immer noch andauernden Arbeitskampf in der Metall- und Druckindustrie hatte die Bundesregierung an ihrer im März zugrunde gelegten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung festgehalten. Diese war damals (mit 2,5 Prozent realem Wirtschaftswachstum) noch als zu skeptisch angesehen worden. Heute gilt sie manchen Beobachtern bereits als optimistisch.

Stoltenberg sieht Haushaltsrisiken

Steuerschätzungen basieren immer auf geltendem Recht. Daher konnten die geplante Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft und die deutlich höheren Abflüsse an die EG lediglich in Form einer Fußnote berücksichtigt werden. Danach veranschlagt der Finanzminister 1986, also im ersten Jahr der Steuerreform, die Ausfälle durch die Vorsteuerpauschale auf 2,7 (davon Bund 1,8 und Länder 0,9) Milliarden. Hinzu käme für den Bund eine Belastung von 4,3 Milliarden, wenn die Zahlungen an die EG von derzeit 1,0 auf 1,4 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen erhöht werden. Sollte dieser Satz 1988, wenn die zweite Stufe der Steuerreform wirksam werden soll, auf 1,6 Prozent erhöht werden, so steigt die Belastung auf 7,3 Milliarden Mark.

Stoltenberg sieht daher auch für 1986 größere Haushaltsrisiken als für 1985, für das sein Haushaltsentwurf so gut wie fertig ist (siehe Wirtschafts- und Finanzpolitik). Für 1984 erwartet der Minister eine Neuverschuldung des Bundes von rund 28 statt der im Haushaltsgesetz bewilligten 33,6 Milliarden Mark. Seinen 85er Haushaltsentwurf baut er auf der Annahme einer Neuverschuldung von 24 bis 25 Milliarden Mark auf (statt der 32,9 Milliarden in der gültigen mittelfristigen Finanzplanung). Dafür ist nicht zuletzt der Bundesbankgewinn verantwortlich. Für 1986 stehen 27,6 Milliarden Mark Nettokreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung, und die neue Zahl dürfte durch die Reform nicht nennenswert darunter liegen. Seite 2: Letzter Versuch

Alex Möller beklagt Mangel an neuen Ideen

PETER PHILIPPS, Bonn

Der ehemalige Bundesfinanzminister Alex Möller hat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung den „Mangel an neuen und belebenden Ideen und an Gesprächen und Zuhörbereitschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland beklagt. Vehement setzte sich der Sozialdemokrat und „Genosse Generaldirektor“ mit Vorschlägen zur Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik auseinander, die in den vergangenen Monaten im Gesprächskreis der Stiftung gemacht worden waren. Dabei stellte er klar, daß nach seiner Meinung „global ansetzende Maßnahmen - dazu gehört die Geldpolitik - ungeeignet“ sind. Gefordert seien differenzierte Maßnahmenbündel.

Der Gedanke, die Sozialabgaben nicht nur an der Leistung des Faktors Arbeit zu bemessen, sei „nicht unbedingt abwegig“. Und wenn es allein um die Finanzierungsfrage gehe, wäre eine „allgemeine an der Wertschöpfung orientierte Abgabe sicher eine passable Lösung“. Aber wer „primär Verschiebungen in den Faktoreinsatzverhältnissen“ einsetzen wolle, sei auf dem falschen Weg.

Ausdrücklich zitierte Möller das Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Edward Reuter: „Es muß das Vertrauen der Unternehmungen neu geschaffen werden, daß sie sich auf klare und erkennbare Rahmenbedingungen für ihr Handeln verlassen, und daß diese Rahmenbedingungen für einen Zeitraum als gesichert gelten können, den langfristig wirkende Unternehmensentscheidungen zum einmal unverzichtbar voraussetzen.“

Kritisch an die Adresse seiner eigenen Partei erinnerte Möller daran, „daß nach den ersten Jahren der Regierung Willy Brandt ein Überziehen der finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten klar erkennbar wurde und daß wir uns leider zu wenig nach Prioritäten gerichtet haben“. Er selbst war damals aus diesem Grund als Minister zurückgetreten.

Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel legte anschließend ein Bekenntnis zu „Unternehmensinitiativen, einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und Marktkonkurrenz“ ab. Aber die Gemeinschaft könne nicht auf „Beinflussung des Wirtschaftsprozesses“ sowie „korrigierende Maßnahmen“ verzichten, „wo der Selbstlauf Gefahren heraufbeschwört“.

Kommt nur Mittelmaß?

Forschungsgemeinschaft warnt vor Resignation

PETER PHILIPPS, Bonn
Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Professor Eugen Seibold, hat auf der Jahresversammlung der Wissenschaftsförderungsgesellschaft in Bonn davor gewarnt, daß unter vielen begabten, bereits habilitierten Nachwuchswissenschaftlern nach der „Inflation“ an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland jetzt die „Resignation“ um sich greife. Es bestehe die Gefahr, daß durch die staatliche Hochschulpolitik, keine Stellen zu schaffen, in unserem Jahrzehnt viele der besten Nachwuchsforscher den Hochschulen verloren gingen und „wir uns in den neunziger Jahren zum zweitenmal nach den siebziger Jahren mit der zweiten Wahl zufrieden geben müssen“.

Vor allem an die Adresse derer, die „in Sonntagsreden Spitzenforschung und Elitebildung fordern“, sagte Seibold, daß wir Gefahr laufen, „das Mittelmaß zu produzieren und die Forschung provinziell zu machen“. Als zumindest punktuell Auswege aus der Misere nannte der Naturwissenschaftler die Einführung von Diätologien an den Hochschulen, Stützpunktlehrstühle, die Verlängerung des Heisenberg-Programms und das zügige Einsetzen der Graduiertenförderung. Außerdem hat er „alle, die es angeht“, sich „frühzeitiger und mehr als bisher mit direkter Zuwendung, vor allem im persönlichen Gespräch, sich um diesen wissenschaftlichen Nachwuchs zu kümmern“.

Die DFG hat im vergangenen Jahr mit 909,1 Millionen Mark rund 20,9 Millionen Mark mehr für die Forschungsförderung ausgeben können

als 1982. Der Löwenanteil kam mit 524,3 Millionen Mark vom Bund, 372,2 Millionen Mark steuerten die Länder bei, 3,3 Millionen Mark der Stifterverband und andere private Sponsoren. 3,9 Millionen Mark kamen aus eigenen Einnahmen der DFG. Aber da allein im Bereich der Großgeräte von jährlichen Kostensteigerungen in der Größenordnung von zehn Prozent ausgegangen werden muß, bedeutete die geringe Steigerung, daß - so Seibold - 1500 Anträge total abgelehnt werden mußten (1980: 1000), „was jüngere Forscher abzuschrecken droht, was aber unumgänglich ist, wenn wir nicht bei guten neuen Anträgen oder hervorragenden laufenden Vorhaben ins Kleinliche Abstreichen abrutschen wollen“. Außerdem sei nicht zu übersehen, daß viele gute Projekte in den Schubladen verschwinden, weil sich die Forscher keine Chance ausrechneten.

Der Berliner Ingenieur-Ordinarus Günter Spur entwarf in seinem Festvortrag vor der DFG-Jahresversammlung ein atemberaubendes Bild alter nativer Zukunftsstrukturen. Er sieht die „Einmaschinenfabrik“ auf uns zukommen, die als „kompakte Fertigungszeile organisiert“ sei, die „Mehrmaschinenfabrik“ in „komplexer Zellenstruktur“. Außerdem erwartet er die „dezentral lokalisierte Satellitenfabrik“, die über ein Kommunikationsnetz mit der Betriebszentrale verbunden ist. Es werde die Trennung in die rechnerintegrierte, hochflexible automatisierte Produktionsfabrik auf der einen und eine Gruppe von Unternehmen ohne eigene Fertigung als Träger spezifischer Produkt- und Marktwissens auf der anderen Seite geben.

Kohl zu Besuch in Ungarn

Gute Beziehungen sollen Lage in Europa entspannen helfen

BERNT CONRAD, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl fliegt heute zu einem dreitägigen Besuch nach Ungarn. Es handelt sich, abgesehen von der Sowjetunion, um die erste Reise Kohls in ein Land des Warschauer Paktes und um die erste Begegnung der politischen Führungsspitzen beider Länder seit dem Bonner Regierungswechsel.

Der Kanzler mißt dem Besuch nach Angaben von Staatssekretär Peter Boenisch große Bedeutung bei und sieht in dem guten Verhältnis zwischen Ungarn und der Bundesrepublik „die Chance, zu einer Stabilisierung der Lage in Europa, zum Abbau der West-Ost-Verhältnisse belastenden Spannungen und zur Wiederbelebung des Dialogs zwischen den Großmächten beizutragen“. Dabei

will er klarstellen, daß der Westen verhandlungsbereit bleibe, ohne Vorbedingungen zu stellen, und bei der Suche nach Dialog mit allen osteuropäischen Staaten keine Politik des „Auseinanderdividierens“ betriebe.

In Budapest wird Kohl Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Janos Kadar, Ministerpräsident György Lazar und dem Vorsitzenden des Präsidiums der Ungarischen Volksrepublik, Pal Losonczi, führen. Ungarn ist für die Bundesrepublik ein wichtiger Wirtschaftspartner. Nach Ansicht des Kanzlers wird die insgesamt positive und problemlose Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit eine stabile Grundlage für den Meinungsaustausch bilden.

Leber: Speere abgeschossen, aber kein Gift

DW, Bonn

Georg Leber verbreitete Optimismus. „Irgendwann in den nächsten zwei Wochen“, meinte der Schlichtungsvorsitzende im Arbeitskampf der Metallindustrie, werde der Tarifkonflikt gelöst werden können. Es lasse ihn hoffen, daß beide Seiten aufeinander zueinander zugehen würden, aber daß an deren Spitze kein Gift gewesen sei. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Hans Peter Stühl, und der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann, sagten vor Beginn der Schlichtungsverhandlungen in Ludwigsburg ebenfalls, daß sie sich eine Einigung von diesen Verfahren erhofften.

Der Vermittler in den Verhandlungen der Druckindustrie, Professor Kurt Biedenkopf, legte in Düsseldorf den Tarifparteien einen Lösungsvorschlag über die strittige Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung vor. Biedenkopfs Absicht dürfte sein, eine Arbeitszeitverkürzung über längere Zeiträume hinweg zu verteilen.

Der erste Tarifvertragabschluß dieses Jahres für die Arbeitnehmer in der chemischen Industrie ist perfekt. In dem mit 180 000 Beschäftigten größten Tarifbezirk Nordrhein vereinbarten die Tarifparteien in Aachen eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um vier Prozent. Der Arbeitgeberverband erklärte, mit diesem Abschluß seien die Unternehmen an die Grenze des Vertretbaren „gegangen“. Positiv sei zu vermerken, daß die Einigung ohne Schlichtung erreicht worden sei.

Der Nestor der katholischen Sozialwissenschaft, der Jesuiten-Professor Oswald von Nell-Breuning, hat klargestellt, daß sich die Gewerkschaften im Kampf um die 35-Stunden-Woche zwar in der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, aber nicht im Verlangen nach vollen Lohnausgleich auf ihn und die katholische Soziallehre berufen könnten. „Voller Lohnausgleich“ bedeutet für Nell-Breuning, daß die Beschäftigten keinerlei Opfer für die Arbeitslosen hinbringen, sondern sich von Arbeit und gleichzeitig von dem von ihnen bisher über Steuern und Beiträge getragenen Unterhalt der Arbeitslosen entlasten. Dagegen lehne er sich auf. Die Beschäftigten hätten den Arbeitslosen das Angebot machen sollen: „Wir treten euch die Arbeitsstunden mit dem dazugehörigen Lohn ab; bisher haben wir euch über Abgaben, Steuern und anderes unterhalten; davon werden wir entlastet, wenn ihr euch wieder selbst erhalten könnt, und mit der Zeit werden wir auch unsere Löhne wieder aufstocken.“

ARAL

Mein Wagen ist umweltfreundlich eingestellt.

Zeigen Sie Ihre Einstellung zur Umwelt.

Mit dem Aufkleber von Aral. Den nämlich bekommen Sie, wenn Sie an unserer Umwelt-Einstellung teilnehmen. Das macht man sich so einfach und preiswert.

Warum vergleichen den CO-Anteil im Abgas Ihres Wagens mit dem Idealwert. Stimmen beide Werte überein, so bestätigen wir das mit unserem Aufkleber.

Ist der CO-Gehalt zu hoch, muß Ihr Auto neu eingestellt werden - was Sie natürlich direkt bei uns machen lassen können. Schließlich bedeutet zuviel Kohlenmonoxid nicht nur unnötige Umweltbelastung, sondern auch schlechte Motorleistung und mehr Kraftstoffverbrauch.

Tun Sie etwas für die Umwelt, was sich sehen lassen kann: Kommen Sie an eine Aral-Tankstelle mit dem Hinweisschild „Motortechnik“.

Nicht zum Nulltarif

Mit ihren Auftritten im Bundeskabinett waren Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und auch Bundesbahn-Chef Reiner Gohlke zufrieden. Sie konnten der Ministerie noch einmal plausibel darlegen, warum die Bundesbahn mehr Geld benötigt, wenn sie zu dem werden soll, was die Bundesregierung in ihren bahnpolitischen Leitlinien festgelegt hat. Schnelligkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit – das gibt es nicht zum Nulltarif.

Nur: Das, was nach dem ersten Gespräch zwischen Dollinger und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg nach Frankfurt drang, hat in dem Bundesunternehmen wahrlich keine Freude ausgelöst. Im Gegenteil. Denn mehr als 200 Millionen Mark soll die Bundesbahn nicht zusätzlich offeriert haben. Und das, obwohl Bonn die Bahn drängt, nun endlich die neue Diesellokomotive E 120 in naher Zukunft zu beschaffen, was im Interesse der Hersteller liegt. Wenn die Bahn die Lok nicht bald fährt, so das Argument, dann kann die Neuentwicklung auch im Ausland kein Verkaufsschlager werden. Nur: Für die Bahn rechnet sich die Lok nicht, sie hat schon jetzt zu viele Maschinen.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist vorstellbar. Die Bahn nimmt zusätzlich auf dem Kapitalmarkt Kredite auf, mit dem, was die Bundes-

regierung zusätzlich für ihr Unternehmen locker machen will, trägt sie die Zinsen und Kapitaldienst. Das Wirtschaftsergebnis bliebe unberührt, obwohl die Bahn dann schneller auf neuen Gleisen fahren könnte. Leider sind die Weichen so nicht gestellt.

Zeitgemäß?

Unter den steuerbegünstigten Kapitalanlagen stellt das Baubarrenmodell, das Anfang der 70er Jahre entstand, von der steuerlichen Konzeption her das am wenigsten umstrittene Investment dar. Bei den Finanzbehörden jedenfalls gibt es kaum Schwierigkeiten mit der Anerkennung von steuerlichen Verlusten. Da diese Subvention, die die Steuervorteile darstellen, günstige volkswirtschaftliche Wirkungen zeigt, hat der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Professor Wilms in einer Studie durchaus überzeugend dargestellt. Daß die Initiatoren solche Ergebnisse gerne veröffentlichen, entwertet die Untersuchung keineswegs. Aber ist nicht zu fragen, ob diese Subvention – dies gilt für alle nicht subjektgebundenen Hilfen im Wohnungsbau – noch zeitgemäß ist, wenn man an eine Million leerstehende Wohnungen denkt, eine Zahl, die verständlicherweise und vielleicht nicht zu Unrecht von den Anbietern als überhöht angesehen wird, stammt sie doch vom Verband der Wohnungseigentümer. Auch die verteilungspolitische Wirkung kann nicht einfach ignoriert werden.

Kritik am IWF

Von G. FRIEDLÄNDER, Cartagena

Die Finanzminister der sieben lateinamerikanischen Länder, die zusammen mit ihren Außenministern in Cartagena zusammenkommen, treffen sich nicht zum ersten Mal. Im September 1983 wurden in Caracas im Rahmen der Organisation amerikanischer Staaten die Probleme des Schuldenberges – etwa 350 Mrd. Dollar – diskutiert, der Lateinamerika zu erdrücken droht. Im Januar berieten sie in Quito, wo mehr als 20 Länder des Raumes und der Karibik vertreten waren, fünf sogar durch ihre Präsidenten. Im März bot ihnen die angesehene interamerikanische Entwicklungsbank Gelegenheit, das Thema zu erörtern. Nun treffen sich die betroffenen Staaten in Cartagena. Den Vermittlern geht es vor allem darum, daß die Gläubiger die politischen Probleme der Schuldner begreifen.

Argentinien Regierung stößt beim Wiederaufbau seines demokratischen Systems auf die Opposition der Peronisten, die in den von ihnen beherrschten Gewerkschaften trotz der Friedensversprechungen Isabel Perons mit Streiks drohen. Die Inflation, die auch dieses Jahr über 300 Prozent liegen wird, sorgt schon für Unruhe. Alfonsín muß eine Sprache finden, die die Opposition im Zaum hält. So bezeichnet er den Einfluß der Gläubigerländer auf das lateinamerikanische Wirtschaftsleben als „neuen Kolonialismus“ und weigert sich, den US-Banken mit einer Münze zu zahlen, die er „den Hunger unseres Volkes“ nennt.

Brasilien erlebte Straßenunruhen, Plünderungen von Supermärkten, und Kundgebungen gegen die Regierung, die ihren Weg einer langsamen demokratischen Öffnung nun wieder zu verlängern droht. Peru wird von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geplagt, die sogar die anderen Länder überschreitet. Lima, einst der Stolz des Subkontinents, hat seinen Glanz verloren. Die Guerilla ruft in vielen Landesteilen Unsicherheit hervor. Ein Mordversuch gegen den vor kurzem zurückgetretenen Finanzminister ist ein Ausdruck der Gewalttätigkeit. Um der von Gewerkschaften provozierten Unsicherheit Herr zu werden, wurde der Belagerungszustand verhängt.

In Venezuela bezahlte die Christdemokratische Partei bei den letzten Wahlen mit Machtverlust – als Resultat für die Wirtschaftslage. Kolombien hat mit einem der Guerillaverbände einen Waffenstillstand geschlossen, aber seine Ausweitung zum Frieden hängt davon ab, daß soziale Verbesserungen sichtbar werden. Inzwischen geht der Kampf mit anderen Guerillagruppen weiter.

Der Grund ist, daß die Überbrückungsmaßnahmen wie das Einbringen mehrerer Länder für Argentinien oder der alle 90 Tage von Venezuela neu erbetene Zahlungsaufschub – nicht zu einer Gesamtlösung führen. Die Cartagena-Länder werden versuchen, die Gläubiger zu überzeugen, daß die Schuldentragung ein politisches Problem darstellt, das schwerer wiegt als ausfallende Zahlungen, und deshalb ein Ausweg gesucht werden muß.

Überall wird der Internationale Währungsfonds (IWF) als Verantwortlicher für die zahlreichen Probleme genannt. Der IWF fordert soziale untragbare Sparmaßnahmen, um Bestandsarbeiten zu gewährleisten, die überflüssige Zinszahlungen und dann neue Darlehen ermöglichen sollen. So ist ein Ziel der Cartagena-Konferenz, die Gläubiger das Fürchten zu lehren: Ihre Verbindlichkeiten müssen den inneren Druck in den Gläubigerländern und damit deren Zahlungsfähigkeit nur vergrößern. Zugleich soll Cartagena die Botschaft an die Bevölkerung in den Heimatländern senden, daß man sich den Forderungen der reichen Industrieländer nicht einfach unterwirft.

Aber bei der lateinamerikanischen Rhetorik entwickelt sich in Cartagena möglicherweise eine eigene Dynamik. Ecuador könnte beispielsweise wieder Publikum für seine Forderung eines Schuldner-Kartells bekommen. Die meisten Länder lehnen das ab. Viele haben ohnehin ihre Zinszahlungen aufgeschoben. Warum die Spannung durch extreme Maßnahmen vergrößert?

Der Grund ist, daß die Überbrückungsmaßnahmen wie das Einbringen mehrerer Länder für Argentinien oder der alle 90 Tage von Venezuela neu erbetene Zahlungsaufschub – nicht zu einer Gesamtlösung führen. Die Cartagena-Länder werden versuchen, die Gläubiger zu überzeugen, daß die Schuldentragung ein politisches Problem darstellt, das schwerer wiegt als ausfallende Zahlungen, und deshalb ein Ausweg gesucht werden muß.

Bei Rohstoffanteilen an den Gesamtkosten zwischen 40 und 60 Prozent sowie eigenen Preiserhöhungen um ganze zwei bis fünf Prozent seien damit die Erträge wieder „in eine Enge geraten, die bedenklich ist“. Die (noch nicht errechenbare) Verbesserung der Umsatzrenditen im vergangenen Jahr – gegenüber der Schmalwurde von 0,9 Prozent von 1983 – gebe damit 1984 wahrscheinlich wieder verloren, so Dohse.

Im vergangenen Jahr hat die überwiegend mittelständische Branche mit ihren rund 100 000 Beschäftigten in 1300 Unternehmen ihre Produktion um 4,4 Prozent auf 5,4 Millionen Tonnen gesteigert. Ihr Umsatz stieg dabei nur um 1,5 Prozent auf 16,5 Milliarden Mark.

KONJUNKTUR / Bundesrepublik befindet sich weiterhin auf einem Wachstumspfad

Trotz anhaltender Streiks bleibt die OECD bei zuversichtlicher Prognose

HANS-JÜRGEN MAENKE, Bonn
Die Zweifel an einen anhaltenden Aufschwung haben sich trotz der Abschwächung von Nachfrage und Produktion, die seit März registriert wird, verringert. Nach der jüngsten Prognose der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, die gegenüber der letzten von vor sechs Monaten für die Bundesrepublik nach oben korrigiert wurde, reicht er jedoch nicht aus, um die Lage am Arbeitsmarkt wesentlich zu verbessern.

Wegen des anhaltenden Streiks sei die Entwicklung der Lohnkosten und der Arbeitszeit zwar ungewiß. Aber nach dieser Prognose werde der Arbeitskampf nur geringe negative Effekte auf die Produktion haben. Die weiteren Lohnabschlüsse der laufenden Tarifrunde würden voraussichtlich weitgehend auf der Linie der bisherigen Vereinbarungen liegen. Unter dem Strich dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr nicht ganz drei Prozent erreichen. Verglichen mit der jeweiligen Vorjahresperiode erwartet die OECD für das erste Halbjahr 1984 ein Plus von 3,4 Prozent, für die zweiten sechs Monate eines von 2,4 Prozent und für die erste Jahreshälfte 1985 von 2,4 Prozent, das sich im zweiten Halbjahr dann wieder auf drei Prozent steigern wird.

Der Anstieg der Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts seit 1982 sei hauptsächlich auf die Auslandsnachfrage zurückzuführen. Die Exportmärkte dürften – bei leicht nachlassender Tendenz – um rund 5 Prozent wachsen. Das ist ein Prozent mehr, als die OECD vor sechs Monaten in ihrer damaligen Prognose erwartet hatte. Die Bundesrepublik habe bis Mitte 1983 wegen ihrer verschlechterten internationalen Wettbewerbsfähigkeit Exportmarktanteile verloren. Dieser Trend habe sich in den letzten Monaten umgekehrt. Angesichts der maßvollen Kosten- und Preisentwicklung sagt die OECD jetzt sogar Antellgewinne voraus.

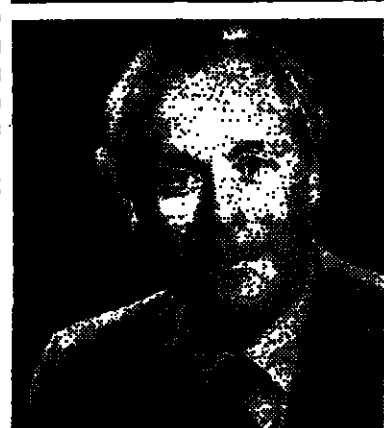
Die Zinssätze dürften in diesem Jahr nicht weiter sinken und könnten sich 1985 vor allem in Folge der erwarteten Zinssause in den Vereinigten Staaten sogar wieder erhöhen. Da das Wachstum der öffentlichen Ausgaben begrenzt werden soll und Steuerentlastungen für 1985 ausgeschlossen werden, dürften von der Finanzpolitik auch weiterhin konjunktureldämpfende Effekte ausgehen. Dieses tangiert auch die Expansion der Verbrauchernachfrage. Die stärker expandierende Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen werde nicht ausreichen, um die Abschwächung der Bauinvestitionen zu kompensieren. Ein höheres Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sei daher nur möglich, wenn sich die Exportnachfrage dauerhaft noch kräftiger belebt.

Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich nur wenig verringern. Wegen des schwächeren Produktivitätswachstums während des Aufschwungs und des wieder etwas stärkeren Anstiegs der Arbeitsverdienste dürften auch die Lohnstückkosten wieder zunehmen. Dies könnte 1985 zusammen mit den höheren Preisen für Importe zu einer etwas höheren Inflationsrate führen. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte sich von drei auf 3,4 Prozent 1985 beschleunigen.

Im gesamten OECD-Raum, also in den 24 westlichen Industriestaaten zusammen, werde gegenwärtig ein Wachstum auf Jahresraten umgerechnet von vier bis fünf Prozent registriert. Auch die Beschäftigung nehme leicht zu, die Inflation habe sich seit Anfang des Jahres etwas verstärkt. Für die nächste Zeit werde mit einer erheblichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gerechnet, das in den kommenden einhalb Jahren 2,4 bis drei Prozent betragen dürfte. Die Arbeitslosenquote im OECD-Raum dürfte sich bei ihrem gegenwärtigen Stand von 8,4 Prozent stabilisieren. Die Inflation werde weiterhin in der Nähe der derzeitigen Rate von fünf Prozent liegen.

In den Vereinigten Staaten werde nach dem starken realen Wachstum, das während der vergangenen einhalb Jahre erzielt wurde, nunmehr eine Verlangsamung eintreten. Auch Japans Wachstumsrate, die Ende 1983 auf Jahresbasis fünf Prozent erreichte, dürfte etwas zurückgehen.

AUF EIN WORT



Der technische Fortschritt und die Arbeitslosigkeit hängen sehr eng miteinander zusammen; aber nicht nach der falschen Zaubersformel: Kein technischer Fortschritt – keine Produktivitätssteigerung – Arbeit für alle, sondern nach dem wirtschaftlichen Gesetz: Technischer Fortschritt – hohe Produktivität – internationale Wettbewerbsfähigkeit – gute Beschäftigung.

Otto Volzard, Vorstandsvorsitzender der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg. FOTO: DIE WELT

Engagement für die Marktwirtschaft

dpa/VWD, Stockholm
Nur marktwirtschaftliche Prinzipien sind nach Ansicht der deutschen Wirtschaft geeignet, die Wirtschaftsprobleme der Welt dauerhaft zu lösen und die Arbeitslosenzahlen entscheidend zu senken. Auf dem 26. Kongress der Internationalen Handelskammer (ICC) sagte der Präsident der deutschen Gruppe, Rolf Sammet (Hoechst AG), die künstliche Erhaltung der alten Wirtschaftsstrukturen, das Verteilen von Subventionen und die Erfindung immer neuer protektionistischer Maßnahmen vergrößere langfristig nur die Schwierigkeiten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Beitrittsverhandlungen mit Spanien bringen Fortschritte

WILHELM HADLER, Luxemburg
Die Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt sind ein gutes Stück vorangekommen. Zum ersten Mal beschränkten sich die Delegierten nicht auf den Austausch von Erklärungen, sondern bemühten sich um Kompromisse. Die neunstündige Verhandlungsrunde brachte in mehreren Bereichen zumindest eine Annäherung der Positionen.

Einvernehmen besteht jetzt im wesentlichen über die Dauer der Übergangsperiode für die Eingliederung der spanischen Landwirtschaft in die gemeinsame Agrarpolitik. Sie soll je nach Erzeugnis zwischen sieben und zehn Jahre betragen. Als „sensiblen“ Produkte gelten für die EG vor allem Obst und Gemüse, während die spanische Importe von Milchprodukten, Fleisch, Zucker und einigen Getreidearten aus der EG fürchten.

BUNDESHAUSHALT

Minister Stoltenberg plant eine neue Risikobewertung

HEINZ HECK, Bonn
Der Haushaltsentwurf 1985, den die Bundesregierung am 3. Juli verabschieden will, wird gegenüber dem Haushaltsentwurf 1984 nur mit 1,5 Prozent auf rund 261 Milliarden Mark ansteigen. Das zeichnet sich nach Abschluss der „Chefgespräche“ des Finanzministers mit den Ressortkollegen ab. Lediglich die Gespräche mit den Ministern Genscher und Blum stehen noch aus.

Mit der Steigerungsrunde von 1,5 Prozent bleibt Finanzminister Stoltenberg noch deutlich unter dem zwischen Bund und Ländern einvernehmlich festgelegten Ziel einer dreiprozentigen Steigerung der öffentlichen Ausgaben als Obergrenze für die nächsten Jahre. Da jedoch – wie schon 1983 – auch 1984 die Bundesausgaben unter dem Haushaltsentwurf 1984 blieben (diese Einschränkung verstärkte sich angesichts des Haushalts-

vollzugs der ersten fünf Monate), wird der Ansatz 1985 mit rund 261 Milliarden um etwa 2,5 bis drei Prozent über dem voraussichtlichen Ist-Ergebnis des Jahres 1984 liegen. Im Finanzministerium wird für 1984 mit Ausgaben von nur 254 bis 255 Milliarden Mark (Soll 257,1) gerechnet.

Daraus wird die Strategie Stoltenbergs deutlich, den Konsolidierungserfolg zu halten und ihn nicht in Form stärkerer Zuwachsraten in den Folgejahren wieder preiszugeben. Allerdings wird das Durchhalten einer solchen restriktiven Linie nicht zuletzt angesichts wachsender Verpflichtungen gegenüber der EG immer schwieriger. Vor Abschluss der Haushaltsgespräche plant Stoltenberg heute eine erneute Risikobewertung mit Blick auf Streikfolgen und Verpflichtungen aus EG sowie Bürgschaften und Garantien.

Madrid hat sich – um die weiteren Verhandlungen nicht zu gefährden – mit der Forderung der EG abgefunden, daß seine Obst- und Gemüseexporte noch vier Jahre nach dem Beitritt mit Ausgleichsabgaben belastet bleiben. Dafür sollen die spanischen Erzeuger bereits Zugang zu bestimmten Beihilfen des europäischen Agrarfonds erhalten. Im industriellen Bereich hat sich die EG jetzt mit einem Abbau der spanischen Zölle innerhalb von sechs Jahren bereit erklärt. Madrid fordert nicht mehr zehn, sondern sieben Jahre.

Ob die Verhandlungen bis zum 30. September abgeschlossen werden können, bleibt allerdings weiterhin fraglich. Bei vielen wichtigen Problemen steht ein Durchbruch noch aus. Vor allem im Fischereibereich gehen die Standpunkte noch sehr weit auseinander.

SOWJETUNION

DIW: Wirtschaftswachstum hat sich beschleunigt

PETER WEERTZ, Berlin
Die sowjetische Wirtschaft hat nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ihre Wachstumsschwäche überwunden, die Ende der 70er Jahre die Entwicklung hemmte. Für dieses Jahr ist wie in den beiden Vorjahren ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,5 Prozent vorgesehen. Wie das Berliner Institut berichtet, ist das Wirtschaftswachstum vorwiegend auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität zurückzuführen.

Ob das positive Ergebnis zugleich auf die Kampagne der sowjetischen Führung zurückzuführen sei, die Produktionsorganisation zu verbessern und die Arbeitsdisziplin zu erhöhen, sei schwer zu beurteilen, meint das Institut, das den eingeschränkten Umfang und die geringe Aussagekraft der Wirtschaftsstatistiken der UdSSR beklagt. Auch die neue politische Führung sehe „keinen Grund zur Selbstgefälligkeit“ und betone die Kontinuität der von Andropow begonnenen Wirtschaftspolitik. Bekämpfung von Disziplinlosigkeit, Mißwirtschaft, Korruption und Bummelantun sowie Fortsetzung des Experiments zur Verbesserung des zentralen Lenkungsmechanismus. Außerdem soll die Parteikontrolle über die wichtigsten Wirtschaftsprozesse verschärft werden.

Zu Lasten des privaten Konsums haben nach wie vor – bei einem Rekord-Ausfuhrüberschuß und bei hohem Aufwand für die Rüstung –

Anlageinvestitionen Vorrang. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wurde außerdem der Energiewirtschaft eine hohe wirtschaftspolitische Priorität eingeräumt. Während die Erdgasproduktion um sieben Prozent zunahm, stagniert die Erdölgewinnung (plus 0,5 Prozent), und die Kohleförderung ging um 0,3 Prozent zurück. Bis 1990 sollen nach Angaben des Instituts die Investitionen im Energiebereich bis zu einem Viertel der gesamten Investitionen konzentriert werden.

Unverändert unterschiedlich ist die Versorgungslage bei Nahrungsmitteln und industriellen Konsumgütern sowie bei hochwertigen Produkten wie PKW und Möbeln. Mangelware sind nach wie vor Qualitätsprodukte, die zum Teil importiert werden müssen – aus westlichen Ländern, aber auch aus industriell höher entwickelten Ländern des Ostblocks wie „DDR“, CSSR und Ungarn.

Hier wird deutlich, warum Moskau beim Wirtschaftsgipfel vor einer Woche darauf bestand, daß die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) die sowjetischen Exporte von Erdöl und Rohstoffen vor allem mit mehr Nahrungsmitteln, industriellen Konsumgütern sowie „Maschinen und Ausrüstungen hoher Qualität mit technischem Weltniveau“ ausgleichen müssen. Es gab hingegen keine Entscheidungen über eine Anpassung der Strukturen der wirtschaftlichen Mechanismen oder gemeinschaftlicher Preise.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Städtetag: Finanznot ist noch nicht überstanden

Köln (AP) – Der Deutsche Städtetag ist erneut nachdrücklich dem Eindruck entgegengetreten, die Finanznot der Kommunen sei überstanden. In seinem Pressedienst unterstrich die Spitzenorganisation, die durch die finanziellen Engpässe erzwungenen Leistungseinschränkungen hätten zu einem großen Teil auch ausgesprochene Fehlentwicklungen bewirkt. Sie müßten auf Dauer korrigiert werden. Die Städte hätten beispielsweise Jahr um Jahr bauliche Unterhaltungsmaßnahmen zurückstellen müssen. Die Folge sei eine „Substanzerosion“.

Beschäftigtenzahl gestiegen

Wiesbaden (VWD) – Der Anstieg der Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes hat sich im April 1984 nach Mitteilung des statistischen Bundesamtes saisonal fortgesetzt. Mit 1 081 000 wurde das Vormonatsergebnis um 27 600 oder 2,6 Prozent überschritten, jedoch nicht der Stand vom April 1983 erreicht (minus 2,0 Prozent). Die Belegung der Auftragsengpässe im Februar und März 1984 hat sich im April nicht fortgesetzt.

Schmidt verläßt Dornier

München (dpa/VWD) – Bernhard Schmidt, einer der beiden Sprecher der Geschäftsführung der Dornier GmbH, München/Friedrichshafen, hat das Unternehmen überraschend verlassen. Wie Dornier mitteilte, wurde zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Otto Thierbach und Schmidt ein „grundsätzliches Einverständnis“ über die Lösung des Arbeitsverhältnisses zum 13. Juni erzielt. Nähere Angaben dazu machte das Luftfahrtunternehmen nicht.

Kredit für Thailand

Hongkong (VWD) – Eine Gruppe ausländischer Banken ist bereit, für Thailand einen niedrig verzinsten Kredit über 200 Mill. Dollar zu arrangieren.

Entscheidung gegen Bonn

Brüssel (Ha.) – Gegen die Stimmen der Bundesrepublik und Dänemarks hat der EG-Ministerrat die Entscheidung der Brüsseler Kommission bestätigt, mit der Frankreich zu dreijährigen Einfuhrbeschränkungen für Quarziten aus Ostasien ermächtigt wurde. Bonn hatte dem Ministerrat anrufen, weil es die Kommissionsentscheidung für falsch hielt. Sie verringert nach Meinung der Bundesregierung den Anpassungsdruck zur Umstrukturierung und bedeutet ein falsches handelspolitisches Signal.

Japans Direktinvestitionen

Düsseldorf (AP) – Nordrhein-Westfalen ist nach Angaben der Landesregierung das bevorzugte Bundesland für japanische Direktinvestitionen. Mit der Auskunft, bis Ende 1983 habe die japanische Wirtschaft mehr als 1,5 Mrd. DM an Rhein und Ruhr investiert, beantwortete Wirtschaftsminister Reimut Jochims eine Anfrage der CDU im Landtag. Damit hätten japanische Unternehmen knapp die Hälfte aller ihrer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik im bevölkerungsreichsten Bundesland angelegt.

Angebot an Neuseeland

Brüssel (Ha.) – Trotz der eigenen Überschüsse will die EG auch in den kommenden Jahren Butter aus Neuseeland einführen. Die Agrarminister einigen sich nach monatelangem Tauziehen auf ein Angebot über 83 000 Tonnen für 1984 und 81 000 Tonnen für 1985 (1983: 87 000 Tonnen). Zuletzt hatte Irland eine längerfristige Lösung blockiert.

Anzeige

PAPIER- UND PAPPEVERARBEITER

Die Rohstoff-Kosten steigen immer schneller

JOACHIM WEBER, Frankfurt
Nach einem kurzen Aufatmen im Jahr 1983 beobachten die deutschen Papier- und Pappeverarbeiter ihre Ertragsentwicklung jetzt wieder mit Sorge. Dabei geht es weniger um den leichten „Rauheits“, der den Mengenaufschwung der Branche im März – dem letzten statistisch erfaßten Monat – erst einmal wieder abkühlte, dessen Haltbarkeit aber noch keineswegs als erwiesen gilt.

Kummer bereiten vielmehr die „exorbitanten Preiserhöhungen auf der Rohstoffseite“, so Richard Dohse, Präsident des Branchenverbands HPV. Seit Jahresbeginn seien die Preise für Papiere und Pappen zwischen zehn und mehr als 32 Prozent gestiegen, Raten, die die Papierindustrie zwar aufgrund ihrer boomähnlichen Marktsituation durchsetzen konnte, deren Weitergabe an die eigen-

nen Kunden den Verarbeitern aber völlig unmöglich war.

Bei Rohstoffanteilen an den Gesamtkosten zwischen 40 und 60 Prozent sowie eigenen Preiserhöhungen um ganze zwei bis fünf Prozent seien damit die Erträge wieder „in eine Enge geraten, die bedenklich ist“. Die (noch nicht errechenbare) Verbesserung der Umsatzrenditen im vergangenen Jahr – gegenüber der Schmalwurde von 0,9 Prozent von 1983 – gebe damit 1984 wahrscheinlich wieder verloren, so Dohse.

Im vergangenen Jahr hat die überwiegend mittelständische Branche mit ihren rund 100 000 Beschäftigten in 1300 Unternehmen ihre Produktion um 4,4 Prozent auf 5,4 Millionen Tonnen gesteigert. Ihr Umsatz stieg dabei nur um 1,5 Prozent auf 16,5 Milliarden Mark.

BAUHERRENMODELL / Eine Studie über die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen

Fast 130 000 Arbeitsplätze gesichert

LEO FISCHER, Bonn
Im Rahmen des Bauberrenmodells sind seit Anfang der 70er Jahre mehr als 200 000 Wohnungen errichtet worden. Allein im letzten Jahr entfielen 50 Prozent der Baugenehmigungen auf freifinanzierten Wohnungsbau auf das Bauberrenmodell. Am Geschloßwohnungsbau lag der Anteil bei 20 Prozent, von allen Baugenehmigungen entfielen auf das Bauberrenmodell etwa neun Prozent. Bereits diese Zahlen, die einer Untersuchung von Professor Manfred Wilms vom Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Kiel über die Wirkungen des Bauberrenmodells auf den Wohnungsmarkt, die Beschäftigung und den Staatshaushalt entnommen sind, signalisieren die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses nicht unumstrittenen Konzepts.

Kritik wird vor allem an den gegenüber dem nicht im Bauberrenmodell errichteten Wohnungsbau etwas höhe-

ren Preisen geübt. Dem Vorwurf, dies führe zu einer Verstärkung der Mietsteigerungstendenzen, hält Wilms entgegen, daß die Erhöhung des Wohnungsangebots zwangsläufig auf den Preis drücken müßte. Auch weist Wilms, dessen Studie nicht etwa von den anbietenden Firmen, sondern aus den Mitteln des Instituts finanziert wurde, darauf hin, daß das Bauberrenmodell gerade dort zu einem erhöhten Angebot beiträgt, wo die Nachfrage am größten ist, nämlich in den Ballungsgebieten. Im letzten Jahr erreichte das Bauberrenmodell zum Beispiel in München 75 Prozent am freifinanzierten Wohnungsbau.

Durch das Bauberrenmodell, so ermittelte Wilms, wurden bislang neun Milliarden Mark Eigenkapital in den Wohnungsbau gelenkt. Die dadurch ausgelöst Investitionen werden auf 50 Mrd. Mark veranschlagt. Den Beschäftigungseffekt im Bauberrenmodell bezieht Wilms im laufenden

Jahr auf 56 000. Da nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, zehn im Mehrfamilienhausbau Beschäftigte 13 weitere Arbeitsplätze in den verbundenen Sektoren sichern, ergeben sich nach Wilms insgesamt fast 130 000 Arbeitsplätze.

Selbst die Steuerersparnis beim einzelnen Anleger führt nach Ansicht von Wilms nicht zu einem Verlust für den Fiskus. Den Steuermindereinnahmen von 3,282 Mrd. Mark durch Werbungskosten, Mehrversteuerung und Verluste aus Vermietung und Verpachtung stehen nach Wilms Mehreinnahmen von 7,237 Milliarden Mark gegenüber. Diese Mehreinnahmen sind einmal Steuern, die von Lieferanten, Baufirmen usw. entrichtet werden (2,352 Mrd. DM), Mehreinnahmen an Sozialversicherungsbeiträgen (1,960 Mrd. DM) und Einnahmen an Arbeitssteuern (2,925 Mrd. DM).

Die nächsten Termine für Internationale Auktionen

von Maschinen und Industrie-Anlagen
Im Auftrag von Unternehmensstellungen, Banken, Liquidatoren versteigern wir die Maschinenparken bestehender Firmen:

Donnerstag, 28. Juni 1984
FREYAPLAST W. GASS GmbH & Co. KG
Kunststoff-Spritztechnik
6306 LANGGONS/BIESSEN

Dienstag, 3. Juli 1984
AG „WESER“ Werftausrüstung, Maschinenbau, Krananlagen
2800 BREMEN-GRÖPELNGEN

Dienstag, 17. Juli 1984
HUSQVARNA MEISTER WERKE GMBH
Nähmaschinenfabrik
8720 SCHWEINFURTH

Dienstag/Mittwoch, 28./29. August 1984
MÖNNINGHOFF GMBH Gessamtschmiede
4630 BOCHUM und 4320 MATTINGEN

Mittwoch, 17. Oktober 1984
AEG-TELEFUNKEN Werkbereich Braunschweig
1000 BERLIN

Detaillierte Informationen und Kataloge senden wir gern auf Anforderung.

ANGERMANN AUKTION KG
HAMBURG D-2000 Hamburg 11
Mattenstraße 5

Tel. 040/367691, Telefax 040/364273, Telex 213 865/213 303



ZEICHNUNG: KLAUS SCHLIE

Dietrich Windberg im Ruhestand

Er hat die Kargheit des Ostfriesen, aber auch die Nase immer im Wind. Dietrich Windberg, Chef der Anzeigenabteilung von WELT und WELT am SONNTAG verläßt seinen Schreibtisch und tritt in den Ruhestand. Seit Mai 1982 gehörte er, der vom Jahrgang 1919 ist, zur WELT.

„Das Schlachtopfer geht auf die Weide“, sagte scherzhaft ein Mitarbeiter dieses weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannten Anzeigenmannes. Er beherrschte das ungewöhnlich harte Geschäft, verfügte über Fingerspitzengefühl und wußte zu meist, wo etwas „ging“ und wo nicht. Mit knappen Sätzen aus reicher Erfahrung verwarf er selbst die verführerischsten Pläne – trefflicher, wie sich stets herausstellte. Dabei kamen die besten Ideen für dieses Geschäft in der Regel von ihm selbst. Er ist ein eher unruhiger Geist, der aber äußerst sensibel sein konnte, wenn es

die Umstände erforderten. Er ist vom Jahrgang 1919, wie gesagt, ein Ostfriesen. Nach dem Abitur kloppte er beim Arbeitsdienst Spatengriffe. Als Leutnant der Pioniere geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, wo er in überschüssigen Kohlenrubeln wieder mit dem Spaten vorlieb nehmen mußte. Doch nebenbei schrieb er kleine Theaterstücke, die er selbst inszenierte. Fast dreißig war er schon, als er aus dieser Fron entlassen wurde und in Hannover seine Laufbahn als Werbefachmann begann.

Die Voraussetzungen zu seinem beruflichen Erfolg sind schnell aufgezählt: Geistige Beweglichkeit, Sinn für Realität, Durchsetzungsvermögen, die manche fälschlich für Starsinn halten. Nie ging er mit dem Kopf durch die Wand. Wenn andere schon die Nerven verloren – er suchte bedächtig nach Türen. Und er fand sie immer. (DW)

NAMEN

Dr. Alexander Menne, früheres Vorstandsmitglied der Hoechst AG, wurde am 20. Juni den 80. Jahre.
Horst Hesse (61), Geschäftsführer der Hesse Bau GmbH, Eschwege, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Baumeister-Haus-

Gruppe bestellt. Er ist Nachfolger von Werner Henn.
Hans-Jürgen Ruppert, Anzeigenleiter im Verlag Rheinischer Merkur, übernahm am 1. September die Gesamtverlagsleitung der Media-Mail GmbH, Hannover/Coburg.

EUROPÄISCHES PATENTAMT / USA und Europa dominieren bei Erfindungen

Japan wendet Ergebnisse schnell an

DANKWARD SEITZ, München
Eine keineswegs führende Rolle nehmen die Japaner nach Ansicht von Johannes van Benthem, Präsident des in München beheimateten Europäischen Patentamtes, weltweit in der Grundlagenforschung ein. Gemessen an ihrer Erfindertätigkeit lägen sie lediglich auf Platz drei hinter den mit Abstand führenden Amerikanern und den Europäern, bei denen die Bundesrepublik wiederum an erster Stelle liege. So kämen heute die für die Zukunft entscheidenden Erkenntnisse und Entwicklungen beispielsweise auf den Gebieten Gentechnologie, Kommunikations- und Fernsteuertechnik fast ausschließlich aus den USA und Europa. Die Stärke der Japaner allerdings sei die schnellere rationelle Anwendung und Markteinführung einer Erfindung.

Diese Tendenz spiegelt sich bis zu einem gewissen Grad auch in der Zahl der Patentanmeldungen wider. Insgesamt wurden 1983 beim Europäischen Patentamt 28 132 Anmeldungen (plus elf Prozent) eingereicht, sagte van Benthem. Davon entfielen 56 (58) Prozent auf die Vertragsstaaten des Amtes (Schweden, Nor-

land, Großbritannien, Benelux, Frankreich, Bundesrepublik, Schweiz, Österreich und Italien) sowie 44 (42) Prozent auf Nichtvertragsstaaten. Die Zahl der Anmeldungen aus den USA stieg dabei um 22,6 Prozent auf 7595. Etwas abgeschwächt hat sich den Angaben zufolge die Zuwachsrate der Japaner, doch wurde mit 3863 Anmeldungen noch ein Plus von 10,5 Prozent verzeichnet.

Führendes europäisches Land blieb die Bundesrepublik mit 6528 Anmeldungen (plus 4,5 Prozent). Sie stellt auch mit dem Elektrokonzern Siemens den größten Einzelanmelder (614 Anträge). Aus Frankreich kamen 2758 Anmeldungen (plus 5,7 Prozent), Großbritannien 2132 (plus 0,6 Prozent) und der Schweiz 1414 Anmeldungen (plus 6,6 Prozent). Allein auf diese vier Länder entfielen damit 81,6 (83,1) Prozent aller von den Vertragsstaaten 1983 eingereichten 15 684 (14 814) Anmeldungen.

Die generelle Zunahme europäischer Patentanmeldungen ist, so van Benthem, zu einem Teil auch darauf zurückzuführen, daß manche Unternehmen 1983 den europäischen Weg dem nationalen vorgezogen haben.

Besonders ausgeprägt sei dieser Trend auf den Gebieten, die mit der Elektronik in Zusammenhang stehen. In diesem Bereich habe sich die Zahl der Anmelder in drei Jahren nahezu verdoppelt. Außergewöhnlich zugenommen hätten aber auch Anträge in den Bereichen Reinigung von Silizium, Tiefbohren, Web- und Waschmaschinen, Medizin, Pharmazie, Kosmetik und Rüstung. Erteilt wurden vom Amt 1983 insgesamt 9658 Patente (plus 78 Prozent).

Als weitgehend abgeschlossen betrachtet van Benthem nach dem sechsten Jahr die Aufbauphase des Europäischen Patentamtes. Weil mit 1784 Mitarbeitern aber noch nicht ganz der endgültige Personalstand erreicht sei und die Anmeldekraft weiter zunehme, werde die Wartezeit für die Prüfung eines Antrages bis 1986 von derzeit noch zwölf auf etwa 16 Monate steigen. Große Hoffnungen auf schnellere Bearbeitungszeiten setzt van Benthem auf die im Oktober 1983 beschlossene Zusammenarbeit mit dem amerikanischen und japanischen Patentamt. Die Vereinbarung sieht den Austausch elektronisch gespeicherter Informationen vor.

JAPAN / Neues Forschungsinstitut – Wettbewerbsstärke soll bewahrt werden

Differenzen mit Handelspartnern im Blick

FRED de LA TROBE, Tokio
Die japanische Großindustrie hat beschlossen, Anfang Juli eine Stiftung mit dem Namen „Forschungsinstitut der Industrievitalität“ einzurichten. Zu den Gründern des Instituts gehören neben dem Präsidenten des Unternehmensverbands „Eikidan“ die meisten Spitzenpersonalitäten der japanischen Industrie. Das Direktorium der Forschungsstätte wird sich ebenfalls aus diesen Personen zusammensetzen.

Das Institut will sich zunächst mit drei Hauptthemen befassen: Bewahrung der japanischen Wettbewerbsstärke, Wege zur Lösung der Handelsdifferenzen mit wichtigen Partnerstaaten und Bewältigung der Staatsbankrott. Als Alarmzeichen und erste Krankheitszeichen wertet die japanische Großindustrie den Rückgang der Betriebsleistung – vor allem bei jüngeren Beschäftigten – und die Vielfalt neuer Wertvorstellungen in der Bevölkerung. Sorge bereiten ferner die

sich abzeichnenden Umwälzungen am Arbeitsplatz durch die Veränderungen in der Folge des Gebrauchs neuer Spitzentechniken, durch die Automatisierung und die Automatisierung im Büro. Die Japaner befürchten, daß durch verfehlte Formen der Anpassung an die Neuerungen die industrielle Basis Japans erschüttert werden könnte.

Das als alte Art Denkfabrik gedachte Institut soll die Quellen des japanischen Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit und der heutigen Wettbewerbsstärke neu ermitteln und klar darstellen. Der Großindustrie ist sehr daran gelegen, daß die „drei Kleinsten“ der Wirtschaft in der Zukunft erhalten werden: das System der lebenslangen Beschäftigung bei den großen Unternehmen, die Entlohnungssetzung nach der Länge der Betriebszugehörigkeit und das auf Unternehmensebene organisierte Gewerkschaftssystem. Die japanische Regierung setzt sich dafür

ein, die Entwicklung fortgeschrittener Technologien auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Wie die in Tokio erscheinende Tageszeitung „Asahi Shimbun“ vor kurzem berichtete, arbeitet das Industrie- und Handelsministerium (MITI) an einem Entwurf, der unter anderem erweiterte steuerliche und andere finanzielle Anreize für auf diesem Sektor tätige Unternehmen vorsieht.

Japanischen Berechnungen zufolge wird die Nachfrage nach neuen Technologien in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein sprunghaftes Wachstum erleben, für Ausrichtung zur Informationsverarbeitung etwa bis 1990 ein jährliches Umsatzvolumen von 105 Mrd. Dollar und für neue Werkstoffe bis zur Jahrhundertwende von über 40 Mrd. Dollar. Zum Thema staatliche Förderung weist das MITI auf einen deutlichen japanischen Rückstand gegenüber den USA hin: etwa sieben gegenüber rund 20 Mrd. Dollar. (SAD)

HERMES KREDITVERSICHERUNG / Verluste gedrückt

Keine Wende bei Insolvenzen

HARALD POSNY, Hamburg

Trotz der im 1. Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 4,5 Prozent niedrigeren Zahl der Insolvenzen ist die Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, über die weitere Entwicklung kaum zuversichtlich. Vorstandsvorsitzender Gerhard Beuck sieht für das Gesamtjahr keine deutliche Abnahme der Unternehmensverluste: „Selbst eine Verringerung um 4 Prozent ist gegenüber früheren Jahren keine Trendwende.“

Auch wenn die Konjunktur stärker anziehe, seien Unternehmenszusammenschlüsse nicht ausgeschlossen, weil ein Ausbau von Kapazitäten wegen der höheren Kapitalanforderungen die Unternehmen gefährden könne, die ohnehin unterkapitalisiert sind. Überdies wird befürchtet, daß der anhaltende Streik zweier Auswirkung hat: einmal ein geringeres Neugeschäft der Banken und auf der anderen Seite eine wachsende Zahl von notleidend werdenden Krediten.

Das mit knapp 12 000 Unternehmenspleiten „gefährlich hohe Insolvenzniveau“ beunruhigt den Hermes-Vorstand sowohl unter dem Aspekt eines mit 74,8 (1975: unter 50) Prozent exorbitant hohen Anteils von mangels Masse abgelehnter Konkursanträge, als auch wegen der 1983 nochmals um 14 Prozent auf gewachsene 12,2 Mrd. DM registrierte Forderungsverluste, die einschließlich außergerichtlicher Vergleiche und Forderungsverzichte mindestens doppelt so hoch sein dürften.

Hermes, mit über 50 Prozent Nr. 1 im deutschen Kreditversicherungs-

markt mit einem Prämienvolumen von fast 750 Mrd. DM, ist es, so Beuck, 1983 gelungen, „die außerordentlich negative Entwicklung des Vorjahres wieder zum Besseren zu wenden“. Dazu trug nicht allein das um 15 Prozent auf 273 Mrd. DM gestiegene Prämienaufkommen mit 28 Prozent Selbstbehalt bei. Über 50 Prozent vom Prämienplus waren zudem – risikobedingt – um durchschnittlich 20, in der Spitze um 100 Prozent höherer Beitragsätze zuzurechnen.

Auf der anderen Seite wurde bewußt von schadensträchtigen Geschäft Abschied genommen. Entsprechend verringerte sich die Geschäftsjahres-Schadenquote (brutto) auf 75,3 (120,7) Prozent, die Abwicklungsergebnisse aus Reserven für Schäden früherer Jahre einbezogen sank die Gesamtschadenquote auf 49,6 (101,5) Prozent der Prämien.

Nach Zuführung von 17,9 (1982: Entnahme von 13,2) Mrd. DM zur Schwankungsrückstellung verringerte sich der technische Verlust auf 4,2 (11,2) Mrd. DM. Erträge aus dem allgemeinen Geschäft führten zu einem Jahresüberschuß von 1,9 (1,3) Mrd. DM, der voll zur Erhöhung (der noch im Vorjahr auf 8 Prozent halbierten) Dividende auf 12 Prozent benutzt wird. Hauptaktionäre sind die Münchner Rück, die Allianz und die Colonia-Versicherung.

Der HV wird eine Kapitalerhöhung um 16 auf 40 Mrd. DM vorgeschlagen. Mit zusätzlich 24 Mrd. DM Rücklagen sind die Eigenmittel auf Wachstum ausgerichtet. Die Bilanzstruktur ist mit 157 (145) Mrd. DM Schadenreserven überaus gesund.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Ecotiming GmbH, Bad Honnef; Dehmold; Gebr. Odel GmbH, Dirmen; Gumbel; Monika Jugendzimmer Gebr. Odel GmbH & Co. KG, Dirmen; Gumbel & Co. KG; Flensburg: Bernd Grabowski, Heizungsinstallateur, Heizung und Sanitärtechnik; Frankfurt: M. & S. Buch; Handels-Ges.m.b.H.; Oboth & Franke oHG; Draht-u. Hanfseilfabrik Reutlinger, Wilhelm Reutlinger G.m.b.H.; Gesslar: K. Klaus Kutsche, Bademöbels- u. Massagen; Herxberg: 2. Wahl; Kutsche, Kutsche, Diplomfahrgänger; Hamburg: Nachl. d. Wilhelm Densborn; Hama: Import/Export Filmgroßhandel, Uuna; Heilberg; Gemeinnützige Heilbergsche Fahrschulen GmbH; Kassel: Schönbach; Kassel: Wuppertal; Werner Hainz, Busfahrer.

Kassen: Nachl. d. Wolfgang Pollner; Mannheim: City Parking & Planning GmbH; Chemnitz: „Rebell“ Schuh GmbH, Viersen 11; München: R. & M. Video Computer Handelsges. mbH; Nürnberg: Motorrad-Winter-schlaf GmbH; Oldenburg: Eckhard Hüb; Rastbach; Günter Schmidt; Solingen: Rastbach; Peter Peter Brog; Hammer, Schenkenberg; Seligenstadt: Kieffro-Lederwaren GmbH; St. Ingbert: Luck Holz-u. Baustoffhandel GmbH; Rohrbach; Trausnitz; Chemnitz: 2. Wahl; Kassel; Wuppertal; Werner Hainz, Busfahrer.

Vergleich eröffnet: Bielefeld: Wilfried Kampeler, Elektromounter.

Vergleich beantragt: Köln: Immobilien- u. Handelsge. mbH; Lever-

Von einem namhaften Büromaschinenhersteller bieten wir an:
größerer Sonderposten neuer Telekopierer (Fax, Gruppe 2), manuelle oder automatische Empfänger.

Postzulassung vorhanden. Abschluß von Service-Verträgen möglich. DM 1 299,- inkl. MwSt./Gerät ab Lager. Bei Abnahme größerer Mengen Sonderabgabe.

Ebenfalls Sonderposten von Kopiergeräten, elektronischen Spielerschreibmaschinen sowie Druckern vorhanden.

R + S Consulting GmbH, Bölowstr. 46, 2940 Wilhelmshaven
Telefon: (0 44 21) 3 33 16, Telefax: 17-4 421 469,
Telefax: 4 421 469 ESCONS.

Techn. Vertretung PLZ 8

3 Mitarb., Büro, Lager, EDV, Tx. Gesuchte Produktbereiche: TV, Video, Homecomp., Elektronik allg. auf Handels- od. Provisions-Basis. Gegeben: dynamisches Verkaufen, nicht nur Auslieferungslager.
Angebote erbeten unter M 7237 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MAKLER

Möchten Sie nicht Ihren Kunden eine Geldanlage, an der ein bedeutendes Goldinstitut beteiligt ist, zu einer hohen garantierten Rendite anbieten? Bieten Sie etwas dagegen, wenn Ihre Kunden Renditen von durchschnittlich 80 % p. a. und mehr aus üblichen Erträgen in den USA erzielen? Dieser Anlageplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und für gut befunden. Hohe Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf für uns geeignete Makler. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind willkommen. Weitere Auskünfte erteilt: GLOBE PLAN S.A., Av. Mon-Repos 24 - CH-1005 Lausanne (Schweiz). Tel. (00 41 21) 22 35 12 - Telefax 26 185 MELLS CH.

FINANZANZEIGE

SCHERING

Dividendenbekanntmachung
Schering Aktiengesellschaft

(Wertpapier-Kenn-Nummer 717 200, 717 201)

Die ordentliche Hauptversammlung vom 20. Juni 1984 hat beschlossen, auf das für das Geschäftsjahr 1983 gewinnberechtigte Grundkapital von DM 253.375.749,- eine Dividende von DM 10,50 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- auszuscheiden. Die Dividende wird ab 21. Juni 1984 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 46 bei der Gesellschaftskasse in Berlin sowie den nachstehenden Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausbezahlt:

Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank AG
Dresdner Bank AG
Tinkaus & Burkhart
Verkehrs- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerischer Bankverein

Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte inländische Aktionäre ein Steuerguthaben von 9/16 je Aktie verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer können auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet bzw. erstattet werden. Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuerguthaben, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbefreiung seines Finanzamts (Nicht-Veranlagungsbefreiung) vorlegt.

Berlin, 20. Juni 1984 Der Vorstand

rallye racing-Auto & Sport

in seiner ganzen Faszination

und Vielfalt

Lesen Sie im Juni-Heft:
Ferrari Mondial Cabriolet: 240 PS und viel Exklusivität...
Toyota Corolla Coupé GT: handlich, kompakt und sportlich...
Albar Sonic GT Turbo: VW-Technik im Countach-Look...
Mercedes 190E 2.3-16: Der kleinste Benz bekommt richtig Power...
Formel 1-Report: Zolder, Imola, Dijon und weitere Berichte über alle Rallye- und Rennsportereignisse von Rang.

6 Juni 1984 5,- DM
rallye racing
magazin für auto + sport
Heiß begehrt Ferrari
Das neue Mondial-Cabrio
Holen Sie sich das neue rallye racing bei Ihrem Zeitschriftenhändler für DM 5,-
Stefan Bellhof

Wenn Sie es können Sie Ihre
ellig haben, Anzeige über Fernschreiber 8 579 104
aufgeben

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteur: Wilfried Berta-Bleicher, Berlin
Stellv. Chefredakteur: Peter Gilles, Bruno Weller, Dr. Günter Zehn
Berater der Chefredaktion: Helmut Barth, Hamburg; Günther Mettner, Bonn; Klaus Kutsche, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1 politische Nachrichten: Bernd Fackel, Düsseldorf; Herbert Koch, Rüdiger v. Wulkenberg (stellv.); Informationspolitik: Helmut Barth, Hamburg; Auslands: Jürgen Linde, Maria Wiedel, Berlin; Seite 2: Bernhard Müller, Dr. Manfred Ruppert, Hamburg; Seite 3: Loewenstein (verantw.), Bruno Stein; Auslands: Jürgen Linde, Maria Wiedel, Berlin; Seite 4: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 5: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 6: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 7: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 8: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 9: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 10: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 11: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 12: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 13: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 14: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 15: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 16: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 17: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 18: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 19: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 20: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 21: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 22: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 23: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 24: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 25: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 26: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 27: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 28: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 29: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 30: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 31: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 32: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 33: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 34: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 35: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 36: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 37: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 38: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 39: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 40: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 41: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 42: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 43: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 44: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 45: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 46: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 47: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 48: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 49: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 50: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 51: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 52: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 53: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 54: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 55: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 56: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 57: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 58: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 59: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 60: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 61: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 62: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 63: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 64: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 65: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 66: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 67: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 68: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 69: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 70: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 71: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 72: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 73: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 74: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 75: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 76: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 77: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 78: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 79: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 80: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 81: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 82: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 83: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 84: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 85: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 86: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 87: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 88: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 89: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 90: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 91: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 92: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 93: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 94: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 95: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 96: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 97: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 98: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 99: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 100: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 101: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 102: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 103: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 104: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 105: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 106: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 107: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 108: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 109: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 110: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 111: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 112: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 113: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 114: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 115: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 116: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 117: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 118: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 119: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 120: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 121: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 122: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 123: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 124: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 125: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 126: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 127: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 128: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 129: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 130: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 131: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 132: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 133: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 134: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 135: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 136: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 137: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 138: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 139: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 140: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 141: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 142: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 143: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 144: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 145: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 146: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 147: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 148: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 149: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 150: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 151: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 152: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 153: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 154: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 155: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 156: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 157: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 158: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 159: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 160: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 161: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 162: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 163: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 164: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 165: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 166: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 167: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 168: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 169: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 170: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 171: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 172: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 173: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 174: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 175: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 176: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 177: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 178: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 179: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 180: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 181: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 182: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 183: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 184: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 185: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 186: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 187: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 188: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 189: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 190: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 191: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 192: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 193: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 194: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 195: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 196: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 197: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 198: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 199: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 200: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 201: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 202: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 203: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 204: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 205: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 206: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 207: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 208: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 209: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 210: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 211: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 212: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 213: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 214: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 215: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 216: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 217: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 218: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 219: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 220: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 221: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 222: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 223: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 224: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 225: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 226: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 227: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 228: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 229: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 230: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 231: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 232: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 233: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 234: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 235: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 236: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 237: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 238: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 239: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 240: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 241: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 242: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 243: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 244: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 245: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 246: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 247: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 248: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 249: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 250: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 251: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 252: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 253: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 254: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 255: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 256: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 257: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 258: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 259: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 260: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 261: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 262: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 263: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 264: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 265: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 266: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 267: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 268: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 269: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 270: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 271: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 272: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 273: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 274: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 275: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 276: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 277: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 278: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 279: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 280: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 281: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 282: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 283: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 284: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 285: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 286: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 287: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 288: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 289: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 290: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 291: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 292: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 293: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 294: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 295: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 296: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 297: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 298: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 299: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 300: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 301: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 302: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 303: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 304: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 305: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 306: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 307: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 308: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 309: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 310: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 311: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 312: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 313: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 314: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 315: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 316: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 317: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 318: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 319: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 320: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 321: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 322: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 323: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 324: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 325: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 326: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 327: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 328: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 329: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 330: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 331: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 332: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 333: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 334: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 335: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 336: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 337: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 338: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 339: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 340: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 341: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 342: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 343: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 344: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 345: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 346: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 347: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 348: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 349: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 350: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 351: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 352: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 353: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 354: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 355: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 356: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 357: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 358: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 359: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 360: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 361: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 362: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 363: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 364: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 365: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 366: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 367: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 368: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 369: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 370: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 371: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 372: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 373: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 374: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 375: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 376: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 377: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 378: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 379: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 380: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 381: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 382: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 383: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 384: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 385: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 386: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 387: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 388: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 389: Ulfrich Loh, Hamburg; Seite 39

SCHERING-HV / Hohe Zuwachsraten

Günstige Aussichten

th. Berlin

Schering bleibt auf dem Wachstumspfad. Nach dem erfreulichen Jahr 1983 meldet der Berliner Chemiekonzern für den ersten fünf Monate des laufenden Jahres erfolgreiche Ergebnisse. Wie Vorstandsmittglied Klaus Pöhle vor der Hauptversammlung in Berlin mitteilte, ist der Gruppenumsatz bis Ende Mai um 17,3 Prozent auf 2,10 (1,79) Mrd. DM gestiegen; bei der Schering AG gab es ein Plus von 10 Prozent auf rund 985 Mill. DM. Dabei seien die Steigerungsraten im Ausland wieder höher gewesen als das Wachstum des Inlandsgeschäfts.

Hohe Zuwachsraten gab es nach Angaben Pöhles in den meisten Arbeitsgebieten. Als besonders erfreulich bezeichnete er das Wachstum in der Galvanotechnik (plus 23,1 Prozent), die im ersten Quartal wieder einen positiven Beitrag zum Ergebnis erwirtschaften konnte. Entscheidend dafür sei die Erhöhung des Chemieumsatzes im Segment Elektronik und die Steigerung der Verkäufe in Japan gewesen.

Bei der Prognose für die Schering-

Gruppe in der nächsten Zukunft hielt sich Pöhle bedeckt, kündigte aber eine erfreuliche Erhöhung des Gruppenergebnisses an. Um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, hat sich die Schering AG, die sich in den letzten 20 Jahren von einem mittelgroßen Unternehmen zu einem Konzern mit 120 Töchter und Produktions- und Vertriebsgesellschaften in rund 140 Ländern entwickelt hat, vier Ziele gesetzt. Man will sich auf Bereiche konzentrieren, in denen man Erfahrung hat, innerhalb der fünf Sparten (Pharma, Pflanzenschutz, Galvano-Technik, Industrie-Chemikalien, Feinchemikalien) soll diversifiziert und der Pflanzenschutz neben Pharma das zweite große Standbein werden. Außerdem soll der US-Markt (größter und bedeutendster Chemie- und Pharma-Markt) wieder erschlossen werden.

Zur Ausschüttung von 10,50 DM je 50-DM-Aktie sagte Pöhle, Schering habe seinen Aktionären immer Dividenden gezahlt, die zu den Spitzenrenditen in der Bundesrepublik gehören.

FLACHGLAS / Unverändert harter Wettbewerb

Neue Produkte gesucht

DANKWARD SEITZ, München

Um für die kommenden Jahre gerüstet zu sein, will die Flachglas AG, Fürth, ihre Geschäftspolitik verstärken auf die Suche nach neuen Produkten und die Weiterentwicklung des bestehenden Programms ausrichten. Denn nach Ansicht des Vorstands ist noch lange kein Ende des harten Preiswettbewerbs und des Kampfes um Marktanteile abzusehen. Die Konjunkturbelebung werde der Flachglasbranche 1984 zwar eine weitere Mengensteigerung bringen, jedoch werde diese noch immer unter den vorhandenen Überkapazitäten liegen.

Nur durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen und Vertriebsanstrengungen im In- und Ausland ist es dem Unternehmen 1983 gelungen, wie es im Geschäftsbericht heißt, den Umsatz in der AG um 6,9 (minus 1,1) Prozent auf 913,1 Mill. DM und im Konzern um 7,2 (minus 2,2) Prozent auf 1264,8 Mill. DM zu steigern. Bei fallenden Marktpreisen und einigen Sondereinflüssen im Kostenbereich hätte jedoch ein weiterer Rückgang

des Betriebsergebnisses nicht verhindert werden können. Der Rohtrag verminderte sich um 3,0 Prozent auf 526,4 Mill. DM.

Unter dem Strich weist Flachglas einen um 13,8 Prozent auf 24,7 Mill. DM verbesserten Jahresüberschuss aus. Im wesentlichen trugen dazu Buchgewinne aus Veräußerungen von Sachanlagen mit 19,0 (1,5) Mill. DM, Erträge aus Beteiligungen mit 6,5 (6,1) Mill. DM sowie aus der Auflösung von Rückstellungen mit 8,2 (12,0) Mill. DM bei. Zudem fielen diesmal keine Aufwendungen für Verlustübernahmen (Vorjahr: 2,5 Mill. DM) an. Der Steuerauswand verminderte sich auf 39,8 (42,7) Mill. DM.

Nach Einstellung von 3,0 (-) Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein unveränderter Bilanzgewinn von 21,7 Mill. DM. Daraus wird auf das Grundkapital von 136 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 8 DM je Aktie ausgeschüttet. Investiert wurden in Sachanlagen 80,5 (64,5) Mill. DM bei Abschreibungen von 76,0 (91,6) Mill. DM.

HEW/Vorstandssprecher Oberlack scheidet nach langen Querelen mit dem Hamburger Senat zum Monatsende aus

Mitschuld der Politiker am düsteren Ertragsbild

JAN BRECH, Hamburg

Die immer neuen politischen Wechselbädern ausgesetzte Hamburgische Electricitäts-Werke AG (HEW) hat im Berichtsjahr das seit gut 30 Jahren schlechteste Ergebnis erzielt. Daß der langjährige Vorstandssprecher Hans-Werner Oberlack darauf verzichtete, den Abschluß 1983 vor der Öffentlichkeit zu kommentieren, ist verständlich. Oberlack, der ständigen Querelen mit dem Hamburger Senat um das Kernkraftwerk Brokdorf und die hanseatische Energiepolitik müde, scheidet auf eigenen Wunsch Ende dieses Monats aus.

Das Ertragsbild, das an seiner Stelle Vorstandsmittglied Günther Clausnitzer zeichnete, ist wahrhaft düster. Erstmals sei die Konzessionsabgabe, die an die Stadt Hamburg dafür zu zahlen ist, daß HEW den öffentlichen Grund für die Errichtung und Unterhaltung von Stromleitungen benutzt, nicht voll erwirtschaftet worden. Statt der vertraglich zu zahlenden 81 Mill. DM erhält die Stadt nur 55 Mill. DM. Der Rest muß später nachgezahlt werden.

Selbst diese Leistung an die Stadt ist nur möglich, weil HEW außerordentliche Erträge von rund 60 Mill.

DM mobilisiert hat, um die für die Zahlung einer Konzessionsabgabe notwendige Mindestdividende von 4 Prozent aus dem Stromgeschäft sicherzustellen. Das reine Betriebsergebnis hätte dazu nicht ausgereicht. Immerhin sank der Gewinn pro Aktie von 7,50 DM auf magere 2,80 DM und verschlechterte die Rendite auf den für ein Energieversorgungsunternehmen miserablen Satz von 1,1 Prozent. Von den knapp 70 Mill. DM, die HEW vor Steuern aufbringen mußte, um die auf 8 (10) Prozent reduzierte Dividende vorschlagen zu können, sind 70 Prozent erwirtschaftet, 30 Prozent stammen aus außerordentlichen Erträgen. Am Grundkapital der HEW von 460 Mill. DM ist die Stadt Hamburg mit gut 75 Prozent beteiligt.

Das katastrophale Ergebnis erklärt Clausnitzer vor allem damit, daß HEW 1983 noch stärker in die Preis-Kosten-Klemme geraten sei. Bei kaum verändertem Mengengerüst hätten Entlastungen nur von der Erlöseite kommen können. Die „Streichaktion“ der Politiker bei den beantragten Tarifanhebungen hätte aber statt Mehrerlöse rund 40 Mill. DM Mindererlöse gebracht. Ertragsbelastend wirkte sich ferner der Sou-

dervertrag mit den Hamburger Aluminiumwerken aus (rund 50 Mill. DM), hohe Erstabschreibungen auf das KKW Krümmel, ohne daß entsprechende Erlöse flossen, sowie die Umrüstung des KKW Brunsbüttel.

Positive Impulse von seiten der Erlöse auf die angespannte Ertragslage sind nach Angaben von Clausnitzer auch in diesem Jahr nicht zu erwarten. Die politischen und von ökonomischem Sachverstand ungetriebenen Eingriffe in die HEW-Preispolitik werden 1984 bei nur schwach wachsendem Energieabsatz weitere 25 Mill. DM Erlösminderungen bringen. In den ersten 5 Monaten ist der Stromverkauf um 3 Prozent und der Absatz von Fernwärme um 1 Prozent gestiegen.

Entlastungen bei den Aufwendungen erhofft sich Clausnitzer durch hohe Kapazitätsauslastung und Verfügbarkeit der Kernkraftwerke, stabilem Preisniveau bei fossilen Brennstoffen sowie Personaleinsparungen. Es werde trotzdem kein befriedigendes Ergebnis geben, meint Clausnitzer. Immerhin rechnet er aber damit, daß neben einer Dividende die Konzessionsabgabe wieder voll erwirtschaftet wird. Verschieben sind Pläne, 1985

an den Kapitalmarkt zu gehen. „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren“, zitiert Clausnitzer.

Zu dem Stand der Verhandlungen der HEW, sich von einem Teil der Beteiligung an dem in Bau befindlichen KKW Brokdorf zu trennen, macht der mit politischen Aussagen vorsichtige Clausnitzer keine Angaben. Aus heutiger Sicht und bei alleiniger Betrachtung der Kapazitätsfrage könnte HEW auf die Hälfte ihres 50-Prozent-Anteils verzichten, erklärte er. HEW werde sich aber nicht an der öffentlichen Diskussion beteiligen, ob dieser Anteil nun abgegeben werden oder ob die später HEW zustehende Produktion, durch entsprechende Verträge abgesichert, verkauft werden soll. Für beide Lösungen gebe es Möglichkeiten.

HEW	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2338	+ 3,4
Energieabsatz (Mrd. KWh)	17,4	- 0,3
dav. Strom	13,0	+ 1,5
Fernwärme	4,4	- 4,8
Belegschaft	5883	- 1,7
Jahresüberschuß	42	- 14,3
Nettogewinn	26	- 62,3
In % vom Umsatz	1,1	(2,0)
Investitionen	732	- 9,2
Cash-flow	213	- 36,2

VORWERK / Hohes Plus in Umsatz und Rendite - Neue Superlative angekündigt

Glanzvolles Ergebnis im Jubiläumsjahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Hilbsch passend zum Jubiläum hat das Wuppertaler Familienunternehmen Vorwerk & Co. KG, 1863 als Teppichweberei gegründet, 1983 „das beste Jahr seiner Geschichte“ erlebt. Jörg Mittelsten Scheid, einziger Familienrepräsentant im Komplementär-Dreigestirn, münzt dieses Urteil auf Umsatz wie auf Ertrag. Und mit Blick auf das bis Ende Mai 1984 mit 15 Prozent wiederum sehr hohe Umsatzwachstum, das sich freilich im weiteren Jahresverlauf abschwächen werde, deutet er für den nächsten Jahresabschluß neue Superlative an.

Der Textilbereich allerdings (Teppichböden und Möbelbezugsstoffe), aus dem das einstige Traditionsprodukt „abgepaßte Teppiche“ unter dem Druck der Billigimporte seit 1982 komplett verschwunden ist, war nach zwei mageren Jahren 1983 erst

wieder mit 170 (164) Mill. DM an dem seit Jahren stabilen (von geschwungenen) Rendite hat das offensichtlich nicht geschadet. Sinnfälliges Indiz: Einschließlich des Jahresgewinns vor Einkommensteuer wird das Eigenkapital des Inlandskonzerns nun mit 162 (127) Mill. DM ausgewiesen. Das reicht erstmals bequem zur Deckung des Anlagevermögens, das sich bei 19 (20) Mill. DM Investitionen und 23 (21) Mill. DM Abschreibungen auf 133 (139) Mill. DM verminderte. Die Eigenkapitalquote besserte sich auf 36 (32) Prozent des Bilanzvolumens.

Günstiger noch als diese für den Durchschnitt deutscher Industrieunternehmen günstige Relation: Bis auf noch 13 (14) Mill. DM langfristige Kredite hat der Inlandskonzern überhaupt keine Bankschulden; sein Zinsertragsaldo stieg auf 9 (4) Mill. DM.

Die Eigenmittel, die sich aus Kommanditeinlagen von 50,5 Mill. Mark, Gesellschaftskonten und Rücklagen zusammensetzen, werden in der Bilanz mit 74,7 Mill. Mark ausgewiesen. Das Umlaufvermögen stieg um 9,4 auf 37,1 Mill. Mark, davon allein 7,5 Mill. Mark flüssige Mittel. In der Gastronomie verminderten sich die Umsatzerlöse um 2,9 Prozent, während der Absatz um 4,7 Prozent zurückging.

KRONEN

Stark im schwachen Markt

HANS BAUMANN, Dortmund

Hätte das Haus Dortmund Kronen nicht traditionell einen so feinen Ruf, es hätte im schwachen Heimatmarkt, in dem es zu 70 Prozent zu Hause ist, stärkere Blessuren hinnehmen müssen. Bei 16,3 Prozent Arbeitslosigkeit in der Bierstadt Dortmund ist es schon eine unternehmerische Leistung, wenn bei einem Ausstoßrückgang im Geschäftsjahr 1983 um 2,5 Prozent auf 1,1 Mill. Hektoliter die Erlöse nur um 1,3 Prozent auf 127,4 Mill. DM fielen. Die Krone verzichtet lieber auf Marktanteile, als daß sie ihre Rendite verkommen läßt.

Auch im neuen Jahr zeigt sich kein Silberstreif. Im Gegenteil: Der Streik zügelt den Durst. So kommt die Verwaltung zu dem aufrichtigen Schluß, daß sie mit den ersten fünf Monaten 1984 „unzufrieden“ ist. Das Ausstoßminus beträgt beachtliche 5 Prozent; damit liegt man aber noch relativ günstig im Konzern aller Dortmunder Brauereien. Eine Zahl mag deutlich machen, wie arg der Flaschenbiermarkt in Dortmund gebeutelt ist: Von Dezember bis April ging der Absatz aller Marken um 17 Prozent zurück.

Dennoch: Die Krone ist ein gesundes Unternehmen. Im Berichtsjahr wurde an allen Ecken und Enden gespart. Das brachte einen um 2 auf 89,2 Mill. Mark erhöhten Rohertrag. Investiert wurden 20,1 (14,5) Mill. Mark, davon allein 13,5 Mill. Mark in den neuen Lagerkeller, der insgesamt 18,5 Mill. Mark kosten wird. Den Investitionen der letzten fünf Jahre von 72,1 Mill. Mark stehen Abschreibungen von 71,3 Mill. Mark gegenüber. Fremdmittel mußten mit 13,5 Mill. Mark herbeigekommen werden. Von der Mälzerei bis zum Vertrieb ist die Krone eine der modernsten deutschen Brauereien, die sich nicht von der traditionellen Produktion und Lagerung abbringen läßt. Sagt Hans-Joachim Wül, Geschäftsführer des Hauses: „Überleben werden die, die konsumnah bleiben.“

Die Eigenmittel, die sich aus Kommanditeinlagen von 50,5 Mill. Mark, Gesellschaftskonten und Rücklagen zusammensetzen, werden in der Bilanz mit 74,7 Mill. Mark ausgewiesen. Das Umlaufvermögen stieg um 9,4 auf 37,1 Mill. Mark, davon allein 7,5 Mill. Mark flüssige Mittel. In der Gastronomie verminderten sich die Umsatzerlöse um 2,9 Prozent, während der Absatz um 4,7 Prozent zurückging.

Schon mal was von Aleatorik gehört?

Aleatorik ist jene moderne Musikrichtung, die dem Zufall breiten Raum gewährt. Eine kreative Freizügigkeit, die in finanziellen Fragen allerdings nicht angebracht ist.

So erfordern z. B. Auslandsgeschäfte in besonderem Maße exakte Planung, Sicherung gegen vielfältige Risiken, stetige und zuverlässige Verbindungen, die Kenntnis fremder Märkte und ihrer Usancen. Bei der Fülle der Probleme und Risiken im internationalen Geschäft sind die Erfahrungen, Sachkenntnisse und ausländischen Geschäftsverbindungen, über die eine international orientierte große Bank mit ihren weitgereisten Fachleuten verfügt, für Sie ein Beitrag dazu, möglichst nichts dem Zufall zu überlassen.

Die Leitungen unserer Niederlassungen sind darauf ausgerichtet, Ihren Kunden dieses Potential wirklich nutzbar zu machen. Sie unterstützen Sie darin, Aleatorik, die Abhängigkeit vom Zufall, auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn Sie mehr wissen möchten: Sie finden die Berliner Bank in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, London, Luxemburg und natürlich in Berlin.

Berliner Bank. Die Bank, mit der man reden sollte.

BERLINER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT



[illegible]

Jetzt in HÖRZU:

Wovon träumt Jupp Derwall's Chef?

Überraschende Antworten des Fußball-Präsidenten Hermann Neuberger.



Rockstar Peter Maffay:

Unbequem- und deshalb so erfolgreich?



@HÖRZU
Beste Unterhaltung seit es Fernsehen gibt.

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.


$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

Sowieso sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundesländern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 28 ihr Studium an den Externenorten „sehr gut“ oder „mit Auszeichnung“ abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel von

Mit zum Risiko. Und auch davon, daß sich Wissenschaft möglichst frei von administrativen Zwängen entfalten kann.

Aber, was wir tun, dient einem Ziel: mit dazu beizutragen, daß unser Land auch in Zukunft zu den

 **Stifterverband**
Die Gemeinsinnlichen

führenden Wissenschaftsnationen zählt. Deshalb gehören die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit, die medizinische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften ebenso zu unserm Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unserer Nation tun wollen. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

**band für die
Wissenschaft e.V.**
naftaktion der Wirtschaft
4300 Essen 1 - Telefon 0201/711051



**Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft e.V.**
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

Alle Fähr-Linien für Camper.

Viele schöne Urlaubsziele sind nur mit Fahren zu erreichen. CAMP zeigt jetzt im Juni-Heft die wichtigsten Verbindungen.



CAMP macht mehr aus Ihrer Freizeit. Jedes Heft gibt Ihnen wertvolle Hilfen und Tipps. Durch CAMP sind Sie über den gesamten Camping- und Caravaningmarkt bestens informiert... durch CAMP sparen Sie Geld... durch CAMP kennen Sie die attraktivsten Reiseziele... CAMP hilft in technischen Fragen.

Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler. DM 5,-

Die WELT ist in 8.000 Orten der gesamten Bundesrepublik einschließlich West-Berlin verbreitet, sowie mit etwa 5% ihrer Auflage in 137 Ländern aller Erdteile.

<p>Video-Vertriebsges.</p> <p>od. Vertriebsleiter (freiberuf.) f. den Aufbau derselben gesucht.</p> <p>Angebote unter L 7236 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 04, 4300 Essen.</p>	<p>Immobilienengesellschaft sucht</p> <p>Vermittler</p> <p>für den Verkauf von vermieteten Eigentumswohnungen.</p> <p>Angeb. u. K 7235 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 04, 43 Essen.</p>	<p>Möbel-Designer</p> <p>(moderne) sucht Fabrikanten zw. Zusammenarbeit.</p> <p>Angebote unter PS 58112 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.</p>	<p>Internationaler Wettbewerb</p> <p>Wer "vermachtet" in Lizenz weltweit den Spruch: "Die Seele ist ab dem Körper in geistiger Form" in allen Sprachen? Obi Kessen International, c/o Rainer Schenker, Frankfurt 2, D-65 Saarbrücken 2.</p>
--	--	---	--


spezialist
 f. schwierige Kurieraufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Einsätze erwünscht, die entspr. professionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K 5641 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERKÄUFE IN ITALIEN
 Zwei 30jährige Vertreter, beste Erfahrung, deutsche Kenntnisse, prüfen erste Vorschläge einer Vertretung für Nord-Italien.
 Referenz in Deutschland.
 Adresse: Massimo Destefano
 Caren Vittorio Emanuele 199
 10 120 TORINO Italien
 Tel.: 00 39 11 65 96 31

Prof. Dr. Zander (Vorstand Reemtsma) • Günter Döding
 (Gewerkschaft NGG) • Dr. Lackowski (Unilever) • Prof. Dr. Schmahl,
 Dr. Wolters (HWWA-Institut) • Prof. Freudenberg (IDW-Institut • Prof. Dr. Jacob
 (Universität Hamburg) • Prof. Dr. Warnecke, Prof. Dr. Ing. Bülfinger (Fraunhofer-Institut)

Unternehmensberatung
 Strategische Management
 Arbeitszeitverkürzung

50% mehr UMSATZ
 zusätzlich der weltbeste Verkäufer mit seiner
 Methode, Kunden zu begeistern. Jeder Ver-
 trieb könnte das auch erzielen! Wie? Fra-
 gen Sie an bei C&C/C, 43 Essen 16, He-
 derwanger Str. 46, Tel. 02 01 - 46 00 04



**KURZE
UND
WERBENDEN**
P Zählendi

4600 Hernal Postfach 1040
Telefon 0223/27 81 - Telex 6220 80 kuw

Lager- u. Auslieferungsservice
1000qm Hallenfäche
3000qm Freifläche
Großer Waren- und Lagerbestand jederzeit
Lieferung und Auslieferung sich

Zu diesem wohl brisantesten Thema des Jahres
nehmen die renommierten Autoren in Band 31
die „Schriften zur Unternehmensführung“
Stellung:

- Wirkung der Automatisierung in der
Produktion und Büroautomatisierung
- Wege aus der Arbeitslosigkeit
- Gewerkschaftliche Strategien
- Streikende: Wachstums- und Verkürzung

Heute lädt Sie der Gabler Verlag ein: Lernen Sie
dieses Schriftchen kennen, überzeugen Sie sich
von Qualität und Nutzen der Beiträge und
sichern Sie sich durch den vorteilhaftesten For-
stungsbezug den Verzugsrabatt von 10%.

Bestell-Coupon

Sache
Besquisitor
 auch privat, auch Prozenzbeis.
 Tel.: 0 52 / 2 51 46 35

Düresservice Berlin
 Direkt: Firmendirekt. Reparatoren.
 Büro, Telefon, Telex, Postservice.

Die Themen der letzten Bände:

- Strategische Planung im Konzern
- Controlling mit Kennzahlen
- Computergestützte Planung
- Logistikmanagement

Zu beziehen über den Buchhandel oder beim Verlag.

Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____

1000 Berlin 31 · Telefon 86 01 27-9

FUSSBALL / Prima, prima aus Dänemark – Eine Mannschaft stürmt in die europäische Spitzenklasse

Als er nach Kopenhagen kam, hat er schnell dänisch gelernt. Spanisch, Französisch und Englisch konnte er schon. Er war Nationaltrainer von Haiti und arbeitete mit nicht allzu großem Erfolg auch schon als Trainer in der deutschen Bundesliga: Sepp Piontek, der für Werder Bremen spielte. In Dänemark formte er eine Mannschaft, die zur Überraschung der Europameisterschaft wurde. Jetzt will er zwar „auf dem Teppich bleiben“, aber auch er denkt bereits ans Finale der Titelkämpfe von Frankreich.

„Unglaublich. Ein sinnverwirrendes Drama endete mit einem neuen dänischen Triumph. Ein fantastisches Drama, das Hitchcock wie einen Mönch erscheinen läßt. Ein unglaublicher Triumph des Willens und der Moral.“ Mit diesen Sätzen feiert die Zeitung „Politiken“ aus Kopenhagen den Einzug der dänischen Nationalmannschaft ins Halbfinale. 0:2 lag sie gegen Belgien zurück und erreichte dennoch einen 3:2-Erfolg. Mit zehn Spielen, die überall in Westeuropa ihr Geld verdienen.

Frankreich war in Gefahr, sein erstes Spiel zu verlieren. Es mußte einem 0:1-Rückstand nachhelfen. Aber: Platini, Platini, immer wieder Platini. Der Star der Franzosen erzielte alle drei Treffer beim 3:2-Sieg über Jugoslawien, alle in der zweiten Halbzeit und innerhalb von 18 Minuten. Ein klassischer Hatrick. Als die französischen Zuschauer diese Tore feierten, brach am Spielfeldrand der Arzt der jugoslawischen Mannschaft zusammen. Er starb nach einem Herzinfarkt.

Trainer Sepp Piontek: „Jetzt garantiere ich für gar nichts mehr“

sid/apa, Straßburg Die dänische Nationalmannschaft feierte mit dem Erreichen des Halbfinals bei der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich ihren bisher größten Triumph. Wesentlichen Anteil daran hatte Trainer Sepp Piontek. Der 44 Jahre alte gelernte Maschinenbauer bestreift von 1960 bis 1972 205 Bundesligaspiele für Werder Bremen und sechs A-Länderspiele. Seine Trainerlaufbahn führte von Fortuna Düsseldorf über die Nationalmannschaft von Haiti und den FC St. Pauli im Sommer 1979 nach Dänemark. Hier wurde er schon mit der Qualifikation für das Endturnier zu einer Art Nationalheld.

Frage: Mit dem 3:2 über Belgien haben Sie wohl auch die letzten Skeptiker überzeugt und das nach dem 0:2-Rückstand gegen Vize-Europameister Belgien. Wie haben Sie das Spiel gesehen?

Piontek: Es waren krautbraune und verbissene 90 Minuten. Die Belgier haben clever taktiert und meiner Meinung nach ihr bestes Turnierspiel gemacht. Ich kann meiner Mannschaft nur gratulieren. Die Energie und der

Mann. Ich habe gehört, es sollen rund 20 000 sein, die uns begleiten. Das beweist die steigende Popularität und das große Nationalbewußtsein der Dänen. Es macht einfach Spaß, dort zu arbeiten.

Frage: Es macht ja auch Spaß, Ihre Truppe zuzuschauen. Sie hat im Grunde keine Stars wie beispielsweise Platini bei den Franzosen. Wo sehen Sie das Geheimnis?

Piontek: Jeder unserer Spieler ist eine Persönlichkeit. Es ist bei meiner Auswahl schwerer, die Wasserträger zu finden. Was das Turnier betrifft: Ich habe beispielsweise noch keinen so starken Libero gesehen wie Morten Olsen und noch keinen so aggressiven Stürmer wie Preben Elkjaer-Larsen, und selbst Torwart Ole Qvist ist sicherlich in die Reihe der sogenannten EM-Stars einzureihen.

Frage: Ist Ihre Mannschaft mit diesen Leistungsträgern ein Anwärter auf die Europameisterschaft?

Piontek: Wir wollen schon auf dem Teppich bleiben, denn wir sind mit dem, was wir bislang erreicht haben, hoch zufrieden und können unbeschwert aufspielen. Doch so, wie die Spieler derzeit motiviert sind, kann ich für nichts mehr garantieren. Wir brauchen keinen Gegner zu fürchten. Der Gegner im Halbfinale ist mir deshalb völlig egal.

Frage: Was hat Sie 1979 zu der Übernahme des Trainerpostens beim dänischen Verband bewogen?

Piontek: Erst einmal wollte ich nach meinem Ausflug nach Haiti wieder arbeiten. Außerdem reizte mich die Aufgabe, weil die Spieler aus den verschiedensten Ländern zusammengeholt werden mußten. Die zum Teil unterschiedlichen Systeme und Auffassungen der Profis unter einen Hut zu bringen war eine interessante Aufgabe.

Frage: Sie sprechen zahlreiche Fremdsprachen. Wie haben Sie diese gelernt?

Piontek: Bei meiner Tätigkeit auf Haiti habe ich Französisch und Englisch gelernt. Dänisch und Spanisch kamen dann schnell hinzu. Ein Intensivkurs in Dänisch hat mir in Kopenhagen die Arbeit mit der Mannschaft erleichtert.

Frage: Würden Sie auch wieder einen Vertrag bei einem Bundesliga-Verein unterschreiben oder sogar Bundestrainer werden wollen?

Piontek: Das ist für mich kein Thema. Ich habe einen Vertrag in Dänemark bis 1988, und den möchte ich auch erfüllen.

Überschwänglich feierte Dänemarks Presse den 3:2-Sieg gegen Belgien. „Extra Bladet“, „Fußball-Dänemark“ lief nach dem begeisterten Sieg Amok. Die Piontek-Buben sind im Halbfinale und nun stürzen wir auch den Eifelsturm.

„BT“: „In einem unglaublichen Reißer kämpfen sich die dänischen Spieler zu dem kaum glaubhaften Resultat: Wir sind im Halbfinale.“

„Berlingske Tidende“: „Das Wunschfinale zwischen den besten Mannschaften, Frankreich und Dänemark, scheint nicht länger Utopie zu sein. Dänemarks Elf ist auf dem Weg zum Triumphbogen.“

Von Triumph könnte freilich in Belgien keine Rede sein.

„De Standaard“: „Das Ende vom Lied: Die roten Teufel fahren heim. Die roten Teufel gingen kämpfend unter.“



Symbol für Dänemarks Sturmrunn in die Spitzenklasse: Brylle-Larsen nach seinem Tor zum 3:2 gegen Belgien (Mitte Berggreen).

FOTO: AP

Nach dem Sieg sangen sie Lieder zur Gitarre

DIETER SCHULZE, Straßburg Die Experten hatten es ja schon vorher gewußt: Der heimliche Favorit der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich würde Dänemark sein. Die Experten behielten recht bis jetzt: Dänemarks Nationalmannschaft hat das Halbfinale erreicht. 3:2 gegen Belgien, den Zweiten der Europameisterschaft von 1980 – dieser Sieg und damit der Einzug ins Halbfinale ist der größte Erfolg der dänischen Fußball-Geschichte. Und die ist immerhin 100 Jahre alt.

„Jetzt sind wir Nationalhelden, und in der Heimat wird wieder Karneval sein“, sagt Sören Lerby, der Mittelfeldspieler in Diensten von Bayern München. Zum Feiern hat Dänemark (dort ist Fußball mit Abstand die populärste Sportart) wahrhaftig allen Grund. Gerade nach dem Spiel gegen Belgien.

20 führte Belgien schon. Keiner glaubte mehr ernsthaft an eine Wende. Doch die Mannschaft von Trainer Sepp Piontek zeichnete sich durch das aus, wofür sie in den Kritikern schon vorher in den höchsten Tönen gepriesen wurde: Einsatzwille, unkomplizierte und frischen Offensivfußball. Trotz Überlegenheit der Belgier schossen sie drei Tore. Die entscheidenden Treffer erzielten Frank Arnesen und Preben Elkjaer-Larsen. Beide spielen für belgische Vereine. Guy Thys, Trainer der belgischen Nationalmannschaft: „Meine Mannschaft hat sich selbst geköpft.“

Das Bild nach dem Schlußpfiff sprach für sich: Straßburg, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des Elsaß, erlebte Fußballfiel in Reinkultur. 10 000 Dänen zogen durch die Straßen, schmetteten ihre Triumphgesänge: „Og de er Dänemark, og de er Dänemark.“ (Es ist Dänemark, es ist Dänemark), oder auch: „Wir haben gewonnen, ja wir.“ Jeder, der sich nicht durch irgendein

rot-weißes Kleidungsstück auszeichnen konnte, bekam das zu hören.

Die Spieler selbst hatten sich ins Hotel zurückgezogen und sangen Volkslieder zur Gitarre. Auch einige angereiste Frauen stellten ihren Männern einen Besuch ab. Sören Lerby: „Um zwei Uhr war Zapfenstreich, keiner würde das Vertrauen brechen, das Sepp Piontek uns entgegenbringt.“

Jetzt haben sie eigentlich nur noch ein Ziel. „Wir wollen Europameister werden“, bringt Verbandsschreiber Erik Hyldstrup das auf die knappe Formel. Aber nicht nur das. „Nun werden wir hoffentlich endlich einmal gegen Deutschland spielen“, sagt er. Ein Sieg über Bundestrainer Jupp Derwall und seine Mannschaft – das also wäre des Triumphes schönstes Kapitel.

Doch auch für den Fall, daß sie das Finale nicht erreichen sollten: Wenn es in Zukunft „Prima, prima aus Dänemark“ heißt, sind nicht nur Butter, Eier und Käse gemeint, sondern auch Fußball. In erster Linie ebenfalls als erstklassiger Exportartikel.

280 dänische Fußballspieler gingen bisher ins Ausland. 14 Spieler aus dem Europameisterschaftskader verdienen ihr Geld überall in Europa, nur nicht in Dänemark. Aus einem derart zusammengewürfelten Haufen eine Mannschaft gemacht zu haben, das ist in erster Linie Verdienst von Trainer Sepp Piontek.

So ist Jesper Olsen plötzlich nicht mehr der abtrünnige Geselle, er wird liebevoll „die Ratte“ genannt, weil er 90 Minuten lang kämpft und sich in seinen Gegner förmlich verbeißt. So ist auch plötzlich der erst 19 Jahre alte Michael Laudrup nicht mehr das vaterlose Talent, nur weil er in Rom 270 000 Mark im Jahr verdient – er ist der „Maradona Dänemarks“. Ein kleines Land feiert...

Als Platini traf, starb Jugoslawiens Team-Arzt

MARTIN HÄGELE, St. Etienne „L'Equipe“, Frankreichs führendes Blatt, kannte nur eine Überschrift: „Platini, Platini, Platini“. Darunter flog der dreifache Torschütze und Supermann des französischen, italienischen und europäischen Fußballs wagerecht über die ganze Zeitungsseite. Das Foto zum 2:1 gegen Jugoslawien.

Platini selbst gönnte sich nur ein paar Spritzer aus diesem Jubel-Bad. Ganz kurz reichte er beide Arme in die Höhe, dann verließ er als erster Spieler die Arena von St. Etienne, die sein Arbeitsplatz gewesen war, bevor er vor zwei Jahren zu Juventus Turin wechselte. Nur ein paar Fotografen erwischten ihn in der Pose des Triumphtors.

Das war zumindest pietätvoll. Ein paar Minuten zuvor hatte man durch den gleichen Kabinengang den jugoslawischen Mannschaftsarzt Boris Milenovic (53) getragen. Milenovic war zusammengebrochen, als er einem Spieler helfen wollte.

Eine makabre Szene. Da lag ein Mann mit nacktem Oberkörper am Spielfeldrand, mit Mund-zu-Mund-Beatmung, Herzmassage und Sauerstoffmaske versuchten Helfer sein Leben zu retten. Und während der Totenkampf des Arztes begann, bejubelten 50 000 entzückte Franzosen die Torshow ihres Michel Platini. So dicht lagen Freude und Tod beieinander. Milenovic' Herz hörte noch in der Nacht im Krankenhaus von St. Etienne auf zu schlagen.

Bei den Jugoslawen überwogen erst die Sorge, später die Trauer um den Doktor, der seit zehn Jahren zur Nationalmannschaft gehörte hatte. Die Freude über die einzige gute Leistung bei diesem Turnier kam gar nicht erst richtig auf. „Wenn wir immer so aufgetreten wären, dann müßten wir jetzt nicht heimfliegen“, erklärte Assistenz-Trainer Ante Mladinic. Der

vertrat schon zum zweitenmal seinen Chef Todor Veselinovic. Veselinovic fühlte sich nicht wohl, erklärte Mladinic und verwies auf eine Herzattacke, die sein Chef nach der 0:5-Niederlage gegen Dänemark erlitten hatte.

„Entweder wird Veselinovic jetzt gefeuert, oder er nimmt freiwillig seinen Hut“, sagte ein jugoslawischer Sportjournalist. Das ist der Tenor unter den Meinungsmachern bei allen Fans in Jugoslawien. Die Journalisten des Landes setzten sich auf der Tribüne hin, schrieben erst einen Nachruf auf den Mannschaftsarzt und forderten anschließend den Kopf des Trainers. Ein grausames Geschäft.

Was aber wäre Frankreich ohne seinen neuen Asterix, der alle Gegner allein aufs Kreuz legt? Sieben Tore in drei Spielen – und da jammern wir noch, es gäbe keine Tore mehr.

Im zweiten Spielabschnitt, als der große Favorit dem unerwarteten und auch ungewohnten 0:1-Rückstand nachhelfen mußte, war Michel Platini fast nur noch an der Front zu finden, in der Position des Mittelstürmers. Das Kommando überließ der Regisseur seinen Mitspielern. Das spricht für den Instinkt dieses Ausnahme-spielers. Er fühlt, an welcher Stelle er gerade am nötigsten gebraucht wird.

„Wir können Michel nur danken sagen, was soll ich sonst über unseren Kapitän erzählen“, antwortete Jean Tigana auf die Frage nach der besonderen Rolle des Spielers und Torjägers. Für Didier Six ist Platini „der beste Fußball-Spieler der Welt“. Er sagt: „Michel hat in Italien sehr viel gelernt und spielt jetzt hundertprozentig für die Mannschaft und nicht nur für sich.“ Und den gegenwärtigen Unterschied zwischen dem noch amtierenden Europameister und seinem schon designierten Nachfolger bringt Six auf eine einfache Formel: „Wir haben einen Platini, Deutschland hat keinen Platini.“

Neuberger plant schon die EM 1988

sid, Paris João Havelange, brasilianischer Präsident des Fußball-Weltverbandes (FIFA), stellte seinem deutschen Vertreter schon die Frage: „Organisieren Sie auch die WM 1990 in Italien?“ Hermann Neuberger wäre zum fünften Mal hintereinander Turnier-Chef, doch er erbat sich Bedenkzeit, weil für ihn ein Großereignis auf deutschem Boden Priorität besitzt: die Endrunde der Europameisterschaften 1988, die noch im Herbst dieses Jahres durch das Exekutiv-Komitee der Europäischen Fußball-Union (UEFA) vergeben wird.

Schon zweimal erhielt der DFB einen abschlägigen Bescheid. Zuletzt gewannen die Franzosen das Rennen, weil ihnen der Staat 135 Millionen Mark zum Anbau neuer Stadien zur Verfügung stellte. Einziger ernsthafter Mitbewerber für 1988 dürfte England werden. „Doch diesmal sind wir einfach dran“, sagt Hermann Neuberger, der nur darauf wartet, einen bereits mit Akribie entworfenen Plan für eine „EM der kurzen Wege“ aus der Schublade zu holen.

Acht Städte hat der DFB ausgewählt. Eine Vorrundengruppe soll in Hamburg und Hannover ausgespielt werden, die andere in Düsseldorf, Köln und Gelsenkirchen. Die Halbfinalspiele sind für Frankfurt und Stuttgart vorgesehen. Das Endspiel soll wie bei der WM 1974 im Münchner Olympia-Stadion stattfinden. „Wir könnten leicht 15 Stadien nennen. Ausschlaggebend sind der Komfort und das Sitzplatzangebot“, erläutert Neuberger. Berlin hat der DFB-Präsident nicht auf seiner Liste.

In Frankreich werden immer mehr Fehler im organisatorischen Bereich aufgedeckt. Die Franzosen selbst wissen am besten, wie voreilig es war, zwölf von 15 Spielen als ausverkauft zu melden. Wieder einmal witterten Reisebüros und Schwarzhändler das große Geschäft, indem sie große Kontingente aufkauften. So bleiben zwar die Besucherzahlen erheblich besser als 1980 in Italien (im Schnitt 35 000 gegenüber 25 000), aber immer noch nicht optimal.

Ein offener Streit ist zwischen dem französischen Organisations-Komitee sowie Portugal und Belgien entbrannt. Die Portugiesen gaben drei Tage vor Turnierbeginn 25 000 Karten zurück, nachdem sie zuvor alle Fristen hatten streichen lassen. Dazu Hermann Neuberger: „Beim Spiel in Straßburg hätten wir leicht noch 15 000 Karten verkaufen können. Doch die Portugiesen reagierten überhaupt nicht. Deshalb finde ich es nur allzu gerecht, wenn sie nun die Karten bezahlen müssen.“

Noch unverständlicher taktierten die Belgier. Sie hielten 15 000 Karten für das Spiel gegen Frankreich in Nantes offensichtlich zurück. Erst als die Franzosen drohten, den entsprechenden Gegenwert in Rechnung zu stellen, rückten die Belgier von ihrer Position ab und gaben am letzten Samstag in Zeitungen von Nantes sogar Anzeigen auf, um die Karten an den Mann zu bringen. Das gelang auch noch, geblieben ist jedoch der Ärger. Jean-Claude Darmond, PR-Chef des französischen Verbandes: „Dieses Verhalten war ein Skandal.“

STATISTIK

Dänemark – Belgien 3:2 (1:2)
Dänemark: Qvist (34/38) – Morten Olsen (34/65) – Ole Rasmussen (32/49) ab 57. Larsen-Brylle (25/8), Nielsen (27/19), Busk (31/32) – Berggreen (26/17), Arnesen (27/33) ab 78. Sivebaek (22/22), Bertelsen (32/47), Lerby (26/40), Laudrup (20/16), Elkjaer-Larsen (26/40) – Belgien: Platt (30/44) – Clusters (27/6) – Grun (23/3), de Greef (26/5), de Wolf (26/11) – Vercauteren (27/38) ab 61. Voordeckers (24/17), Scifo (18/4), Vandereycken (26/29), Ceulemans (27/40), Claessen (21/28) ab 48. Coeck (28/46), Vandenberg (26/22) – Schiedsrichter: Adolf Prokop („DDR“) – Tore: 0:1 Ceulemans (27.), 0:2 Vercauteren (38.), 1:2 Arnesen (41), Foulelmeter, 2:2 Larsen-Brylle (58.), 3:2 Elkjaer-Larsen (84.). – Zuschauer: 45 000. – Gelbe Karten: de Greef, Vandereycken.

Frankreich – Jugoslawien 3:2 (0:1)
Frankreich: Bats (21/10) – Bossis (28/58) – Fernandez (24/15), Battiston (21/34) – Tigana (28/31), Giresse (31/31), Platini (28/51), Ferreri (21/7) ab 77. Bravro (28/51), Domergue (27/4) – Six (28/51), Rocheteau (26/38) ab 46. Tasseu (26/12) – Jugoslawien: Simovic (30/10) – Zajec (28/30) – Miljus (24/4), Radanovic (24/10), Nenad Stojkovic (28/22) – Gudeli (24/18), Dragan Stojkovic (19/8), Bazzarevic (24/10) ab 85. Katanec (21/8), Sestic (26/16) – Susic (29/24), Zlatko Vujovic (26/28) ab 80. Deveric (23/5) – Schiedsrichter: André Daina (Schweiz). – Tore: 0:1 Sestic (32.), 1:1 Platini (58.), 2:1 Platini (62.), 3:1 Platini (77.). 3:2 Dragan Stojkovic (82, Foulelmeter). – Zuschauer: 50 000.

Tabelle, Gruppe 1
Dänemark – Belgien 3:2
Frankreich – Jugoslawien 3:2
Dänemark – Jugoslawien 5:0
Frankreich – Belgien 5:0
Frankreich – Dänemark 1:0
Belgien – Jugoslawien 2:0

1. Frankreich 3 3 0 0 9:2 6:0
2. Dänemark 3 2 0 1 8:3 4:2
3. Belgien 3 1 0 2 4:8 2:4
4. Jugoslawien 3 0 0 3 2:10 0:6
Torschützenliste: Michel Platini führt klar mit sieben Treffern vor dem Dänen Frank Arnesen (3), seinem Landsmann Preben Elkjaer-Larsen und Rudi Völler (jeide 2).

Warum alle noch viel öfter auf Kaiser Franz Beckenbauer hören sollten

Von ULRICH DOST

Die Transferegeschäfte, ob schon abgeschlossen oder noch nicht, sind immer noch ein beliebtes Thema innerhalb der Nationalmannschaft. So wird Hans-Peter Briegel (23), der durch seinen Wechsel nach Verona auf seine alten Fußballtage noch einmal ans ganz große Geld kommt, als ausgesprochenes Glückskind bezeichnet. Bremens Torwart Dieter Burdenski (33) sagt über den Kaiserslauterer: „Für ihn sind das doch drei Lottogewinne auf einmal, wenn er nach Italien geht.“ Burdenski spielt damit auf die rund 500 000 Mark netto an, die der Abwehrspieler pro Jahr kassieren wird.

Burdenski Klub, der SV Werder Bremen, steht auch vor einem großen Transfer, wenn Rudi Völler (24) den Verein verläßt. Innerlich hatte sich der Mittelstürmer immer gegen eine solche Aktion gewehrt. Inzwischen aber sagt er: „Es könnte sein, daß es ein Fehler ist, wenn ich nicht gehe.“ Das sagt er, obwohl seine Verhandlungen mit dem FC Barcelona noch keinen Schritt vorangekommen sind.

Dieter Burdenski glaubt: „Rudi Völler wird es noch einmal bereuen, wenn er diesen Schritt nicht tut.“

Für diesen Fall ist Burdenski einmal in die Rolle des Wirtschaftsexperten geschlüpft und kam zu dem Schluß, daß die Millionen bei einem Völler-Transfer (es sind rund acht Millionen Mark im Gespräch) für Werder Bremen kein Glücksspiel sein müssen. „Das kann ein Teufelskreis werden. Der Klub muß Geld für einen neuen Spieler ausgeben. Ohne Völler rutscht Bremen jede Saison zwei Plätze tiefer, es kommen also weniger Zuschauer, der Klub muß dann pro Saison wahrscheinlich eine Million zusehen. Da ist das Geld schnell aufgebraucht.“ Mancher Klub wäre froh, wenn er diesen Teufelskreis einmal erleben dürfte.

„Wir sind froh“, sagte Hermann Neuberger (63), Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), „daß wir endlich auch einmal abends spielen dürfen. Die Hitze schlaucht unsere Spieler doch sehr.“ Karl-Helm Rummenigge (38) oder Karl-Helm Förster (25) etwa haben bei den

Nachmittagspielen gegen Rumänien und Portugal jeweils rund sechs Pfund an Gewicht verloren. Normal wären zwei bis drei Pfund. Doch die hohen Temperaturen bis zu 30 Grad holen auch dem letzten Schweißtropfen aus dem Körper. Bundestrainer Jupp Derwall (58)

wenn jemand Coca-Cola trinkt. Derwall: „Dann sage ich ihnen, sie sollen einmal ein Stück Fleisch über Nacht in ein Glas Cola legen. Das Stück Fleisch ist total verunzelt, es ist auf einen Bruchteil seines Umfangs zusammengeschrunpft.“ Derwalls Assistent Horst Köppel (36) hat zur

schlug Köppel, sonst einer der Gesprächigsten im Team, schwieg seitdem öfter: „Wenn ich den Mund aufmache, verspüre ich starke Schmerzen, denn der Nerv liegt völlig frei.“

Fußballexperten wollen sie sein, und auf ihre Art sind sie es bestimmt auch. Gerade der Verlauf dieser siebten Europameisterschaft in Frankreich hat wieder einmal gezeigt, wie sich selbst die Experten irren können, wenn es darum geht, Prognosen aufzustellen. Jupp Derwall lag vollkommen daneben, als er schon vor dem Turnier sagte, die Jugoslawen seien unglaublich stark und für ihn eine Art Geheimtip. Nicht ein Spiel konnten die Jugoslawen gewinnen, inzwischen haben sie schon die Heimreise angetreten.

Mittelstürmer Rudi Völler war sich absolut sicher, daß Belgien durch einen Sieg über Dänemark doch noch das Halbfinale erreicht. Auch Völler lag mit seiner Prognose daneben, denn es kam ja genau umgekehrt. Nur Franz Beckenbauer (40) lag bis



wird deshalb nicht müde, die Spieler darauf hinzuweisen, möglichst bis zu drei Liter Flüssigkeit am Tag zu sich zu nehmen. Derwall aber hat festgestellt: „Die meisten trinken zu wenig.“ Rot sieht der Bundestrainer,

Zeit Schwierigkeiten, etwas zu trinken oder zu essen. Er hat ein Stück eines Schneidezahns verloren – im Training bei einem Zweikampf mit dem Stuttgarter Buchwald, der ihm einen Ellenbogen auf den Mund

LEICHTATHLETIK / Deutsche Meisterschaften in Düsseldorf – wichtigster Test vor Los Angeles

Gaby Bussmann, ein Virus und die Psyche

An sich setzt das Blatt eher auf andere Themen: Backrezepte, Strickmoden oder Wesentliches über Estragon. Im April wurden die Leserinnen unpfählig mit Gaby Bussmann konfrontiert. Die schnellste 400-m-Läuferin der westlichen Welt schien auch für die Frauen-Zeitschriften ein Knüller zu sein: hübsch, schnell, arbeitet, ehelicht. Und als der Osten seinen Olympia-Boykott beschloß, avancierte die Weltmeisterin der 400-m-Läufe zum Top-Star. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) schrieb: „Nach dem Boykott-Beschluß schien die Psychologin-Studentin in Los Angeles so unschlagbar wie Ed Moses zu sein.“

Immer vorausgesetzt, Gaby Bussmann kann bei den Spielen überhaupt starten. Denn Gaby Bussmann ist krank, und deshalb wird sie bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften vom Freitag bis Sonntag in Düsseldorf ihren Titel nicht verteidigen. Sie wird allenfalls in der Staffe ihres Klubs LG Ahlen-Hamm laufen.

Vor einer Woche, beim Länderkampf in Hannover, stürzte sie ins Ziel und mußte von der Bahn getragen werden. Vierte in 53,14 Sekunden

Verdacht auf schwere Thrombose, eine Woche lang stationäre Behandlung. Das summiert sich, nicht nur auf fünf Wochen Trainingsausfall.

Der Essener Sportmediziner Professor Hartmut Kahl hat Gaby Bussmanns schmerzende Waden „ein immer häufiger zu beobachtendes Symptom für Überbelastung im Training“ genannt. Jochen Spilker wehrt sich gegen diesen Vorwurf: „Gaby hat auch in diesem Jahr vom Umfang her nicht mehr trainiert als im Vorjahr.“ Spilker sagt aber auch: „Viel leicht haben die Ärzte das Problem bagatellisiert.“ Vielleicht – so Spilker – trage Gaby Bussmann einen bisher unbekannten Virus in sich herum.

Denn über schmerzende Waden und unpfählichen Blackout klagen in den letzten Wochen eine ganze Reihe Athleten. Hindernis-Weltmeister Patriz Ilg zur Welt. „Mir ging es ähnlich. Gott sei Dank scheint ich seit 14 Tagen über den Berg zu sein.“ Der Freiburger Mediziner Dr. Georg Huber, Mannschaftsarzt der deutschen Radrennfahrer, beobachtet diese Symptome auch in seinem Verband. Huber erzählt in diesem Zusammenhang eine Geschichte, die einem der Haare zu Berge stehen lassen: „Kürzlich wurde ein 42-jähriger Kollege von mir auf die Intensivstation der Freiburger Uni-Klinik gebracht. Auch er hatte diese Symptome. Er konnte nicht mehr geteilt werden, er starb.“

Gaby Bussmann hat in den vergangenen Jahren vehement die tschechoslowakische 400-m-Weltrekordlerin Jarmila Kratochvílová attackiert. Sie unterstellte ihr die Einnahme verbotener Hormonmittel, die große Leistungssprünge verursacht hätten. Wer im Glashaus sitze, solle nicht mit Steinen werfen, wird nun nach ihrer Erkrankung hinter vorgehaltener Hand in der Branche hässlich gemunkelt. Zynische Verdächtigungen, die am Ziel vorbeischießen.

Etwas anderes hat hingegen Hand und Fuß. Sie selbst, so hat Gaby Bussmann gesagt, habe sich auch nach den Boykott-Beschlüssen nicht als Goldmedaillen-Kandidatin gefühlt. Und Jochen Spilker vermutete schließlich mit Recht, daß die Amerikaner „noch einiges aus dem Hut zaubern werden.“ KLAUS BLUMBE

Erwartet wird endlich eine Leistungsexplosion

K. Bl. Bonn

„Mit dem bisher Gezeigten kann man einfach nicht zufrieden sein. Ich erwarte am Wochenende eine gewisse Leistungsexplosion. Das muß möglich sein, denn die Athleten hatten genug Wettkämpfe und sie hatten auch eine gute Vorbereitung. Jetzt brauche ich Zeiten.“ Manfred Kinder, der Bundestrainer der erfolgreichsten deutschen 400-m-Spezialisten, sagte dies vor den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften von Freitag bis Sonntag in Düsseldorf. Kinder hat allen Grund zur Klage: Europarekordler Erwin Skamrah (44,50 Sekunden) und Hartmut Weber haben bisher nichts zustande gebracht, was ihrem wirklichen Können entspricht. In der aktuellen Weltbestenliste ihrer Disziplin rangiert Skamrah derzeit nur auf Platz 30!

Aber nicht nur bei den 400-m-Läufers ist Gefahr im Verzug. Ferner unterliegen in der Hitze von München (Manfred Kinder). In der Hitze von München brach Erwin Skamrah den 400-m-Europarekord des Sowjetrussen Viktor Markin. Der Hochspringer Dietmar Möggenburg hat schon Pfingsten in Eberstadt angekündigt, in Düsseldorf einen erneuten Höhenflug zu unternehmen. Der Kölner sprach ungeniert von 2,40 m, der neuen Weltrekordhöhe. Kugelstoßerin Claudia Losch warf am Dienstagabend in München zwecks Formüberprüfung den Diskus beinahe 61 Meter weit. Die Goldmedaillen-Kandidatin für Los Angeles („Das bin ich nicht, ich bin nur eine ernst zu nehmende Medaillenfavoritin.“) will nun in ihrer Spezialdisziplin auch wieder einiges zulegen. In der Kühle von Hannover wucherte sie die Kugel immerhin schon auf beachtliche 20,55 m.

Andere haben andere Sorgen. Zum Beispiel Patriz Ilg, der Weltmeister über 3000-m-Hindernis. Nach einer Virus-Erkrankung hat der emsige Schwabe in den letzten zwei Wochen wieder fleißig trainiert. Er sagt: „Nach dem Rennen in Düsseldorf werde ich sehen, wie es weitergeht.“ Ilg spricht derzeit nicht vom möglichen Sieg, erst recht nicht von einer Medaillenchance in Los Angeles.

Nachholbedarf haben viele. Ob sie nun durch das Wetter, die eigene Termingestaltung oder durch Krankheit nicht zum Zug gekommen sind. Bei den Männern haben in diesem Jahr ohnehin nur drei deutsche Athleten internationale erste Plätze erzielt: Zehnkämpfer Jürgen Hingsen bei seinem Weltrekord von 8798 Punkten und die beiden Hochspringer Thrinhardt und Möggenburg mit der Einstellung des Europarekordes von 2,36 m. Und das ist – Statistiken hin, Statistiken her – zu wenig in einem Olympiasommer.

Bremen. Wohl auch deshalb sagt Horst Blattgerste, der Leistungs-sportreferent des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV): „Wir könnten schon heute 85 Prozent der Mannschaft auf Anhieb und ohne Zweifel nominieren.“

Auf Leistungsexplosionen wird aber dennoch gehofft. Zum Beispiel so: „Wenn das Wetter mitspielt, auf etwas Ähnliches wie im letzten Sommer in der Hitze von München (Manfred Kinder). In der Hitze von München brach Erwin Skamrah den 400-m-Europarekord des Sowjetrussen Viktor Markin. Der Hochspringer Dietmar Möggenburg hat schon Pfingsten in Eberstadt angekündigt, in Düsseldorf einen erneuten Höhenflug zu unternehmen. Der Kölner sprach ungeniert von 2,40 m, der neuen Weltrekordhöhe. Kugelstoßerin Claudia Losch warf am Dienstagabend in München zwecks Formüberprüfung den Diskus beinahe 61 Meter weit. Die Goldmedaillen-Kandidatin für Los Angeles („Das bin ich nicht, ich bin nur eine ernst zu nehmende Medaillenfavoritin.“) will nun in ihrer Spezialdisziplin auch wieder einiges zulegen. In der Kühle von Hannover wucherte sie die Kugel immerhin schon auf beachtliche 20,55 m.

Andere haben andere Sorgen. Zum Beispiel Patriz Ilg, der Weltmeister über 3000-m-Hindernis. Nach einer Virus-Erkrankung hat der emsige Schwabe in den letzten zwei Wochen wieder fleißig trainiert. Er sagt: „Nach dem Rennen in Düsseldorf werde ich sehen, wie es weitergeht.“ Ilg spricht derzeit nicht vom möglichen Sieg, erst recht nicht von einer Medaillenchance in Los Angeles.

Nachholbedarf haben viele. Ob sie nun durch das Wetter, die eigene Termingestaltung oder durch Krankheit nicht zum Zug gekommen sind. Bei den Männern haben in diesem Jahr ohnehin nur drei deutsche Athleten internationale erste Plätze erzielt: Zehnkämpfer Jürgen Hingsen bei seinem Weltrekord von 8798 Punkten und die beiden Hochspringer Thrinhardt und Möggenburg mit der Einstellung des Europarekordes von 2,36 m. Und das ist – Statistiken hin, Statistiken her – zu wenig in einem Olympiasommer.

Ein engagierter Einzelkämpfer: Joachim Bublath

Im bunten Federkleid

Er war der erste, der 1973 im deutschen Fernsehen die „Liquid crystals“, die heute aus Anzeigeneinheiten nicht mehr wegzudenkenden Flüssigkristalle, einem staunenden Auditorium präsentierte. Honorarige Fachpublikationen hatte er damit wieder mal den Rang abgelaufen. „Da habe ich plötzlich gemerkt, wie schlecht die allgemeine Literaturrecherche unserer Wissenschaftler ist“, stellt Joachim Bublath fest, „vor allem, wenn es fächerübergreifend wird.“

Der 40-jährige promovierte Festkörperphysiker zeichnet beim ZDF als Abteilungsleiter für die Wissenschaftsberichterstattung verantwortlich. Der engagierte „Einzelkämpfer“ auf seinem Gebiet tut das mit Leib und Seele. Mit Akribie werden die Themen bis auf i-Tüpfelchen ausgelotet. Die Technik drumherum ist ihm nicht fremd: er ist damit groß geworden. Auch heute noch nimmt er die Kamera oft selbst in Hand.

Der gebürtige Ostpreuße, der 1956 nach Frankfurt kam, gelangte im Verlauf seiner ersten Studienjahre über den Studentenbündelkontakt zum Fernsehen: Statistiken waren gefragt. In den Ferien sprang er als Kameraassistent beim Hessischen Rundfunk ein. In Syrien, der Türkei und in Saudi-Arabien entstanden unter teilweise halsbrecherischen Umständen Beiträge, die im „Auslandsjournal“ zu sehen waren.

Schon zu Zeiten seines Vordiploms fungierte er als mathematischer Berater bei wissenschaftlichen Serien. Adressat waren die Berufsschulen. In dieser Phase kam ihm 1971 das Angebot des HR gelegen, die Lücke „Universitätsfernsehen“ zu füllen. Der Beginn war mehr als abenteuerlich. „Wenn ich der Requisite sagte, daß ich für ein Experiment einen Tra-

fo brauche, Verhältnis 1:2, haben die mich angeschaut, als ob ich von einem anderen Stern komme.“

Er gibt gern zu, daß er von den Regisseuren eine Menge gelernt hat, die Unterhaltungssendungen à la Kienbaum den richtigen Schliff geben. „Ich mußte mir praktisch ein buntes Federkleid anlegen, die Leute motivieren und vor allem weg vom Oberlehrerhaften kommen. Ich wollte vermeiden, daß gesagt wird: Ah, der mit den wirren Haaren und den Zwickelungen – das muß Wissenschaft sein.“

Der Erfolg seiner mehr als engagierten Präsentation ließ nicht lange auf sich warten. „Plötzlich gab es hier

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr

Leute, die sich schon immer für Wissenschaft interessiert hatten.“ Nach seinen Sendungen forderten die aufgeschlossenen Zuschauer allein in Hessen über 25 000 mal Vorabmaterial zur nächsten Sendung an. Die erwartete Resonanz hatte die Verantwortlichen regelrecht erschlagen. Das Ende vom Lied: Die Portokosten überstiegen den Sendeetat, die Serviceleistung wurde eingestellt.

Dann kam sein Auftritt im „Physikzirkus“, der Weitergabe von aktueller Basisphysik. Naturwissenschaftliche Fragen prinzipieller Art enthielt die bunte Mixtur. Nicht telekollektiv mit einer Schultafel im Hintergrund, weit gefeilt, Zauberer vom Flötenmarkt und Reduktion auf aussagekräftige Trickfilm-Gags veranschaulichten die sonst so knallharten unverdaulichen Themen. 39 Folgen à 15 Minuten gehören in Ländern der dritten Welt mittlerweile zur technologischen Entwicklungshilfe.



Lotet seine Themen bis aufs i-Tüpfelchen aus: Joachim Bublath. Foto: ZDF

Als er 1982 nach vollzogenem Wechsel von Frankfurt nach Mainz beim ZDF seine erste Sendung über Strömungsverhalten machte, stürmten die deutschen Fachinstitute auf ihn ein. „Wir haben zwar in den USA und Japan gedreht, die eigentliche Entwicklung aber kam aus Karlsruhe. Das wußten die einfach nicht.“ erinnert sich Joachim Bublath. „Ich bin immer noch von den Socken und kann nur immer wieder zynisch sagen: Wenn wir vom Fernsehen versagen, Dinge neu zu kombinieren und zu präsentieren – gerade was Basisinnovationen angeht – erstamte mich jemand, was wir an großen Unbekannten in unseren schnellen Recherchen finden.“

Sein Wunschtraum einer optimalen Sendekonzeption: „Weil ja ohnehin Recherchen durchgeführt werden, sollte man nach der motivierenden, im Reportage-Stil gehaltenen Vorinformation am frühen Abend, zu später Stunde eine Zuschauer-Nachfrageaktion anrollen lassen.“ DIETER THIERRACH

STANDPUNKT

war sie geworden – indiskutabel. Jochen Spilker, Trainer und Lebensgefährtin der deutschen Rekordläuferin: „Sie lief die ersten 200 m in 25 Sekunden durch, die 300 m in 35,1. Für Gaby eher eine ruhige Angelegenheit. Doch nach 310 m war alles aus, da kam sie fast nicht mehr weiter. Das Eigenartige: Im Ziel war sie noch nicht einmal überäuert. Merkwürdig auch, daß diese Erschöpfungszustände ohne Vorwarnung und von einem Schritt auf den anderen eintreten.“

Was für Spilker unerklärlich ist und was die Ärzte versuchen exakt zu diagnostizieren, hatte vielleicht seinen Ursprung im Winter. Damals, beim Training in Neuseeland, stellten sich heftige Schmerzen in der Wade ein. Ende März, beim Trainingslehrgang auf Gran Canaria, litt sie erneut unter diesen Beschwerden. Ende April wurde sie sogar in ein Essener Krankenhaus als Notfall eingeliefert.

LEICHTATHLETIK

Lewis dicht am Rekord

sid, Los Angeles

Ein weiterer Sprung von Carl Lewis brachte es rechtzeitig vor Beginn der Olympischen Spiele am Freitag: Die Weitsprunganlage im Coliseum von Los Angeles muß noch verändert werden. Als der Star der amerikanischen Leichtathleten am vierten Tag der Olympia-Auscheidung nach seinem ersten Weitsprung bei 8,71 Metern landete, trennten ihn nur wenige Zentimeter von der hinteren Grubenbegrenzung und vom Weltrekord seines Landsmannes Bob Beamon (8,90 m). Und wenn die seit 1968 gültige Bestmarke im Sommer an gleicher Stelle fallen soll, muß zumindest der Absprungbalken nach vorn verlegt werden.

Der 22 Jahre alte Favorit auf die Goldmedaille verzichtete nach seiner Weltjahresbestleistung auf die restlichen Versuche. Ausruhen um Großes zu leisten, konnte aber nicht der Grund sein. Das hatte Lewis schon zu Beginn des Wettkampfes vollbracht, als er die 200 Meter in 19,84 Sekunden heruntersprintete. Den Weltrekord (19,72) verpasste er dabei nur um 12 Hundertstelsekunden. Beobachter erzählen sogar, er habe ihn verspielt, weil er „nur die Kurve voll durchgelaufen“ sei.

Neben Carl Lewis konnte bei den Qualifikationen ein zweites Talent glänzen: Earl Johns. Der 19 Jahre alte Läufer aus Inkster im US-Bundesstaat Michigan gewann über 800 Meter mit neuem Landesrekord (1:43,74) vor dem zeitgleichen Johnny Gray.

Bei den Frauen schob sich Chandra Cheeseborough ebenfalls mit neuem Landesrekord über 400 Meter ins Rampenlicht. In 49,28 Sekunden löste sie Gaby Bussmann (Hamm) als schnellste Frau der westlichen Welt ab und gilt nach dem Boykott des Ostblocks als Olympia-Favoritin.

SPORT-NACHRICHTEN

Abstieg für Göppingen

Göppingen (dpa) – Der deutsche Handball-Rekordmeister Frisch Auf Göppingen ist zum Zwangsabstieg in die zweite Bundesliga und zu einer Geldstrafe von 50 000 Mark verurteilt worden. Göppingen hatte im Falle des polnischen Spielers Jerzy Klampel gegen die Amateurstatuten verstoßen. Den Platz von Göppingen nimmt der TBV Lemgo ein.

Freiburg gibt auf

Freiburg (dpa) – Der ERC Freiburg gab seinen Rückzug aus der Eishockey-Bundesliga bekannt. Der Verein nennt wirtschaftliche Gründe für diesen Entschluß. In der Landesliga will er neu beginnen. Der Duisburger SC soll jetzt in die Bundesliga nachrücken.

Anett Poetzsch heiratet

Berlin (dpa) – Die Eiskunstlauf-Olympiasiegerin der „DDR“ von 1980, Anett Poetzsch, und von Sanjoe von 1984, Katarina Witt, sind jetzt verheiratet. Anett Poetzsch heiratete den Bruder von Katarina Witt, einen ehemaligen Fußballspieler.

Olympia-Einbußen?

Los Angeles (dpa) – Das Organisationskomitee der Olympischen Spiele von Los Angeles (LAOOC) wird mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC eine Reduzierung der Übertragungssumme von 225 Millionen Dollar diskutieren. Beim Ausbleiben bedeutender Teilnehmer wird die ABC ein Rabatt zu LAOOC-Ständeheld Ueberroth befristet nur für die Organisatoren rufen Zahlen.

Mit sechs Trainern

Kiel (sid) – Sechs Trainer werden die 13 deutschen Segler bei den olympischen Regatten vor Long Beach betreuen. Neben Bundestrainer Klaus

SPRINGREITEN

Profi Huck wieder vorne

sid/dpa, Aachen

Der Profi Karsten Huck (Neumünster) stahl den deutschen Olympiakandidaten am ersten Tag des 48. Internationalen CIO-Reitturniers in Aachen die Schau. Der deutsche Meister beeindruckte in der Qualifikation zum Springchampionat von Deutschland mit einem fehlerfreien Ritt auf dem zehnjährigen Hengst Calando in 71,40 Sekunden und dem zweiten Platz hinter dem Engländer John Whitaker mit Saint Mungo (71,95). Mit Franke Sloothaak (Damm), Ulrich Meyer zu Bexten (Berford) und Michael Rüping (Iteho) konnten sich gleich drei Olympiakandidaten nicht für das Springchampionat qualifizieren. Sie hatten zwei und mehr Springfehler oder die Mindestzeit überschritten.

Weltmeister Norbert Koof stieß dagegen das Tor zu Olympia wieder einen Spalt auf. Auf seinem Westfalen-Fire belegte der Willicher mit null Fehlern den sechsten Rang und knüpfte damit an seine alten Glanzzeiten wieder an. Für Michael Rüping, der im Weltcup-Finale als einziger Deutscher verstartet war und Platz vier belegt hatte, dürften sich die Hoffnungen auf die Olympischen Spiele dagegen immer mehr zerschlagen. Er hatte bereits in Balve bei der Deutschen Meisterschaft die erste Sichtung nicht bestanden. In Aachen konnte der Arzt vor 8000 Zuschauern seine Ambitionen für Los Angeles nicht rechtfertigen.

Trotz eines Springfehlers hat sich der zweifache Europameister Paul Schockemöhle mit Deister für das Championat qualifiziert. Bundestrainer Hermann Schridde erklärte zu dem schwachen Abschneiden seiner Schützlinge: „Es ist bedauerlich, aber leider nicht zu ändern. Doch abgerechnet wird erst am letzten Tag.“

Noah nicht in Wimbledon

London (sid) – Der an Nummer sieben gesetzte Franzose Yannick Noah wird nicht am Turnier in Wimbledon (25. Juni bis 8. Juli) teilnehmen. Er leidet an einer Leistenzerrung.

Schwimmen: Weltrekord

Toronto (sid) – Victor Davis schwamm bei der kanadischen Olympia-Auscheidung in 2:14,58 Minuten Weltrekord über 200 Meter Brust. Der 20 Jahre alte Kanadier verbesserte in Toronto die von ihm gehaltene Bestleistung um 12 Hundertstelsekunden.

ZAHLEN

TENNIS

Damensturnier in Eastbourne (175 000 Dollar), zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Brown (England) 6:2, 6:2. Navratilova – White (beide USA) 6:2, 6:2. Lloyd-Evart (USA) – Comer (England) 6:1, 6:4.

SPRINGREITEN

Profi Huck wieder vorne

sid/dpa, Aachen

Der Profi Karsten Huck (Neumünster) stahl den deutschen Olympiakandidaten am ersten Tag des 48. Internationalen CIO-Reitturniers in Aachen die Schau. Der deutsche Meister beeindruckte in der Qualifikation zum Springchampionat von Deutschland mit einem fehlerfreien Ritt auf dem zehnjährigen Hengst Calando in 71,40 Sekunden und dem zweiten Platz hinter dem Engländer John Whitaker mit Saint Mungo (71,95). Mit Franke Sloothaak (Damm), Ulrich Meyer zu Bexten (Berford) und Michael Rüping (Iteho) konnten sich gleich drei Olympiakandidaten nicht für das Springchampionat qualifizieren. Sie hatten zwei und mehr Springfehler oder die Mindestzeit überschritten.

Weltmeister Norbert Koof stieß dagegen das Tor zu Olympia wieder einen Spalt auf. Auf seinem Westfalen-Fire belegte der Willicher mit null Fehlern den sechsten Rang und knüpfte damit an seine alten Glanzzeiten wieder an. Für Michael Rüping, der im Weltcup-Finale als einziger Deutscher verstartet war und Platz vier belegt hatte, dürften sich die Hoffnungen auf die Olympischen Spiele dagegen immer mehr zerschlagen. Er hatte bereits in Balve bei der Deutschen Meisterschaft die erste Sichtung nicht bestanden. In Aachen konnte der Arzt vor 8000 Zuschauern seine Ambitionen für Los Angeles nicht rechtfertigen.

Trotz eines Springfehlers hat sich der zweifache Europameister Paul Schockemöhle mit Deister für das Championat qualifiziert. Bundestrainer Hermann Schridde erklärte zu dem schwachen Abschneiden seiner Schützlinge: „Es ist bedauerlich, aber leider nicht zu ändern. Doch abgerechnet wird erst am letzten Tag.“

Noah nicht in Wimbledon

London (sid) – Der an Nummer sieben gesetzte Franzose Yannick Noah wird nicht am Turnier in Wimbledon (25. Juni bis 8. Juli) teilnehmen. Er leidet an einer Leistenzerrung.

Schwimmen: Weltrekord

Toronto (sid) – Victor Davis schwamm bei der kanadischen Olympia-Auscheidung in 2:14,58 Minuten Weltrekord über 200 Meter Brust. Der 20 Jahre alte Kanadier verbesserte in Toronto die von ihm gehaltene Bestleistung um 12 Hundertstelsekunden.

ZAHLEN

TENNIS

Damensturnier in Eastbourne (175 000 Dollar), zweite Runde: Kohde (Deutschland) – Brown (England) 6:2, 6:2. Navratilova – White (beide USA) 6:2, 6:2. Lloyd-Evart (USA) – Comer (England) 6:1, 6:4.

Zwischen Beruf und Familie

Die Zeit, da in der Sowjetunion die Kunst lediglich Markt der Politik war, ist lange vorbei. Nicht, daß man deshalb von freien Verhältnissen reden könnte, die alles zu gestalten erlauben. Aber es gibt zunehmend Beispiele, die ohne sozialistisch-realistische Schönfärberei Wirklichkeitsausschnitte aus der Sowjetunion schommolos bloßlegen.

Der georgische Film Kinige Interviews zu persönlichen Fragen (ZDF) von 1978 gehört dazu. Ihm gelang es überzeugend, gesellschaftliche Realität der Sowjetunion von heute in ästhetische Wahrheit umzusetzen. Kern der Handlung: Die Ehekrise einer Journalistin, die ihren Grund nicht zuletzt im radikalen Entnehmen ihres Berufs hat. Sie macht Interviews mit Frauen aller Altersgruppen, hakt jedoch das jeweils erfahrene Schicksal nicht ab, sondern versucht, den Befragten zu helfen: Sofika wird zur Institution, an die man sich wendet.

Doch indem sie gibt, verliert sie auch: Zeit für den Mann, die Familie.

KRITIK

Ein klassischer Fall: Keiner an dieser Ehekrise ist letztlich schuld, und dennoch gibt es keine Lösung. Was den Film darüber hinaus bemerkenswert macht, ist das Einblenden unbewältigter Vergangenheit: das Schicksal der Mutter der Journalistin, die als kleines Mädchen mit ansehen muß, wie ihre Mutter verhaftet wird und nach vielen Jahren deren Rückkehr aus Sibirien erlebt. Ein ästhetisches Ensemble von Rückblenden, langen Einstellungen und harten Schnitten machen diesen Film, der in seinen besten Passagen das Niveau Tarkowskischer Cinematographie erreicht, zu einem Ereignis.

ULRICH SCHACHT

Kein Glück mit Kursbüchern

Ein Angestellter einer Computerfirma, der mit Frau und Sohn hoffnungslos dem sozialen Aufstieg ins neue Eigenheim entgegensteuert, erfährt vom Bankrott der Vertragsfirma und bewirbt sich, um das Heim zu retten, als Kandidat zur Teilnahme an einem Fernsehquiz, in dem ein

menschlicher Spezialist gegen einen Roboter namens „Alleswisser“ antreten hat. Des Kandidaten Fachgebiet: die Kursbücher europäischer Bahnhöfe. Er besteht den Test brav, vorurteilt, sieht sich schon als toller Gewinner und im Vorfeld des Bildschirm-Showdowns als nageheuerlicher Held seiner Kleinstadt. Doch als es schließlich um die Wurst geht, bleibt der Mund ihm versiegt.

Das war eine hübsche, flott erzählte Geschichte um diesen Alleswisser (ZDF), eine Idee des Schauspielers Til Erwig, der gleich noch die Rolle des kursbücherverrückten Blohmman übernahm und in Regisseur Sepp Strubel genau den Richtigen fand: so also kann deutsche Unterhaltung auch sein, einfach erzählt, mit feinen beobachteten Randereignissen.

Stimmt schon: An Menges „Millionenspiel“ reicht so was nicht heran, aber das will es wohl auch gar nicht. Das Ganze hätte eher die unauffälligen Züge einer sanften Satire, vor allem auf die Lokalmatadore in Rathaus und Betriebsrat und all die kleinen Opportunisten im Schatten des vermeintlichen Stars.

ALEXANDER SCHMITZ



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus 10.00 heute 10.05 Fußball-Europameisterschaft Deutschland – Spanien	11.35 Portugal – Rumänien 12.35 Unesco 12.55 Presseschau 13.00 heute
13.25 Sabalen Amerikanischer Spielfilm (1964) Mit Audrey Hepburn, Humphrey Bogart, William Holden u. a. Regie: Billy Wilder	13.25 Robert Schumann und Düsseldorf Konzert des Städtischen Musikvereins aus der Tonhalle Leitung: Bernhard Klee
15.15 Tageschau 15.25 Heute im Lande ... 16.10 Wie Kader – einer großen Familie Zusammen sind wir groß	14.35 Grenzstation: Dudenstadt Deutsche Rundfunk-Südwest 15.05 Heute, heute Sie mich 15.05 ... und dann kam die Bagger
17.05 Leben aus der Gasse 17.35 Abendbesprechung zu Frontalcharakter 17.50 Tageschau Dazu: Regionalprogramme	14.35 heute 14.40 Es sollte ja nur ein Spott sein ... 14.50 Heute – Hotel Sacher ... Portieri Der Installateur
20.00 heute 20.05 Die Fernsehklassiker Die Loge der deutschen Bauern nach den Brüsseler Beschlüssen Gesprächsleitung: Rudolf Mühlent	19.00 heute 19.15 Das letzte Abendmahl 19.25 Der große Preis Heiteres Spiel mit Wim Thoelke 20.50 Die große Hilfe Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Musikladen 21.45 heute Vorgestellt werden der 42-jährige Henry Hurn-Crews, der vor kurzem ein Heranhaus erlitt, in dem sich viele der 80 Zimmer noch in einem Zustand wie zu Königin Viktorias Zeiten befanden, sowie Fred Dibnah, der in seiner Freizeit an alten Dampfmaschinen bastelt.	21.00 Aus Forschung und Technik Überleben durch Gift? Mit Joachim Bublath 21.45 heute-Journal 22.05 Wie würden Sie entscheiden? Rechtsfälle im Urteil des Bürgers Künstler im Gespräch Joachim Koller hat den Kammer-sänger Hermann Frey und seine Frau Barbara eingeladen, um mit ihnen über künstlerische und private Themen zu plaudern.
22.30 Tageschau 23.00 heute Tod auf dem Rastplatz 0.05 Tageschau	23.50 Thiller Das schwarze Haus 0.05 heute



Auch eine Art, April zu essen: Hier versuchte es Erika Ott und Fritz Meier (Halle, Hotel Sacher ... Portieri – ZDF, 18.15 Uhr)

FOTO: KINDERMANN

Danner – ein Rennfahrer probt Selbstbewußtsein

sid, Bonn

Ein Mann probt Selbstbewußtsein: „Was Stefan Bellof kann, kann ich auch“, sagt der 26 Jahre alte Christian Danner. Noch fährt der Münchner in der Formel 2, will beim siebten Lauf zur Europameisterschaft am kommenden Sonntag in Hockenheim seinen dritten Rang in der Gesamtwertung verteidigen. Doch noch für dieses Jahr plant Danner seinen ersten Einsatz in der Formel 1. Nicht zuletzt, um sich auf höchstem Niveau mit seinem gleichaltrigen Rivalen Stefan Bellof zu messen.

Das Parkett für dieses Duell soll der neue Nürburgring sein, wo am 7.

Oktober der Große Preis von Europa ausgetragen wird. Ein Sponsor zur Finanzierung des Einsatzes steht bereit. Am Wochenende soll der Vertrag in Hockenheim abgeschlossen werden. „Mein Problem ist dann, ein konkurrenzfähiges Auto zu finden“, sagt Danner.

Tatsächlich: Mitten in der Saison wird dieses Vorhaben nicht einfach sein, alle Cockpits sind besetzt. Selbst anerkannte Routiniers wie der Ire John Watson sitzen auf der Straße. Eine Möglichkeit wäre der Spirit-Hart, doch der Wagen gilt als unzuverlässig, außerdem trotz eines Turbomotors als nicht besonders lei-

stungsstark. „Ich will mich schließlich nicht blamieren“, sagt Danner.

Dennoch, der Aufstieg des Münchners ist seit langem fällig. Seit 1978 führt der Professorensohn Rennen, begann im Renault-5-Pokal, trat 1980 mit einem BMW M 1 in der Rennsport-Trophäe an und war ab 1981 für drei Jahre Werksfahrer im March-Team, das von BMW unterstützt wird. Danner galt bald als ausgezeichnete Technikler und wurde immer dann zu Testfahrten herangezogen, wenn zu Saisonbeginn die neuen Wagen ihren letzten Schliff erhalten sollten. Dieser Ruf verhalf ihm zu Beginn des Jahres, erstmals

ohne BMW-Unterstützung, zu einem Platz im Team BS-Automotive, wo er ebenfalls einen March fährt.

In der Formel 2 der letzten zwei Jahre konnte er sich einige Male im direkten Duell auch vor Bellof platzieren. Beim vierten Lauf zur Endurance-Weltmeisterschaft auf dem Nürburgring (1000-km-Rennen) wird Bellof im Werks-Porsche 956 starten, während Danner einen privaten 956 eines englischen Teams fährt. „Natürlich bleibt die Formel 1 mein Hauptziel“, sagt Danner, „aber ich will mir mit Langstreckenrennen zumindest etwas wie ein zweites Bein schaffen.“

Eriwan, Teil zwei

D.W.: Ein Antennenmast macht dem Südwestfunk Kummer. Er steht in Dudelange und strahlt das Programm von RTLplus aus. Allerdings steht er erst seit kurzem wieder, weil ihn ein Dünstjäger gerammt und abgeknickt hatte. Nachdem die Luxemburger ihn wieder benutzen können, meldete der SWF mitteilend, daß dieser Mast nun höher sei und störe. RTL kontierte, der Mast sei nicht höher, sondern niedriger, und fügte die Sottise an: „Nicht auf die Höhe des Sendemastes kommt es beim Programmserfolg an, sondern auf den Inhalt des ausgestrahlten Programms“ (s. WELT v. 14. 6.: „Grüß aus Eriwan“).

Das mochte der SWF nicht auf sich sitzen lassen. Er replizierte mit dem Hinweis, „das Bundespostministerium hat dem Technischen Direktor des SWF eindeutig bestätigt, daß RTL seine Antenne höher angebracht hat als vor der Reparatur“. Dem es käme nicht darauf an, „wie hoch der Mast ist, sondern in welcher Höhe die abstrahlende Antenne angebracht ist. Okay?“

RTL fand das aber nicht okay. Es verweist darauf, daß die Bundespost nur gesagt habe, RTL betreibe den Sender „mit einer zu großen Antennenhöhe“. Also: Es lebe der kleine Unterschied. Und da der SWF die Post zitiert, RTL strahle mit 50 kW ab, sagen die Luxemburger: Das war beim Probetrieb, jetzt sind es, ätsch, sogar 100 kW.

Der SWF, geleitet und vorsichtig nach den ungenauen Formulierungen der ersten Meldung, die das ganze Heckmeck auslöste, mag sich um solche Details nicht mehr streiten. Ihm geht es darum, daß der Empfang seiner Kunden beeinträchtigt wird – und er verkneipelt sich nicht den Hinweis, daß diese Kunden sowieso RTLplus nicht empfangen könnten. Es käme nur auf die Technik, nicht auf den Inhalt an. Außerdem habe die Bundespost gesagt: „Eine Nachkoordination ist aus diesem Grunde erforderlich“.

Bleibt dem amüsierten Zuschauer nur die Frage: Wäre das nicht mit einer Vorkoordinierung zu vermeiden gewesen?

Berliner Gemäldegalerie zeigt Meisterwerke „Von Frans Hals bis Vermeer“

Holländer mit Hintersinn

Die Idee kam aus Philadelphia, und von dort hat die wunderbare Ausstellung „Von Frans Hals bis Vermeer“ auch ihre Reise angetreten. In Europa wird sie nach Berlin nur in London's Royal Academy zu sehen sein. Aus 31 Museen zwischen Seattle und Budapest kommen mehr als 100 Meisterwerke holländischer Genremalerei sowie aus 22 splendiden Privatsammlungen, darunter der Kollektion der Queen, die allerdings eine Reihe ihrer Kostbarkeiten nur für die britische Station der Schau reserviert hat.

Berlin ist in besonderem Maße der geeignete Ort für diese Ausstellung. Die Gemäldegalerie Preussischer Kulturbesitz verfügt gerade auf dem Gebiet, das hier mit allerhöchstem Anspruch versammelt wird, über eine überaus reiche Sammlung. Das Haus Oranien und die preussischen Könige legten durch Aufträge und Erwerbungen den Grundstock. Unter Wilhelm von Bode erfüllt die Kunstgattung „Genremalerei“ geradezu demonstrative Wertschätzung.

Der Begriff ist bis heute so genau noch gar nicht umrissen: Nicht Stilleben, nicht Historie, nicht Landschaft, aber auch kein Portrait, beschreibt die Genremalerei „Szenen aus dem Alltagsleben“. Die Werke zweier Generationen holländischer Maler des 17. Jahrhunderts – entstanden in einer Zeit wirtschaftlicher und kultureller Blüte des Landes nach dem Waffenstillstand mit Spanien – geben unerschöpfliche Einblicke in das Leben der Handwerker, das Treiben der einfachen Leute, die Gesellschaft des feinen Bürgertums. Verschiedene malerische Zentren bildeten sich, oft dicht nebeneinander, heraus, und viele Künstler spezialisierten sich bei ihrer Arbeit auf bestimmte Motive.

Es liegt nahe, die Malerei, die so vielfältige Bilder der Wirklichkeit, oft mit großer Naturtreue und begeisternder Vitalität, vermittelt, unter „photographischem“ Aspekt zu betrachten. Tatsächlich bedienen sich viele Maler technischer Hilfsmittel, um die Perfektion der Beschreibung noch zu vervollkommen. Und wirklich: manchmal wenden sich die Gestalten auf diesen Bildern dem Maler/Betrachter so aufmerksam, so direkt zu, als wäre dies ein ganz beson-

derer und unverwechselbarer Moment, gerade recht für eine Kameraaufnahme.

Dennoch ist diese „Wirklichkeit“, so sehr sie die tatsächliche Erlebniswelt einbezieht, inszeniert. Sie liefert keineswegs nur Abbilder. In ihr verborgen sich vielerlei religiöse, soziale, philosophische „Bedeutungen“, vor allem aber auch moralische Schlussfolgerungen. Man wird heute schwerlich noch alle Details entschlüsseln und verstehen. Aber es lohnt sich, die Ausstellung mehrmals zu durchwandern: einmal um des Genusses der malerischen Brillanz und der reinen Bilderschönheit willen, dann aber auch, um den tieferen „Sinn“ der einzelnen Werke und die Geheimnisse der Symbole zu befragen.

Es ist interessant, Motive herauszugreifen, zu fragen, welche unterschiedliche Bedeutung etwa eine Landkarte im Hintergrund bei Willem Buytewech, bei Nicolaes Maes, Jacob Ochtervelt oder Jan Vermeer haben kann. Ganz zu schweigen von den vielerlei erotisch ein- bis zweideutigen Gesten, Symbolen und Metaphern, die man auf den ersten Blick gar nicht vermuten möchte...

Den Besucher empfängt im völlig neu arrangierten Sonderausstellungsraum der Dahlemer Museen „Der lustige Spielmann“ des Gerrit van Honthorst, ein überaus gutgeklautes Willkommen. Das wenig später entlassene „Konzert“ verweist auf den starken Einfluß Caravaggios auf den Utrechter Künstler und eröffnet die Thematik des „Verlorenen Sohnes“ als eine der traditionellen Quellen der holländischen Genremalerei.

Einen ganz eigenen Kreis bilden die raufenden Kartenspieler, die satirischen Tumpfeisen-Raucher, die singenden Trinker von Adriaen Brouwer neben den Szenen des einfachen Lebens von Adriaen van Ostade oder einem überaus verfeinerten Alchimisten von Cornelis Bega.

Der lebhaft „Singende Knabe“ von Frans Hals mit Flöte und keck geheutem Barock, ein Bild, das wiederum zugleich eine Lebensmahnung enthalten soll, ist einer der eigenen Dahlemer Beiträge zu diesem Fest der Bilder. Vorbei an den Soldatengenen und Wachstuben von Jacob Duck und Willem Duyster, der einer

Kaminszene eine eigentümlich surreale und magische Lichtwirkung gibt, gelangt man zur zentralen Gestalt der hyperperfektionierten Leidener „Feinmalerei“, Gerard Dou, der hier mit dem wunderschönen „Astronom beim Kerzenlicht“ besonders glänzend vertreten ist.

Welche Fülle stillenartiger, exotisch anmutender Dinge, Requisiten und Gerätschaften in der Praxis des Wunderkünstlers, der auf einem Bilde Isack Koedijcks einem Vogelhändler den Fuß bandagiert! Und dabei wohl eigentlich gedämpfte Farbigkeit. Bei den „Italianisten“ fühlt man sich lustvoll in das karnevalistische Maskentreiben einbezogen, das Jan Miel auf einem relativ großen Bilde, in atmosphärisch diffuserem Licht, auf der Piazza Colonna in Rom beschreibt.

In den intimen, auf wenige Figuren begrenzten Interieurszenen von Gerard ter Borch läßt sich die grandiose ästhetische und technische Verfeinerung nach der Jahrhundertmitte an der ungläublichen Stofflichkeit der Gewänder, ihrem Glanz und ihrer lichten Färbungen bestaunen. Und gerade in diesen oberflächlich „harmlosen“ Genrebildern steckt oft genug ein diffizil verschlüsselter Hinterstimm.

Höhepunkte unter lauter Höhepunkten in dieser Ausstellung: die lebenslustig humorvollen (und doch auch wieder moralisierend „gehaltvollen“) Bilder Jan Steens vom lehrlichen Leben, von Arztbesuchen bei liebeskranken Damen oder von Rhetorikern, die am weinmürrischen Fenster vergnügte Fratzen machen. Und dann die Vermeers: nur 34 Bilder des Delfter Meisters haben sich erhalten. Zu dem köstlichen Berliner „Glas Wein“ gesellen sich hier die „Lautenspielerin“ aus dem New Yorker Metropolitan und die „Perlenwägen“ aus Washington. Diese drei Bilder versammeln unvergleichbar Stille, Nachdenklichkeit und Geheimnis. Ihr Zauber, ihr Licht und ihr Schatten werfen einen Glanz auf die gesamte Ausstellung. Berlin und seine Staatlichen Museen haben hier ein Ausstellungsereignis, das über dieses Jahrzehnt hinausweisen wird. (Bis 12. August; Kat. 40 Mark, im Buchhandel 48 Mark, ab 13. 8. 68 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



Lebenslust und Lebensmahnung: „Singender Knabe mit Flöte“ (um 1627) von Frans Hals



Südländischer Zauber: „Ein Mohr überreicht einer Frau einen Papagei“ (um 1645) von Nicolaes Berchem, aus der Berliner Ausstellung

FOTOS: BINDER/THELE

JOURNAL

Karajans Verabschiedung als „Ehrendirigent“?

dpa, Berlin
Die Entscheidung des Berliner Senats, Intendant Girth sofort zu beurlauben, wurde vom Philharmonischen Orchester begrüßt. Dagegen hat der Musikdramaturg des Orchesters, Klaus Schultz, beim Berliner Kuratorium Protest eingelegt: er sehe seine weitere Arbeit für die Philharmoniker gefährdet. Eine Reaktion Karajans auf die Senatsentscheidung ist noch nicht bekannt. Inzwischen hat er aber in einem Festschreiben einen Katalog von Forderungen zur Änderung der Verwaltungsordnung des Orchesters aufgestellt, die auf einen größeren Einfluß des Dirigenten und des Intendanten abzielen. Wie ergänzend zu erfahren war, wird in den nächsten Gesprächen auch die Frage erörtert, ob es eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Karajan und dem Orchester geben kann. Solche Überlegungen zielen in die Richtung des Vorschlags, Karajan als „Ehrendirigent“ neben einem neuen künstlerischen Leiter weiter an Berlin zu binden.

Bartoszewski kritisiert Schriftstellerverband

J. G. G. Bonn
Scharfe Kritik an der Haltung des deutschen Schriftstellerverbands VS, namentlich am Ex-Vorsitzenden Bert Engelmann, übte wegen der Haltung des Verbandes zum Verbot des polnischen Schriftstellerverbandes im Bonner Böhrcher-Club der ehemalige Generalsekretär des polnischen PEN-Clubs, Wladyslaw Bartoszewski. Viele deutsche Schriftsteller und Angehörige „der linksintellektuellen deutschen Szene“ sähen zwar die geistige Freiheit ihrer Kollegen in fernen Ländern rechter Diktaturen gefährdet, nicht aber in Nachbarländern unter linken Diktaturen. Bartoszewski bedauerte, daß sein Tonbandappell an die in Saarbrücken versammelten deutschen Kollegen quasi unterschlagen wurde.

Ausstellungsaustausch Köln-Sowjetunion

dpa, Köln
Das sowjetische Kulturministerium hat drei neue Ausstellungen aus den Beständen staatlicher sowjetischer Museen für Köln zugesagt. So ist für das Frühjahr 1985 eine Präsentation des berühmten Skythen-Schatzes aus der Leningrader Eremitage vorgesehen. Eine Ausstellung von Ikonen des 14. und 15. Jahrhunderts im Jahre 1986 sowie eine Ausstellung von Funden zum mittelalterlichen Alltagsleben in Nowgorod sollen folgen.

Berlinale: Kameratricks von damals bis heute

AFP, Berlin
Mit einer umfangreichen Retrospektive zum Thema Spezialeffekte begehen die Berliner Filmfestspiele 1985 ihren 35. Geburtstag. Die Geschichte der Kameratricks von den Anfängen bis heute wird bei dem vom 15. bis 26. Februar dauernden Festival in einem Filmprogramm, einer Ausstellung und einer Dokumentation nachgezeichnet.

Kritische Gesamtausgabe der Beethoven-Briefe

dpa, Bonn
Eine kritische Gesamtausgabe der Briefe Ludwig van Beethovens wollen das Bonner Beethoven-Haus und das Beethoven-Archiv in Zusammenarbeit mit dem Gustav Henle Verlag herausbringen. Es wurde ein internationales Gremium von Mitarbeitern berufen, um eine Edition vorzulegen, die allen modernen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen soll. Die letzte deutsche Briefausgabe stammt aus dem Jahr 1923 und ist nach Angaben des Beethoven-Archivs „sehr unvollständig“ und „unzuverlässig“.

Festival-Leiter von Avignon geht

dpa, Avignon
Der Leiter des Festivals von Avignon, Bernard Faivre d'Arce, dessen Fünfjahresvertrag 1984 abläuft, hat auf eine Verlängerung verzichtet. „Der Mangel an moralischer Unterstützung und die finanzielle Unsicherheit“ wurden als Gründe angegeben. Außer dem Direktor geht auch das gesamte Team. Das diesjährige Festival soll aber noch programmgemäß ablaufen.

Wladimir Vogel †

dpa, Zürich
Der Komponist Wladimir Vogel ist in Zürich im Alter von 88 Jahren gestorben. Der als Sohn deutsch-russischer Eltern in Moskau geborene Künstler gehörte seit den 20er Jahren zu den Anregern und Gestaltern der Neuen Musik. Der Komponist hatte in seiner Jugend die Bekanntschaft Alexander Skrjabin gemacht und daraufhin beschlossen, Komponist zu werden. Zu seinen Kompositionen gehören Instrumentalwerke wie die Sinfonia fugata in Erinnerung an seinen Lehrer Busoni, Vokalwerke wie seine Gottardkantate sowie Kammermusik.

Mitternachtsrevue: Kirchhoffs „Wer sich liebt“ in Karlsruhe uraufgeführt

Hühnchen-Lyrik in der Hotelhalle

Er liebt sich: Bodo Kirchhoff hat ein Kammerstück über die fremde Haut geschrieben. In „Wer sich liebt“ wird ein gutes Dutzend Figuren – Grobverleger, Autoren, Reporterin, Leibwächter, autogrammsammelnde Angestellte, eine jugendliche Tennis-

crew – im Foyer des Badischen Staatstheaters Karlsruhe, das zur Hotelhalle mit Airportzaun umfunktioniert wurde, gegeneinander geführt. Was sie verbindet, ist, was sie gemäß ihrer Rolle (in doppeltem Sinn) als Liebesgeschichte zu übernehmen haben. Da es sich fast ausschließlich um Kopffiguren handelt, wird Liebe zur Intellektualität pervertiert und kommt über die Sprache als Verletzung wieder nach außen. Als doch keine Liebesgeschichte, eher ein monodärer, kleinlicher Totentanz, in dem das banale Schicksal des Schriftstellers Ludwig Mönck (Friedrich Breisemeyer) verhandelt wird.

Ein Stück für öffentliche, literarische Spezialisten. Eine temperierte Wut, die die Figuren in der Unbegreiflichkeit hält und sie so in der Übernahme einer fixierten Rollensprache wie im Experiment in Reigenmanier in rascher Kleinszenenfolge aufeinander und durch die Hotelhalle jagt, die durch die Erwartung

einer Preisverleihung im Verlegercamp des Mayer-Lay, von Günter Eperlein zynisch genüßvoll gespielt, die nötige intellektuelle Temperatur hat.

Jede der Kirchhoffschen Figuren liebt für sich allein. In frostiger Beziehungslosigkeit wird mit gewalttätiger Tonlosigkeit die übliche Sprache in introvertiertes Gebrüll übertragen, das nach sich selbst schreit, ohne sich zu kennen. Zwischen „Sieh mich bitte an“ und „Ich hasse das Du“, zwischen Blick und Sprache zirkelt Bodo Kirchhoff in minimalistischen Dialogen eines auch als beliebig zu denkenden Literatengeschwätzes ein Verletzungsmodell aus.

Da er das theoretische Innenleben derjenigen meint, die „jüngstwie zusammengehören“ und „am kulturellen Leben teilnehmen“, bleibt es nicht aus, daß er sowohl sich als auch andere Autoren zitiert. Da ist sein Berührungspunkt, da ist ein szenisches Zitat aus der Kaldewey-Farce seines Kollegen Botho Strauß und ein hüfchen Bodensee-Ritt von Handke. Aus einer biedereren Konversation wird so die gespannte höhere Sphäre des Betriebs, wo es doch um den einzelnen gehen sollte.

Vor dem kobaltblauen Wandte-

pich im Foyer wird also eine fremde Sprache gesprochen. Folterberichte dienen zur Produktion verkaufbarer Literatur, ein mongoloides Kind wird zum Beziehungsunterpfand, einer längst in die Brüche gegangenen Beziehungskiste, ein himmschlagender Hobbyarchäologe wird mit einer literarisierenden Lebensberaterin in Beckett'scher Manier vorsichtig zusammengespannt, eine Hotelheißt tritt als Comiefigur auf, und ein Leibwächter liest nichts als eben Comics. Die Titanic-Mentalität wird mit einem liebevollen Hieb auf Enzensberger erledigt, indes der Herr Verleger seinen Gästen ein neues Lyrik-Hühnchen präsentiert. Die Avantgarde als Körperlichkeit: Der Schriftsteller Ludwig Mönck sieht sich mit seinem Personal konfrontiert. Er kommt zu keinem anderen Ergebnis, als daß er sich, „obwohl ihn ein Stück zu schreiben alles kostet“, in seiner ästhetischen Normalität einzurichten habe.

In dieser Inszenierung von Gerd Hagen Seebach bleibt manches noch zu unentschieden. Dennoch, das Publikum dieser Uraufführung ermöglicht mit seinem Beifall weit nach Mitternacht vier Vorhänge, hätte es die gegeben.

REINER NERVAL

Wo Frankenstein seine schwarzen Späße treibt – L. Andersons Filmgroteske „Britannia Hospital“

Wenn ein Schotte auf England herniederblickt

Lindsay Anderson stammt aus Schottland. Vielleicht läßt sich seine Spottfreudigkeit über die englischen Verhältnisse auch aus dieser Tatsache erklären. Denn wie jeder gute Schotte hat Anderson dem Nachbarn im Süden gegenüber eine Fülle von Vorurteilen. Geht es den Bewohnern Britanniens wirtschaftlich und politisch an den Kragen, dann gießt Anderson seinen Hohn, gemischt mit Schadenfreude, noch in die Wunden.

Dennoch darf man seine Attacken gegen England nicht allzu ernst nehmen. Anderson ist ein Zyniker, der seine Freude daran hat, alles und jeden lächerlich zu machen. Da ähneln sein grotesker, bitter-schwarzer Humor dem der Männer von den „Monty Pythons“, denen ja bekanntlich auch nichts heiligt ist.

In seiner jüngsten Satire „Britannia Hospital“, vor zwei Jahren entstanden, holt Regisseur Anderson zum Rundumschlag aus. Der Film bildet Teil drei von Andersons Trilogie über Großbritannien. 1968 ging er in „If...“ schon einmal mit Englands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft scharf ins Gericht. Ein paar Jahre darauf wurde vor allem das englische Sozial- und Gesundheitssystem in „The Lucky Man“ zur Zielscheibe der ätzenden Ironie des Regisseurs.

Nun also der Trilogie letzter Teil. Das Krankenhaus, das hier zum Schauplatz absurder Ereignisse und völlig wahnwitziger Situationen wird, symbolisiert – wie sollte es bei Anderson anders sein – Großbritannien. Irrend etwas ist faul in dieser altertümlichen Klinik, deren 500 Geburtstags bevorsteht. Besuch aus der königlichen Familie hat sich zu den Feiern angesagt.

Rechtzeitig zum großen Tag will der Leiter der Institution, Professor Millar (Graham Crowden), mit den

Vorbereitungen zu seinem Projekt „Genesis“ fertig sein: der Erschaffung des perfekten Menschen als Wegbereiter einer „schönen neuen Welt“. Das Opfer seiner „genialen“ Bestelversuche ist ein vorwitziger Reporter namens Mick Travis (Malcolm MacDowell), der bei seinen Versuchen, hinter die Geheimnisse des traditionsreichen Krankenhauses zu kommen, in die Fänge des sezierwütigen Doktor Frankenstein gerät.

Während drinnen im Hospital die schöne neue Welt vorbereitet wird, ist vor den schmiedeeisernen Toren der

Klinik der Teufel los. Demonstranten wüten, Streikende toben, Steine fliegen. Und während Professor Millar zum Skalpell greift, schließt sich auch sein Betriebspersonal den Streikenden an. „Britannia Hospital“ scheint auf dem geraden Weg in anarchische Zustände zu sein. Da nähert sich der Wagen mit der königlichen Standarte den Toren...

Andersons Humor, der sich stets auf dem feinen Grad zwischen Groteske und Geschmacklosigkeit entlang bewegt, mag ganz gewiß nicht jedermanns Sache sein. Aber es ist bewundernswert, wie der Regisseur seine Komödie immer wieder durch geschickte Tricks aus Ufer des noch erträglichen Nonsens zurückrettet. Diese Art von aktions- und wortgewaltigem Humor, eine Mischung aus Grausamkeit, Irrsinn und Ironie, beherrschen zweifellos nur die Angelsachsen. Bei uns gibt es nichts Vergleichbares.

Was „Britannia Hospital“ allerdings zu einem teilweise recht zwispaltigen und anstrengenden Erlebnis werden läßt, ist Andersons fataler Hang zur Schwarzmalerei und zu einer Respektlosigkeit, die einem das Lachen in der Seele auf Dauer gefrieren lassen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



In den Fängen von Frankenstein: Malcolm MacDowell als vorwitziger Reporter in dem Film „Britannia Hospital“

FOTO: SCHROEDER

Dieter Kaufmanns „Volksooper“ bei den Wiener Festwochen uraufgeführt

Maskenspiel der absurden Realitäten

Eine Oper über eine Oper mit dem Volk in der Hauptrolle – deshalb heißt sie „Volksooper“ –, das ergab ein nicht lustiges oder sinniges Finale für die Wiener Festwochen. Das hatten sie auch bitter nötig, denn einmal mehr war das Mammutfestival auf musikalisch-theatralischem Gebiet etliches schliefgefallen. Die Wiener Kritik hatte wochenlang Gelegenheit, sich auf den wunden Festwochenpunkt einzuschließen, daß hier vieles eher zufällig als absichtsvoll passiert.

Nun aber die „Volksooper“ im Theater an der Wien: glücklicherweise kein Lehrstück über ein Stück, in dem wiederum ein Stück spielt, sondern ein Maskenspiel, das Realität vorführt. Die Szene ist leer, wie ein Theater ohne Kulissen. Die sonst Unsichtbaren, die Bühnenarbeiter, machen eine Aufführung machen. Absurditäten des täglichen Lebens und des Theaters scheinen es jedoch verbunden zu können. Slogans der Macht, der Politik und der gemeinen Umwelt wirken wie Kontrapunkte. Da passiert etwas, weil nichts passiert. Wie die imaginäre Oper, die während der eigenartigen Pause stattfindet. Unfaßbar, einfach entsetzt.

Dieter Kaufmann, der sich nach Gert Jonkes Volkstragödie „Die Hin-

terhältigkeit der Windmaschinen“ selbst den Text zimmerte, bläst dem Musiktheater von der „seriösen“ Oper bis zur Staatsoperette gehörig den Marsch. Unheimlich zynisch, grotesk, skurril, Schablonen wie Strukturen verbühnend, und schließlich auch mit Klanklaut. Das Absurde, das die Zuschauer anfangs so „hintergründig“ anlockt, strapaziert im zweiten Teil gehörig die Lachmuskeln. Stück und Handlung kippen gleich mehrmals, bis endlich das von der Theaterunmöglichkeit eingeholt Personal eine Gangway hinaufkriecht. Es verschwindet in einem Loch des Hintergrundsprospekts. Auf diesem ein Körperteil, den spätestens Goethe literaturfähig gemacht hat.

Dazu Kaufmanns Musik: ein himmlisches Inferno, durchaus sangbare Gegensatz- und Unterschiedspaare, ein kunstvoller Teppich aus Aktions- und Begleitfiguren, verknüpft mit Parodien und Zitaten, elektronisch sanft bis grell aufgezupft.

Das Stück lebt natürlich von Vintila Ivanecunas ironisch-aggressiver Regie. Das ist Raumtheater, da geht es Schlag auf Schlag. Die Hauptrolle erfüllt ein virtuoser Chor (Hortus Mu-

sicus Klagenfurt), es spielt die Kärntner Landessymphonie unter Nikolaus Freedorff. Die Festwochen kamen so in den Genuß einer Uraufführung, nachdem sie lange geögert hatten, diese unter vielen Mühen in Kärnten entstandene Produktion einzuladen.

Aber die Festwochen-Verantwortlichen behaupten ja auch, sich diesmal besonders gründlich für die zeitgenössische Musikszene eingesetzt zu haben. Aus eigener Kraft gelang ihnen dabei nichts. Sang- und Klanglos die Uraufführung von Wilhelm Zolbs Opernmeister unter „Der Weltuntergang“ wollte mit Nestroy als Ahnherrn und Jura Soyfer als direkter Vorlage wienerische Endzeitstimmung herbeizubringen. Unter fast provinziellen Produktionsbedingungen wurde nur eine Banalitäten-show daraus.

Was in Wien tatsächlich Neues passierte, betraf Gerard Schells Kinderoper „Der Schweinehirt“ und das Ballett „Alpenglühn“ von Bernd Bionert (Choreographie) und Thomas Pernes (Musik). Diese ehrgeizigen Sonderprogramme brachten jedoch Volksooper und Staatsoper heraus.

WALTER GÜTEL-SCHMIED

Künftig eine 35-Stunden-Woche für die Theater?

Die Wende ins Minus

Eine „Wende ins Minus-Wachstum“ stellte der Deutsche Bühnenverein, die Arbeitsebene der Theater, auf seiner Jahreshauptversammlung in Trier fest. Da die Subventionen nur von den Ländern um 1,9 und von den Städten um 1,5 Prozent erhöht wurden, blieben sie deutlich unter den Tarif- und Preissteigerungsraten. Die Theater konnten das nicht einsparen, weil über 85 Prozent ihres Etats als Personalkosten festgelegt sind. So blieben nur Entlassungen, erhöhte Eintrittspreise, Einsparungen von Sach- und Ausstattungskosten (die ohnehin nur 4,5 Prozent des Gesamtetats ausmachen) sowie Verringerung der Gastspiele und des Programmangebots überhaupt. Das heißt also: Gespart werden kann zwangsläufig nur im künstlerischen Bereich.

Trotzdem blieb die Besucherzahl so gut wie konstant. Nur als Folge des reduzierten Gastspielbetriebs gingen rund 200 000 Besucher verloren. Insgesamt registriert die Statistik 19,3 Millionen Zuschauer in nahezu 40 000 Vorstellungen. Sie bewirkten, daß die Einspielergebnisse – wenn auch nur knapp um 0,6 Prozent – anstiegen. Einzuzahlen sind noch rund 4,5 Millionen Besucher in 88 Privattheatern und knapp 20 000 Aufführungen.

Die prekäre Finanzsituation wäre

gewiß leichter zu meistern, wenn die Theater nicht in das starre Korsett des kameralistischen Systems gezwängt wären, dem Gründens sich seinerzeit durch die Gründung einer GmbH erfolgreich entzog. Der Bühnenverein untersucht alternative Theaterbetriebsformen (etwa nach dem Düsseldorfer Vorbild), die das Theater durch eine Änderung der Rechtsform flexibler und wirtschaftlicher machen könnten.

Mitten in die Trierer Tagung platzte die nicht unbedingt überraschende, frische ÖTV-Forderung nach der 35-Stunden-Woche, durch die das ohnehin dezimierte Programmangebot der deutschen Bühnen zwangsläufig noch stärker verringert würde. Eine Chance für die deutschen Theater sieht vor allem August Everding, der erkrankten Präsidenten Walter Wallmann als Tagungsleiter vertrat, in einer verstärkten Zusammenarbeit mit Video, Kabel- und Satellitenfernsehen, für deren Prüfung vom Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins bereits eine Sonderkommission eingesetzt wurde. Allerdings stoffen seine Vorstellungen bei der Bühnengenossenschaft und den Gewerkschaften sowie bei manchen seiner Kollegen vom Bühnenverein vorderhand noch auf zurückhaltende bis ablehnende Skepsis. EO PLUNZEN

